ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 17. Dezember 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 24

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Wehrhafte Demokratie

Diskussionsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung gegen Hass und Hetze

Demokratie verlangt oft ein kräftezehrendes Ringen zwischen entgegengesetzten Meinungen. Die Bürde scheint jedoch mit dem Bedeutungszuwachs von Social Media im Kommunikationsalltag noch beschwerlicher geworden zu sein: Viele Engagierte verstummen angesichts einer drohenden, beleidigenden und bisweilen gewalttätigen Online-Öffentlichkeit. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung (Moderation: Richard Gutjahr) kamen insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu Wort, die sich vor Ort für unsere Demokratie einsetzen und dafür angefeindet werden.

Tatsache ist: Hass und Hetze im Netz haben viele Gesichter und können jeden treffen. Wie eine sprachliche und ethische Verrohung in den sozialen Netzwerken Einzug hält, stellte der KPV-Landesvorsitzende und Landrat von Donau-Ries, Stefan Rößle, am Beispiel einer Stellenanzeige für das örtliche Jobcenter dar, die das Landratsamt in den sozialen Medien geschaltet hatte. Obgleich ein alltäglicher Vorgang, reagierte ein Nutzer ausfallend und forderte, politische Entscheidungsträger in ein „Arbeitslager zu stecken“ und sie dann, „wenn sie vor Erschöpfung am Boden liegen, mit einem Genickschuss zu erlösen“.

Konsequent gegen Einschüchterungen vorgehen

Soziale Medien bieten laut Rößle die Möglichkeit, unter dem Deckmantel der Anonymität Hassbotschaften und persönliche Attacken loszuwerden. Würden diese geteilt und entstehe daraus ein Shitstorm, fühlten sich die Täter bestätigt und es bestehe die Gefahr tätlicher Übergriffe. „Ich kann nur allen den Tipp geben, sich nichts gefallen zu lassen und konsequent gegen diese Strategie der Einschüchterung im Netz vorzugehen“, unterstrich Rößle. Liegt ein Straftatbestand vor, müsse konsequent Anzeige erstattet werden. Mit Information und Aufklärung könnten die Kommunalpolitiker dafür sensibilisiert werden, sich an Anlaufstellen wie die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, kurz BIGE, zu wenden.

Die junge Fürstenfelder CSU-Kreisrätin Thuy Wegmaier berichtete, wie ihre Teilnahme an einer Antirassismus-Kampagne dazu führte, dass sie über eine Woche hinweg mit abwertenden und beleidigenden Kommentaren förmlich bombardiert wurde. Sie habe auch viel Unterstützung und Zuspruch erfahren, aber „bei 3.000 teilweise hasserfüllten Kommentaren bekommt man schon Angst und ist verunsichert“, betonte Wegmaier. Mit dieser Reaktion, die etwa eine Woche lang anhielt, habe sie nicht gerechnet. Viele Bürger hätten sich solidarisch mit ihr gezeigt, manche hatten aber auch Angst, ihr zu Hilfe zu kommen, weil sie fürchteten, zwischen die Fronten zu geraten.

Plattform „hassmelden“

Für Lea Richter von der Plattform „hassmelden“ sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. „Seit wir im März 2019 online gegangen sind, wurden uns über 100.000 Beiträge gemeldet und wir haben mehr als 26.000 Anzeigen auf den Weg gebracht“, informierte sie. Dies sei freilich nur die Spitze des Eisbergs, da viele Nutzer Hasskommentare im Netz nicht (mehr) melden würden. Bedrohte Personen schieden aus dem digitalen Diskurs aus und ließen Platz für die hasserfüllten Stimmen, die ihr menschenverachtendes Weltbild verbreiten wollen.

Sowohl bayerisches Justiz- als auch Innenministerium arbeiten daran, gemeinsam Hass und Hetze im Netz noch konsequenter zu verfolgen und potenzielle Täter abzuschrecken. Dafür haben sie weitreichende Maßnahmenpakete geschnürt, um kommunale Mandatsträger besser zu schützen. Ein wichtiges Angebot der Justiz ist das Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten. Abgeordnete, die wegen ihres politischen Amts oder Mandats im Internet oder per Mail bedroht oder beleidigt worden sind, können künftig Anzeigen und Prüfbitten unbürokratisch online an die Justiz übermitteln.

Ansprechpartner bei den Staatsanwaltschaften

In der Folge übernimmt der Hate-Speech-Beauftragte der bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb. Er ist bei der Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München angesiedelt. Die Ermittlungsverfahren werden von ihm oder einem der bayerischen Sonder-Dezernenten geprüft. Bei allen 22 Staatsanwaltschaften des Freistaats

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bild: Michael von Hassel . Camino 2020

Füracker präsentiert Grundsteuermodell

Kritik von Gemeindetag und Städtetag

Bayerns Finanzminister Albert Füracker hat den Entwurf für ein bayerisches Grundsteuermodell vorgestellt. Ab 2025 setze der Freistaat auf eine „wertunabhängige, transparente und unbürokratische Grundsteuer“. Füracker zufolge „sorgen wir mit unserem Modell für Klarheit und Planungssicherheit bei allen Beteiligten. Wir setzen ein starkes Signal für alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen wie auch für unsere Kommunen!“ Mit der bayerischen Grundsteuer kann der Freistaat erstmals ein bedeutendes Steuergesetz auf Landesebene regeln.

Die Basis der bisherigen, auf Bundesebene geregelten Grundsteuer hatte das Bundesverfassungsgericht 2018 für verfassungswidrig erklärt. Der Bund hat daher im November 2019 seinen Entwurf für eine Grundsteuerreform verabschiedet, von dem die Länder jedoch abweichen können.

Fair und unbürokratisch

Gemäß diesem Bundesgesetz soll die Grundsteuer nach dem Wert des Grundstücks bemessen werden. „Ein solches Modell ist unnötig bürokratisch und erfordert alle sieben Jahre eine Neubewertung sämtlicher Immobilien. Mit steigenden Preisen steigen so automatisch die Steuern. Der Freistaat geht den fairen und unbürokratischen Weg ohne eine solche Belastungsdynamik“, hob Füracker hervor.

Klare Kennzahlen

Der bayerische Gesetzentwurf basiert auf klaren Kennzahlen: Die Flächen werden mit

(Fortsetzung auf Seite 4)

Intelligente Lösungen für Mobilität der Bürger

Zum „Bürgermeister des Jahres“ kürte die LKC-Gruppe den niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten, Freyungs Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich. Übereicht wurde ihm die Auszeichnung von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig (r.) und Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau (li.). Vgl. Bericht auf Seite 4. Bild: LKC-Gruppe

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Welttag der Menschen mit Behinderung:

Selbstbestimmung fördern

Am „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“ hat Holger Kiesel, Behindertenbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, darauf aufmerksam gemacht, dass deren Selbstbestimmung stark vernachlässigt worden sei. Aus seiner Sicht dürfe und müsse man auch Menschen mit Behinderung zutrauen, „verantwortliche und abgewogene Entscheidungen in Bezug auf unsere Gesundheit zu treffen und selbst zu beurteilen, welche Risiken wir eingehen wollen und welche nicht“.

In einer weltweiten Aktion wurden am 3. Dezember Gebäude und Sehenswürdigkeiten rund um den Globus in der Farbe Lila beleuchtet, um auf den Beitrag von Menschen mit Behinderung zur Gesellschaft aufmerksam zu machen und um für mehr Chancengleichheit in allen Bereichen des alltäglichen Zusammenlebens zu sensibilisieren. Erstmals ausgerufen wurde der „Internationale Tag der Menschen mit Behinderung“ von den Vereinten Nationen (UNO) im Jahr 1993.

Zusammenhalt und Solidarität

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner rief zu Zusammenhalt und Solidarität in schwieriger Zeit auf: „Alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, haben die gleichen Rechte und sollen auch die gleichen Chancen in unserer Gesellschaft haben. Solidarität heißt aber auch, die Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung in der Corona-Pandemie zu achten und zu fördern. Sie dürfen nicht stärker belastet werden als die übrige Bevölkerung“, betonte die Ministerin.

Corona-Steuerungsgruppe

Die Corona-Krise ist für viele Menschen mit Behinderung eine besondere Herausforderung: Manche gehören zu dem gesundheitlich gefährdeten Personenkreis und müssen besonders geschützt werden. Durch die Kontaktbeschränkungen in den Einrichtungen sind die Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben begrenzt. Deshalb hat Trautner im vergangenen Juli die „Corona-Steuerungsgruppe Behindertenhilfe“ ins Leben gerufen. Ganz im Sinne der Selbst-

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Weihnachten ist kein Zeitpunkt und keine Jahreszeit, sondern eine Gefühlslage. Frieden und Wohlwollen in seinem Herzen zu halten, freigiebig mit Barmherzigkeit zu sein, das heißt, den wahren Geist von Weihnachten in sich zu tragen“, meint der Bürgermeister gemeinsam mit Calvin Coolidge. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Flächenverbrauch: Freie Hand für Kommunen 2
Albert Füracker: Zahlungen an Kommunen bleiben stabil 2
Thorsten Glauber: 50 Jahre bayerisches Umweltministerium . .3
GZ-Kolumne Christine Borst:
Schöne Weihnachten – trotz oder gerade wegen Corona 3
Familienunternehmen stärken ländlichen Raum 3
Dr. Olaf Heinrich: Bürgermeister des Jahres 4
Kommunale Gesundheitsthemen . . . . . .5 - 6
Kommunale Finanzthemen . . . . . 7 - 9
Kommunikation • IT • Breitband . . . . . 10 - 15
Kommunale Bauthemen. . . . . 15 - 16
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 16 - 20

Flächenverbrauch:

Freie Hand für Kommunen

Bis 2030 will die Staatsregierung den Flächenverbrauch für den Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrswegebau auf einen landesweiten Richtwert von fünf Hektar von derzeit knapp elf Hektar senken. Dazu hat der Bayerische Landtag mit den Stimmen von CSU und Freien Wählern einer Änderung des Landesplanungsgesetzes zugestimmt, die diesen Richtwert festschreibt. Verbindliche Vorgaben für die Kommunen sind damit nicht verbunden. Eine Feinjustierung soll ihnen nun Rechtssicherheit für Infrastrukturprojekte geben. Bayerns Gemeinden lehnen jedoch weiterhin eine Beschränkung ihrer Planungshoheit ab. Die Landtags-Grünen und die SPD warfen der Regierungskoalition „verfehlte Landesplanung" vor und stellten alternative Kompromissmodelle vor.

2019 lag der Flächenverbrauch im Freistaat bei durchschnittlich 10,8 Hektar pro Tag landesweit. Lediglich die Hälfte davon ist versiegelte Fläche. Die Präzisierung des Landeplanungsgesetzes bietet den Kommunen künftig Planungs- und Rechtssicherheit für Infrastrukturprojekte. So wird bei der Bewertung der 5-Hektar Richtgröße künftig entsprechend berücksichtigt, ob dabei Boden versiegelt wird und welche Ausgleichsmaßnahmen für den Umwelt-, Klima und Artenschutz getroffen werden können.

Flexibles Planungsinstrument

Damit erhalten Gemeinden ein flexibles Planungsinstrument zum Flächensparen, in dem ihre Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Damit werden Parks, Friedhöfe, Fussballfelder oder Golfplätze bei der Flächennutzung anders behandelt wie versiegelte Flächen. Die Fraktionen der CSU und Freien Wählern wollen so vermeiden, dass diese Grünflächen im Wettbewerb mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, des Wohnungsbaus, den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Landesentwicklung stehen.

Was schreibt das Gesetz vor?

Um diese Richtgröße erreichen zu können, sind ressortübergreifend auf Landes- wie auf Bundesebene zahlreiche Maßnahmen erforderlich. Der vorliegende Gesetzentwurf soll dazu einen Beitrag leisten, indem die 5-ha-Richtgröße bei der erstmaligen planerischen Inanspruchnahme von Freiflächen (d.h. nicht baulich genutzten Flächen) im Außenbereich für Siedlungs- und Verkehrszwecke durch den Erlass von Bebauungsplänen und Planfeststellungsbeschlüssen berücksichtigt wird. Flächennutzungspläne werden somit zwar von der 5-ha-Richtgröße nicht unmittelbar erfasst, es gilt jedoch dieses Ziel auf dieser vorgelagerten Planungsebene zu berücksichtigen. „Klarzustellen ist, dass die landesweite Richtgröße kein Herunterbrechen auf einzelne Gemeinden bedingt und dies auch nicht beabsichtigt ist", wie es im Gesetzestext heißt.

Selbstverwaltung schützen

„Zersiedlung vermeiden ohne Wachstum zu gefährden" – als ein flexibles Instrument gegen den Flächenverbrauch hat Hubert Aiwanger (Freie Wähler) die gefundene Lösung bezeichnet. Die CSU argumentierte, das Gesetz ermögliche es den Kommunen, flächensparend zu handeln und dabei auch Ziele des Arten- und Klimaschutzes zu berücksichtigen.

Die Grünen hatten einen eigenen Antrag eingebracht. Mit diesem sollte das Fünf-Hektar-Ziel bereits 2026 verbindlich erreicht werden. Walter Nussel (CSU) nannte die Forderungen der Grünen in ihrer Umsetzung zu bürokratisch. Er wies darauf hin, den prognostizierten Bevölkerungszuwachs zu berücksichtigen und die kommunale Selbstverwaltung zu schützen. Aiwanger fügte hinzu, dass entzogene Fläche nicht immer automatisch tote Fläche sei. Von den verbauten zehn Hektar täglich, würde nur die Hälfte beispielsweise durch Asphaltierung wasserdicht versiegelt. Die andere Hälfte entfiele auf Gärten, Fußballfelder oder Photovoltaikfelder, die Ameisen und Käfern einen Lebensraum böten. Sandro Kirchner (CSU) warnte zudem davor, reiche gegen arme Kommunen auszuspielen. Manfred Eibl (Freie Wähler) setzte auf ein Gesamtkonzept von Transparenz und Freiwilligkeit. Seine Begründung lautete: „Mathematische Verbindlichkeit löst nicht das Problem der Flächenkonkurrenz."

Warnung vor Einschränkung

Nach Ansicht der bayerischen Kommunen dient die Präzisierung jedoch nicht dazu, ihre verfassungsrechtlich garantierte Planungshoheit als Teil des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im bisherigen Umfang zu erhalten. „Wir brauchen keine Berechnungsformel, wie viel eine Gemeinde wo und wann überbauen darf", sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags. Auf die Kommunen kämen nur zusätzlicher Begründungsaufwand und weitere Rechtsunsicherheit zu.

Brandl wies darauf hin, dass eine wie auch immer geartete Berechnungsformel von Pflicht- oder Richtgrößen der möglichen Flächeninanspruchnahme in vielen Gemeinden und Städten zu willkürlichen, oder die Bürgerbelange nicht berücksichtigenden Ergebnissen führen würden. „Bayerns Gemeinden und Städte bauen Straßen, damit die Menschen in Stadt und Land gleichberechtigt mobil sein können. Sie bauen Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Seniorenheime, um die sozialen Bedürfnisse der Menschen zu decken. Sie ermöglichen, dass Gewerbebauten, Büros und Fabriken errichtet werden, damit die Menschen in Bayern ein Einkommen haben und nicht abwandern müssen. Und vor allem schaffen sie bezahlbaren Wohnraum, damit die Menschen ein Dach über dem Kopf haben, was einem derzeit besonders drängenden Anliegen entspricht. Dafür müssen selbstverständlich Flächen bereitgestellt werden. Dazu stehen wir Kommunen. Es ist politisch nicht fair und gesellschaftspolitisch riskant, den Gemeinden und Städten dafür Fesseln für ihre Entwicklung in Gestalt von starrem Flächenvorgaben anzulegen", kritisierte Brandl. **red**

EU-Projekt MATILDE

Städte und Gemeinden in allen Teilen Bayerns konnten in den vergangenen Jahrzehnten unterschiedliche Erfahrungen mit Zuwanderungsprozessen verschiedener Bevölkerungsgruppen sammeln und erkannten Chancen und Herausforderungen, die für Kommunen daraus entstehen.

Aus dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 fördert die Europäische Union nun das Forschungsprojekt MATILDE, das explizit soziale und wirtschaftliche Auswirkungen von Zuwanderung in ländlichen Räumen und Bergregionen in den Blick nimmt.

Der Startschuss für das dreijährige Projekt MATILDE, ein Akronym für ‚Migration Impact Assessment to Enhance Integration and Local Development in European Rural and Mountain Regions' fiel bereits Anfang des Jahres 2020. Koordiniert wird das Projekt vom Institut für Regionalentwicklung am EURAC in Bozen. Insgesamt 25 Partner aus zehn verschiedenen Ländern sind beteiligt. In Bayern bearbeiten Dr. Stefan Kordel und sein Team vom Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und Anne Güller-Frey von Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH in Augsburg das Projekt. Fokussiert werden fünf Landkreise (Berchtesgadener Land, Garmisch-Partenkirchen, Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, Oberallgäu und Regen).

Lokale Partner einbinden

Bislang wurden die Regionen hinsichtlich ihrer Zuwanderungsprozesse charakterisiert und die Umsetzung von bestimmten Migrations- und Integrationspolitiken, die unter anderem die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Zusammenleben adressieren im Rahmen von Expertengesprächen diskutiert. Es zeigte sich, dass Kommunen aus ganz verschiedenen Motivlagen heraus unterschiedlich mit dem Thema Zuwanderung umgehen und die lokale Perspektive essentiell ist. Umso wichtiger ist es, lokale Partnerinnen und Partner in ländlichen Räumen stärker in die Debatte um die Steuerung von Migration und deren Auswirkungen einzubeziehen.

Im weiteren Verlauf des Projektes soll deshalb mit partizipativen Verfahren die lokale Öffentlichkeit eingebunden werden. Die FAU und der Praxispartner Tür an Tür führen im Sommer 2021 eine Fallstudie zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen durch. Fokussiert werden dabei Drittstaatsangehörige, d.h. Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge aber auch Migranten, die aus familiären Gründen oder wegen eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes aufs Land ziehen sowie Militärangehörige, z.B. aus den USA.

Erste Ergebnisse und mehr Informationen zum Projekt können auf der Projekthomepage https://matilde-migration.eu/ sowie den einschlägigen sozialen Medien eingesehen werden. ❐

Zahlungen an Kommunen bleiben stabil

Finanzminister Albert Füracker hat den Entwurf der Staatsregierung für den Haushalt 2021 in den Landtag eingebracht. Er sieht Ausgaben in Höhe von 70,2 Milliarden Euro vor. Schwerpunkte sind erneut Hilfen zur Bewältigung der Corona-Krise und Investitionen als Grundlage für einen späteren Aufschwung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Forschung und Innovation. An den vorgesehen Ausgaben für die Kommunen sollen keine Abstriche gemacht werden.

Mit dem Haushalt 2021 soll die finanzielle Grundlage dafür gelegt werden, dass der Freistaat Bayern weiterhin entschlossen auf die Corona-Pandemie reagieren kann. Größere Einsparungen seien nicht vorgesehen; an Leistungen wie dem Familien- und dem Pflegegeld werden laut Füracker keine Abstriche gemacht. „Wir wollen auch 2021 möglichst viel Krise von den Menschen fernhalten", versprach der Minister. Außerdem blieben die Zahlungen an die Kommunen mit 10,1 Milliarden Euro stabil, ebenso die Ausgaben für Arten- und Klimaschutz sowie die Landwirtschaft. Besonders hob Füracker die gestiegenen Investitionsausgaben für die Hightech-Agenda hervor. Mit zusätzlich rund 500 Millionen Euro wolle man die Forschung in Zukunftstechnologien beschleunigen und damit für künftigen Wohlstand sorgen. Der Minister betonte auch, dass an der Ausweisung zusätzlicher Stellen im Bildungsbereich und bei der Polizei festgehalten werde, sowie an erhöhten Zuschüssen für die Einrichtung neuer Kita-Plätze.

Haushaltsstabilität an erster Stelle

Die Koalitionspartner einigten sich auf folgende Eckpunkte: Die Kreditermächtigung in Höhe von 20 Milliarden Euro durch den Bayerischen Landtag zur Krisenbewältigung im Jahr 2020 reiche in der Summe auch für das Jahr 2021 aus. Neben Kreditermächtigungen leisteten auch die einzelnen Ministerien einen Beitrag zur Konsolidierung in Höhe von insgesamt 500 Mio. Euro aus ihren eigenen Budgets. Für den Sonderfonds Corona-Pandemie sind insgesamt 7,4 Mrd. Euro eingeplant. Darin enthalten ist ein Vorsorgeansatz in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, den die Staatsregierung im Haushaltsjahr 2021 zur flexiblen Verfügung benötigt. Diese Vorsorgemittel können nach der Einwilligung des Haushaltsausschusses kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Um die Haushaltsstabilität sicherzustellen, werden aufgenommene Schulden im Sonderfonds „Corona-Pandemie" nach einem festen Tilgungsplan wieder zurückgeführt.

Herzstück Hightech-Agenda

Zukünftig soll der Haushaltsausschuss seine finanzpolitischen Erfahrungen und Kompetenzen unmittelbar in die Entscheidung über Corona-Ausgaben miteinbringen. „Diese Einbindung des Parlaments hat sich bereits bei der Kontrollkommission zum BayernFonds bewährt", sagte Josef Zellmeier, haushaltspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion.

Hightech-Agenda

Dabei werden sich die Haushaltsplanungen der kommenden Jahre insbesondere daran orientieren, die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern wieder auf Vor-Corona-Niveau zu heben. „Wir wollen dabei unterstützen, indem wir mit unseren technologischen Fähigkeiten weltweite Probleme lösen und gleichzeitig den starken Zusammenhalt in der Gesellschaft sichern", so Bernhard Pohl, haushaltspolitischer Sprecher der Freie Wähler-Landtagsfraktion.

Als ein „Herzstück dieses Haushalts" bezeichnete er die Hightech-Agenda: „Wir werden hier auf Grundlage einer starken Wirtschaft und unserer Spitzenstellung in Forschung und Entwicklung zur Lösung von Zukunftsfragen der Menschheit beitragen." Nicht Verbot und Verzicht, sondern weltweit einsetzbarer technologischer Fortschritt seien die Antwort auf globale Herausforderungen. Der Haushalt 2021 soll nach den Ausschussberatungen Ende März vom Landtag verabschiedet werden. **red**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Steins
91099 Poxdorf
am 2.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Obermeier
94501 Aidenbach
am 28.12.

Landrat Herbert Eckstein
91154 Roth
am 7.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Lindmeier
94127 Neuburg a. Inn
am 20.12.

Bürgermeister Konrad Kienle
87538 Balderschwang
am 22.12.

Bürgermeisterin
Barbara Bogner
82054 Sauerlach
am 24.12.

Bürgermeister
Michael Hausperger
84564 Oberbergkirchen
am 29.12.

Bürgermeister Albin Dietrich
94557 Niederalteich
am 1.1.

Bürgermeister Helmut Roßkopf
86562 Berg im Gau
am 3.1.

Bürgermeister Johann Springer
84375 Kirchdorf am Inn
am 5.1.

Bürgermeister Johann Wiesmaier
85447 Fraunberg
am 7.1.

Bürgermeister Erwin Goßner
86845 Großaitingen
am 10.1.

Bürgermeister Christian Ruh
88131 Bodolz
am 11.1.

Bürgermeister Franz Tauber
95694 Mehlmeisel
am 11.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Baumann
89446 Ziertheim
am 21.12.

Bürgermeister Franz Erl
87494 Rückholz
am 28.12.

Bürgermeister
Georg Hatzesberger
94529 Aicha vorm Wald
am 30.12.

Bürgermeister
Franz Xaver Steininger
94227 Zwiesel
am 30.12.

Bürgermeister
Siegfried Lobmeier
94550 Künzing
am 8.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Roos
97839 Esselbach
am 24.12.

Bürgermeister Franz Müller
93470 Lohberg
am 28.12.

Bürgermeisterin
Yvonne Geldner-Lauth
91236 Alfeld
am 29.12.

Bürgermeister Franz Langer
94575 Windorf
am 30.12.

Bürgermeisterin
Angelika Leitermann
93471 Arnbruck
am 4.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ben Schwarz
91166 Georgensgmünd
am 9.1.

Bürgermeister
Michael Dütsch
96120 Bischberg
am 15.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Kistner
90587 Veitsbronn
am 7.1.

Bürgermeister Florian Kraft
91359 Leutenbach
am 10.1.

Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig.
Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Energie Südbayern und Energienetze Bayern sind klimaneutral

Die Energie Südbayern und deren Tochterunternehmen, die Energienetze Bayern, verringern ihren CO2-Fußabdruck: Beide Unternehmen haben die klimawirksamen Emissionen vollständig neutral gestellt, die rund um deren Geschäftstätigkeit entstehen. Mit dem Erwerb von Klimazertifikaten werden so rund 29.000 Tonnen CO2 kompensiert, die für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2021 prognostiziert wurden.

„Klimaschutz betrifft uns alle, sagt Marcus Böske, Geschäftsführer von Energie Südbayern. „Als regionaler Energieversorger tragen wir jedoch eine besondere Verantwortung. Deshalb bieten wir nicht nur unseren Kunden und Partnern nachhaltige Lösungen für eine zeitgemäße Energieversorgung an, sondern werden selbst aktiv, um unsere eigene Klimabilanz immer weiter zu verbessern."

So produziert Energie Südbayern einen Teil des Stroms der Münchner Unternehmenszentrale über eine PV-Anlage selbst und fördert zudem kommunale Klimaschutzprojekte in ganz Ober- und Niederbayern.

Die neutralisierten Emissionen von Energie Südbayern und den Energienetzen Bayern werden über das Projektportfolio der KlimaInvest Green Concepts GmbH kompensiert. Die unterstützten Projekte sind nach den strengen Anforderungen der unabhängigen und gemeinnützigen Gold Standard Foundation (GS) zertifiziert. Für die Emissionsberechnung und -kompensation überprüft wurden zum Beispiel die Pendlerwege der Mitarbeiter, der Energiebedarf für Beleuchtung sowie Heizung – alles nach den Vorgaben des Umweltbundesamtes.

Informationen: www.esb.de/ueber-uns/klimaneutral ❐

Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft:

Familienunternehmen stärken ländlichen Raum

Familienunternehmen tragen zum Erfolg ländlicher Räume in Deutschland bei. Ihre Präsenz wirkt sich positiv auf Bevölkerung, Wohlstand und Wirtschaftskraft aus. Dies geht aus einer Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Münchner Stiftung Familienunternehmen hervor. Untersucht wurden 215 ländlich geprägte Kreise und kreisfreie Städte, wobei sich die Forscher in ihrer Analyse auf größere Familienunternehmen mit 50 oder mehr Mitarbeitern konzentrierten.

In den ländlichen Räumen sind durchschnittlich über die Hälfte der ansässigen Unternehmen ab 50 Mitarbeitern Familienunternehmen (54,3 Prozent). Zugleich arbeiten in den betrachteten Familienunternehmen rund 2,5 Millionen Beschäftigte der insgesamt 5,7 Millionen Beschäftigten in den ländlichen Räumen. Die Familienunternehmen sind somit ein bedeutsamer Arbeitgeber für die Menschen in diesen Regionen.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen in Zusammenhang steht. Diese tragen damit bedeutend zur dezentralen Stärke im Land in ihrer Rolle als Arbeitgeber, für die regionale Innovationsfähigkeit, für eine hohe Wertschöpfung und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume bei.

Der Anteil von Familienunternehmen in den wirtschaftsstarken Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg ist höher als in den ostdeutschen Bundesländern. Platz 1 in der Studie belegt der Landkreis Roth mit über 68 Prozent Familienunternehmen; auf Platz 2 rangiert der Landkreis Neumarkt i.d.Opf. mit über 67 Prozent.

Ländliche Räume mit hohen Familienunternehmensanteilen weisen höhere Industriequoten auf als andere Räume. Große Unternehmen und Hidden Champions, die strukturbestimmend sind und maßgeblich zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand beitragen, sind in der Regel Industrieunternehmen.

Höhere Innovatonskraft

Im Hinblick auf die Innovationskraft zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen ländlichen Räumen mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen und solchen mit einem geringeren Anteil. In Regionen mit hohen Familienunternehmensanteilen fallen die Patentanmeldungen fast doppelt so hoch aus wie in den anderen Räumen.

Insbesondere bayerische und baden-württembergische Kreise zeichnen sich dabei als patentstark aus. Die meisten Patentanmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verzeichneten Unternehmen im Landkreis Regensburg mit rund 794 Anmeldungen.

Auch im Ausbildungsbereich spielen die Familienunternehmen eine wichtige Rolle. Obwohl junge Menschen vermehrt in die Städte ziehen, um dort ihre Ausbildung zu beginnen, schaffen es Familienunternehmen in ländlichen Regionen, attraktiv für junge Menschen zu bleiben. Der Fortzug von Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren fällt geringer aus, wenn der Anteil an Familienunternehmen höher ist. In Kreisen mit den höchsten Familienunternehmensanteilen ziehen im Mittel nur 13 junge Menschen je 1.000 Einwohner in dieser Altersgruppe im Saldo weg, in der Gruppe der Kreise mit den geringsten Anteilen sind es dagegen 34 junge Menschen. Der Kreis Marburg-Biedenkopf (Hessen) liegt unter allen ländlichen Räumen an der Spitze im Hinblick auf die Ausbildungswanderung. Der Saldo liegt hier bei rund +80.

Attraktiver Arbeitsmarkt stoppt die Landflucht

Die Analyse zeigt demnach auch, dass ein attraktiver Arbeitsmarkt die Landflucht stoppen kann. In Regionen mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen legte die Bevölkerungszahl zwischen 2008 und 2018 im Schnitt um zwei Prozent zu, während sie in Regionen mit geringem Familienanteil um 2,6 Prozent sank. Den stärksten Bevölkerungszuwachs konnte der Kreis Erding mit einem Anstieg um rund elf Prozent verzeichnen. Im Kreis Freising sind es 10,8 Prozent, in Pfaffenhofen an der Ilm zehn Prozent.

Der Studie zufolge stehen Landkreise mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen wirtschaftlich besser da als Kreise mit sehr wenigen solcher Firmen. So liegt etwa die Arbeitslosenquote in Landkreisen mit einem starken Anteil an Familienfirmen mit 2,8 Prozent deutlich niedriger und der Beschäftigungszuwachs der letzten Dekade mit 21 Prozent deutlich höher als in jenen Kreisen, in denen nur wenige oder keine Familienfirmen ihren Sitz haben. An der Spitze liegt der Landkreis Eichstätt mit einer Arbeitslosenquote von 1,3 Prozent, gefolgt von den Landkreisen Donau-Ries und Pfaffenhofen mit jeweils 1,6 Prozent.

Privater und öffentlicher Wohlstand

Die vergleichsweise hohe und stabile Beschäftigung in Kreisen mit vielen Familienbetrieben wirkt sich der Untersuchung zufolge auch auf den privaten und öffentlichen Wohlstand aus. In Regionen mit zahlreichen Familienfirmen erreichte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf durchschnittlich 33.200 Euro gegenüber knapp 28.500 Euro in Kreisen, die kaum Familienfirmen haben. Zugleich liegt die Verschuldung der öffentlichen Hand in stark von Familienunternehmen geprägten Regionen um elf Prozent niedriger als dort, wo es wenige solcher Firmen gibt.

Musterland Bayern

Dass Bayern in der Untersuchung gut abschneidet, spiegelt sich in der Auswahl der Positivbeispiele wider. Dingolfing-Landau und Regensburg sind zwei von fünf Landkreisen, auf die das IW genauer eingeht. Im Kreis Dingolfing-Landau sind 60,3 Prozent der dort ansässigen Unternehmen ab 50 Mitarbeitern Familienunternehmen. Damit gehört der Landkreis zu den 25 Prozent der ländlichen Räume mit den höchsten Familienunternehmensanteilen. Er ist auch wirtschaftlich besonders erfolgreich. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 71.000 Euro pro Einwohner rangiert Dingolfing-Landau auf Platz 1 aller ländlichen Räume.

Im Hinblick auf die gemeindliche Steuerkraft unter allen Kreisen der ländlichen Räume erreicht Dingolfing-Landau die Spitzenposition (rund 1.600 Euro pro Einwohner). Damit sind die wirtschaftlichen Bedingungen dort besonders gut ausgeprägt. Die meisten Beschäftigten des Kreises finden sich im Verarbeitenden Gewerbe. Mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in diesem Wirtschaftszweig tätig (52,8 Prozent). Diese starke Bedeutung der Industrie spiegelt sich auch darin wider, dass der Landkreis den höchsten Anteil an MINT-Beschäftigten in den ländlichen Räumen aufweist. 44,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lassen sich dem MINT-Bereich zuordnen.

Positive Beispiele

Eines der bekanntesten Unternehmen ist das Unternehmen Einhell mit Sitz in Landau an der Isar. Das einst als Handwerksbetrieb gegründete Unternehmen hat sich inzwischen zu einem weltweit führenden Werkzeughersteller, insbesondere für Gartengeräte und Elektrowerkzeuge, entwickelt. Rund 82 Prozent aller Patentanmeldungen in dem Kreis lassen sich auf Einhell zurückführen, was ebenfalls die Innovationskraft dieses Familienunternehmens verdeutlicht.

Ein weiteres Familienunternehmen, das im Kreis Dingolfing-Landau ansässig ist, ist die SAR-Group. Dieses Unternehmen entwickelt Systeme für die Industrie- und Prozessautomation. Mit seinen rund 300 Mitarbeitern am Hauptstandort Dingolfing ist es der zweitgrößte Arbeitgeber in der Stadt. Auch dieses Unternehmen ist hochinnovativ. Es profitiert dabei von der Nähe zum Technologiezentrum für Produktions- und Logistiksysteme in Dingolfing.

Hochinnovative Patente im Kreis Regensburg

Die meisten Patentanmeldungen unter den ländlichen Räumen kann der Kreis Regensburg vorweisen. Mit im Schnitt 793 Anmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt er deutlich an der Spitze vor dem Kreis Eichstätt mit rund 418 Patentanmeldungen. Auch bei den digitalen Patentanmeldungen ist der Kreis Regensburg führend. Rund 18 Prozent aller Patente wurden in digitalisierungsaffinen Technologiebereichen angemeldet. Absolut gesehen sind das die meisten Anmeldungen unter allen ländlichen Kreisen. Dabei ist auch im Landkreis Regensburg der Anteil der Familienunternehmen mit 60,7 Prozent hoch. Damit gehört der Kreis ebenfalls zu den 25 Prozent der ländlichen Räume mit den höchsten Familienunternehmensanteilen.

Rund 97 Prozent aller von Unternehmen in der Region angemeldeten Patente stammen von Krones. Das in Neutraubling ansässige Familienunternehmen fertigt Anlagen und Maschinen zur Herstellung, Abfüllung und Verpackung von Getränken und Nahrungsmitteln. Dabei werden die Produkte stetig weiterentwickelt, denn das Unternehmen investiert stark in den Forschungs- und Entwicklungsbereich. Bis Dezember 2019 wurden nach eigenen Angaben rund 5.900 Patente und Gebrauchsmuster von Krones angemeldet. Dies verdeutlicht das dort vorhandene Innovationspotenzial.

Zweitstärktes Unternehmen hinsichtlich Patentanmeldungen ist im Kreis Regensburg agrotop mit Sitz in Obertraubling. Das Familienunternehmen ist im Bereich Düsentechnologie und Pflanzenschutzmittel tätig. **DK**

Umweltminister Thorsten Glauber:

50 Jahre Bayerisches Umweltministerium

Das Bayerische Umweltministerium feierte am 8. Dezember sein 50-jähriges Jubiläum. Seinerzeit war es das erste Umweltministerium weltweit. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber dankte der gesamten Umweltverwaltung für ihre Arbeit: Sein Haus sei seit 50 Jahren die Werbeagentur für Bayerns Umwelt.

Dabei hob Glauber einige historische Meilensteine für den Naturschutz hervor, etwa die Gründung der ersten beiden deutschen Nationalparke im Bayerischen Wald (1970) und in Berchtesgaden (1978) sowie den Erlass des Alpenplans (1972). Aktuelle Projekte seien das „Volksbegehren Plus“, das erste Bayerische Klimaschutzgesetz mit begleitendem Maßnahmenpaket und das Projekt Wasserzukunft 2050.

Aktuell sieht der Minister drei große Existenzthemen: Klimawandel meistern, Artenvielfalt erhalten und Wasserversorgung sichern. „Sie sind in einer schicksalhaften Wechselwirkung miteinander verknüpft. Diese Herausforderungen müssen wir langfristig und mit klaren Schwerpunkten angehen.“ Beispielsweise werde Anfang 2021 ein neuer Klimareport für Bayern vorgelegt, um die aktuellen regionalen Folgen des Klimawandels zu zeigen. Auch Kompensationsplattform für den Ausgleich von CO2-Emissionen soll ihre Arbeit aufnehmen.

2021 startet auch das neue Gewässer-Aktionsprogramm. Dabei sollen Hochwasser- und Gewässerschutz mit dem Artenschutz vereint werden. Der Minister zeigte sich überzeugt: „Es wird ein gigantisches Paket mit 2 Milliarden Euro Volumen allein in den kommenden 10 Jahren. Bis Ende 2030 soll für zusätzlich rund 150.000 Menschen der Grundschutz hergestellt werden – das heißt Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser. Wir machen 2021 außerdem zum Jahr der Flüsse und Bäche und beginnen damit, blühende Bänder durch das Land zu ziehen. Mit dem Programm schaffen wir grüne Ränder für blaue Bänder.“

Größtes Einzelprojekt im Bereich Hochwasserschutz ist der sanfte Donauausbau. Daneben soll der Hochwasserschutz in der Fläche und an den kommunalen Gewässern gestärkt und das Staustufenmanagement an den Flüssen optimiert werden. Neue Starkregen-Gefahrenkarten sollen die Kommunen unterstützen. „Neues Herzstück des Programms ist der ökologische Mehrwert. Ziel sind renaturierte und ökologisch funktionsfähige Fließgewässer und Auen sowie eine noch bessere Vernetzung der Lebensräume“, so Glauber.

Als neues Element kommen ab 2021 vorbildliche Maßnahmen zum Schutz der Natur und Artenvielfalt auf den Flächen im Eigentum der Wasserwirtschaftsverwaltung hinzu. Das betrifft bayernweit Flächen mit einem Umfang einschließlich der Gewässer von rund 60.000 Hektar – in etwa die doppelte Fläche der Stadt München. Zusätzlich wird es eine Arbeitshilfe für die naturnahe Deichpflege geben. Damit sollen in Bayern weit über 1.000 Kilometer Deiche naturschutzfachlich optimiert gepflegt werden.

Informationen:
www.umwelt50.bayern.de/ ❐

GZ **KOLUMNE**
Christine Borst

Liebe Leserinnen und Leser!

In meiner Amtszeit als Kraillinger Bürgermeisterin hatte ich von Mitte November bis kurz vor Weihnachten fast jeden Abend Termine, die in dieser Jahreszeit überwiegend aus Weihnachtsfeiern der örtlichen Vereine und Verbände bestanden.

Hinzu kamen tagsüber nochmal diverse Weihnachtsveranstaltungen der Seniorenvereinigungen und Altenheime, die lieber mittags oder nachmittags feierten.

Meine Kollegen wissen wovon ich spreche, wenn ich mich rückblickend an Stollen aller Art erinnere, die ich nur aus Höflichkeit gegenüber den Gastgebern gegessen habe, obwohl ich Stollen hasse. Es waren auch viele Gläser Glühwein, die ich – trotz Glühweinabneigung – getrunken und unzählige Portionen Braten mit Knödeln aller Art, die ich gegessen habe, obwohl ich das abends eigentlich nicht vertrage.

Schöne Weihnachten – trotz oder gerade wegen Corona

Aber ich erinnere mich auch an unzählige gute und intensive Gespräche bei diesen Veranstaltungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, an gemeinsames Singen von Weihnachtsliedern im Altenheim, wo auch die an Demenz erkrankten Bewohner mitmachen konnten, weil sie vielleicht alles andere, aber nicht diese Melodien und Texte vergessen hatten. An lange Nachmittage auf dem Christkindlmarkt, wo die Bürgersprechstunde sozusagen open-Air stattfand und dank des begleitenden Genusses von alkoholischen Getränken oft in unerwarteter Einigkeit abliefen. Ich denke an die Feier mit den eigenen Mitarbeitern, bei der alle Abteilungen – vom Bauhof bis zur Geschäftsleitung – bunt gemischt an den von ihnen selbst wunderschön geschmückten Tischen saßen und auch die Pensionäre selbstverständlich jedes Jahr mit dabei waren. Nicht zu vergessen auch die Weihnachtsessen mit den Mitgliedern des Gemeinderats und des Kreistags, bei denen man sämtliche politischen Grenzen außer Kraft setzte, sich einfach von Mensch zu Mensch begegnete und oft feststellte, dass es auch bei anderen Fraktionen nette Leute gibt.

Aber alle diese Aktivitäten kamen zum üblichen Tagesgeschäft noch on top und das führte oft dazu, dass ich am Heiligen Abend völlig erschöpft war und mir mit Recht von meiner Familie vorhalten lassen musste, dass ich die letzte Zeit entweder überhaupt nicht da war oder wenn, dann zu müde und zu nichts zu gebrauchen wäre. Ich glaube, so oder so ähnlich läuft es bei den meisten Kommunalpolitikern ab – oder ist es zumindest bis letztes Jahr so gewesen.

Und Weihnachten 2020? Keine Abendtermine, keine Veranstaltungen, keine Märkte – nichts. Deshalb auch keine vorweihnachtlich geprägten Gespräche mit den Bürgern, kein Glühweinumtrunk, kein weinseliges Loblied auf die Mitarbeiter der Verwaltung, keine Verbrüderung mit Gemeinde- und Kreisräten aller Fraktionen.

Bei mir haben die Kontaktbeschränkungen in diesem Jahr einiges ausgelöst und mir deutlich aufgezeigt, wie wichtig die persönlichen Kontakte für unsere Gesellschaft sind. Wie Gespräche mit Senioren über die Weltkriege den eigenen Horizont erweitern und dem alten und oft einsamen Menschen etwas Gesellschaft und Unterhaltung bieten. Wie sehr eine gelungene Weihnachtsfeier mit den Mitarbeitern das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb des Rathauses stärkt und krisenfest macht.

Wie sehr die Menschen in dieser dunklen Jahreszeit Begegnungen mit Nachbarn auf einem hell erleuchteten Weihnachtsmarkt genießen und wie wichtig eine Umarmung mit Freunden ist, die man lange nicht gesehen hat. Wie notwendig es ist, auch mit Mitgliedern anderer Parteien, mit denen man in der Sache oft hart um Positionen ringt, einmal Gespräche über Hobbies und Familie zu führen und dabei zu merken, welchen Mehrwert unser Leben durch menschliche Wärme und Zugewandtheit bekommt.

Vielleicht gelingt es uns im nächsten Jahr, wenn wir die Pandemie hoffentlich in den Griff bekommen und sich das öffentliche Leben wieder normalisiert hat, die Teilnahme an Weihnachtsveranstaltungen, die von den Vereinen und Verbänden mit viel Liebe und Mühe vorbereitet und durchgeführt werden, noch mehr als bisher zu schätzen. Nämlich als wichtigen Teil unserer Arbeit als Kommunalpolitiker mit direktem Zugang zu den Wünschen und Anliegen aus der Bevölkerung. Und vielleicht gelingt es den amtierenden 1. Bürgermeistern auch, einige dieser Termine den Stellvertretern zu überlassen, damit die Familien, die das ganze Jahr über mit großen Einschränkungen des Privatlebens zurecht kommen müssen, wenigstens an Weihnachten auch noch ein bisschen was von diesem Familienmitglied haben.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Neues Jahr

Ihre Christine Borst
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Altbürgermeisterin der Gemeinde Krailling

Wehrhafte Demokratie ...

(Fortsetzung von Seite 1)
wurden zudem Ansprechpartner für Kommunalpolitiker und Abgeordnete, die Opfer von Hate-Speech geworden sind, benannt, wie Justizminister Georg Eisenreich erläuterte. Aus seiner Sicht „endet die Meinungsfreiheit dort, wo das Strafrecht beginnt“. Der lebendige, manchmal auch scharfe Meinungsstreit sei in einer Demokratie elementar wichtig, fände seine Grenzen aber in Fällen von übler Nachrede, Beleidigung, Verleumdung oder Volksverhetzung.

Kooperationspflicht für die sozialen Netzwerke

Um die Verfolgung von strafbarem Hass zu erleichtern, fordert Eisenreich ein höheres Maß an Kooperationspflicht für die sozialen Netzwerke. „Mit der geplanten Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes wollen wir erreichen, dass es im Falle von schweren Straftaten eine Anzeigepflicht seitens der Plattformen gibt“, so der Minister. Auch das Beleidigungsstrafrecht, das im Kern 150 Jahre alt sei, müssen ans digitale Zeitalter angepasst werden.

Staatsminister Eisenreich stellte klar: „Wer Hass im Netz konsequent verfolgt, schützt gleichzeitig die Meinungsfreiheit und verhindert, dass die Menschen, die unsere Demokratie vor Ort mit Leben erfüllen, resigniert aufgeben.“

„Einen Stimmungsumschwung“ registriert der Präsident des Bayerischen Landkreistages und Landrat von Deggendorf, Christian Bernreiter. Konkret würden Autoritären nicht mehr sonderlich ernstgenommen und der Staat allgemein werde nicht mehr so anerkannt wie früher. Vieles werde in Frage gestellt. Mit dem Internet habe sich diese Entwicklung potenziert, die besonders auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu spüren bekämen.

Sicherlich brauche ein Kommunalpolitiker manchmal das sprichwörtliche dickere Fell. „Aber persönliche Anfeindungen oder Drohungen gegen diejenigen, die unseren Staat vor Ort vertreten – da ist eine rote Linie überschritten und da müssen wir klare Kante zeigen“, stellte Bernreiter klar. Denn wie der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gezeigt habe, sei es vom Wort zur Tat manchmal nur ein kurzer Weg.

Sich mit demokratischen Mitteln wehren

Wie Bernreiter berichtete, habe er während des Kommunalwahlkampfes ein konzertiertes Vorgehen AFD-naher Personen in diesem Bereich wahrgenommen. Für viele kommunalpolitische Mandatsträger, vor allem die ehrenamtlich Tätigen, stelle sich am Ende die Frage, ob man sich wirklich diesen Anfeindungen aussetzen soll oder sein politisches Engagement dann doch lieber reduziert. Aus Bernreiters Sicht „steht der Staat und er wehrt sich mit demokratischen Mitteln. Dann fühlen sich die gewählten Volksvertreter geachtet und auch geschützt.“

Verrohung nicht nur ein digitales Phänomen

Dass die Verrohung der Gesellschaft nicht allein ein digitales Phänomen ist, darauf machte Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt, aufmerksam. Analog habe man dies auf den Straßen der Republik und sogar im Parlament erleben müssen. Oftmals richteten sich Hass und Hetze auch gegen Frauen. Beinahe alle Mandatsträgerinnen, egal welcher Ebene, hätten diese Erfahrung schon gemacht. Besonders betroffen seien sie, „wenn sie auf Missstände hinweisen, Gleichberechtigung einfordern und damit auch aus einer sogenannten Rolle ausbrechen, die ihnen manche Männer zugeschrieben haben“, so Bär.

Vor der bayerischen Kommunalwahl habe sie versucht, Frauen für eine Kandidatur als Gemeinderätin oder Bürgermeisterin zu gewinnen. Angst vor Anfeindungen, potenziell auch gegen die eigene Familie, sei häufig als Ablehnungsgrund genannt worden. Damit werde auch deutlich, welches Ziel die Verursacher verfolgten: Engagierte Bürgerinnen und Bürger zum Verstummen zu bringen. Vor allem Netzwerke von Rechtsaußen setzten diese Strategie bewusst ein.

Tipps zum richtigen Umgang mit Krisen in der Online-Kommunikation gaben Anzings Erste Bürgermeisterin Kathrin Alte und Krisenkommunikationsexpertin Eva Werner. Nach ihren Worten ist eine schnelle Reaktion wichtig, jedoch müsse man sich trotzdem die Zeit nehmen, das weitere Vorgehen abzuwägen, bevor man handelt. Es sei nicht notwendig, über jedes Stöckchen zu springen. Vielmehr sei zu prüfen, ob der betreffende Online-Beitrag bei den Bürgern überhaupt auf Resonanz stößt. Auch bei persönlicher Verletzung seien emotionale Schnellschussreaktionen zu vermeiden. Ratsam sei es, sich mit vertrauten Menschen abzustimmen, die eine wertvolle Außenperspektive mitgeben können. Altes und Werners Appell: „Wenn Sie glauben, dass es sich um eine strafbare Äußerung handeln könnte oder Sie oder Ihre Familie bedroht werden: Wenden Sie sich an die Polizei!“

Zivilcourage und das scharfe Schwert des Rechtsstaates

Das scharfe Schwert des Rechtsstaates sei wichtig, um Hassrede zu bekämpfen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Vorsitzende des Bayerischen Ethikrates, Susanne Breit-Keßler. Freilich könne die Justiz allein diese Aufgabe nicht stemmen. „Es liegt auch an uns, dafür zu sorgen, dass das Saatkorn des Hasses auf einen steinigen, unfruchtbaren Boden fällt. Das Internet braucht unsere Gegenrede – und ja, auch unsere Zivilcourage – damit es ein Ort der menschlichen und menschenwürdigen Begegnung bleiben kann“, stellte Breit-Keßler fest. **DK**

Kommunikation im Netz:

Kompass als Nothelfer

Um kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die mit Hass und Hetze im Netz konfrontiert sind, zu unterstützen, hat die Hanns-Seidel-Stiftung den „Kompass Wehrhafte Demokratie“ auf den Weg gebracht. Dabei handelt es sich um eine Informationsbroschüre in innovativem Design, das gemeinsam mit einem interdisziplinären Expertenteam und dem Kooperationspartner Reconquista Internet/Hassmelden.de erarbeitet wurde.

Der Kompass soll Wegweiser und Nothelfer für Kommunikation im Netz sein. Er will über aktuelle Bedrohungsphänomene aufklären, für präventive Maßnahmen sensibilisieren und konkrete Hilfe vermitteln. Mit der Handreichung will die HSS alle gegen Shitstorms und Online-Anfeindungen wappnen, die im Netz unterwegs sind, seien es Privatpersonen oder solche, die in der Öffentlichkeit stehen und (politische) Verantwortung tragen.

Zusätzlich bietet die Hanns-Seidel Stiftung mit ihrer neuen Online-Themenplattform, „Wir! Gemeinsam gegen Hatespeech“ einen interaktiven Assistenten im Umgang mit Verschwörungserzählungen, Hassrede und Fake News. Diese Seite will praktische Hilfe bieten. In drei Klicks findet man die richtige Reaktion auf jede Art von Hassrede und Falschmeldung sowie das notwendige Wissen zum Thema. **DK**

Dr. Olaf Heinrich Bürgermeister des Jahres 2020:

Intelligente Lösungen für Mobilität der Bürger

Der Bürgermeister der niederbayerischen Kreisstadt Freyung, Dr. Olaf Heinrich, ist Bayerns „Bürgermeister des Jahres“. Vor wenigen Tagen wurde Niederbayerns Bezirkstagspräsident für seine herausragenden Verdienste und sein Engagement für die Bürger geehrt. Als Bürgermeister hat er zahlreiche Projekte initiiert, die Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung der Stadt Freyung zugutekommen.

Mit dem Projekt „freYfahrt: Digitalisiertes On Demand Ridepooling“ etablierte Heinrich ein wirkungsvolles Instrument, um den ÖPNV im ländlichen Raum zu stärken. Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau, LKC, der gemeinsam mit Altbürgermeister Rolf Zeitler aus Unterschleißheim und Altbürgermeister Eckhard Kalinowski aus Taufkirchen wieder die Jury bildete, hob in seiner Laudatio die bedarfsgesteuerte, flexible Mobilität des öffentlichen Nahverkehrs Freyungs hervor. Während der Betriebszeiten können Bürger der Stadt und angrenzenden Gemeindeteilen per App oder Telefon kleine Busse ordern. Kein Fahrplan und keine festen Haltestellen ermöglichen hohe Flexibilität. „Diese moderne, digitale Lösung für den öffentlichen Nahverkehr hat eine Vorbildfunktion für andere Gemeinden im ländlichen Raum“, sagte Gronau.

Übergeben wurde der Preis von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Geschäftsführer der Detig Rechtsanwaltsgesellschaft und Altbürgermeister der Gemeinde Pullach im Isartal. Durch die Auszeichnung sollen Engagement, Kreativität und Verantwortung der Stadt Freyung gegenüber den nachfolgenden Generationen Wertschätzung und Aufmerksamkeit erfahren, betonte Detig. Zudem hob er die Vorbildfunktion für andere Kommunen hervor.

Heinrich wertete die Auszeichnung „als Würdigung für die Stadt Freyung, aber auch als Anreiz für die gesamte Stadtverwaltung, unsere Arbeit weiter nach den alltäglichen Bedürfnissen der Bürger auszurichten. „Wenn wir im engen Austausch mit den Bürgern agieren, zu kreativen Lösungen kommen und gemeinsam den Mut haben diese umzusetzen, dann können wir auch im Kleinen, Großes erreichen. Die FreYfahrt zeigt: intelligente, digitale Lösungen lassen sich gemeinsam mit etablierten Verkehrsunternehmen umsetzen. In unserem Fall mit einem traditionsreichen Busunternehmen, das bereit war, sich auf ein völlig neues System einzulassen.“

Ausgelobt wird der jährliche, landesweite Preis für besondere kommunalpolitische Verdienste von der LKC-Gruppe aus Grünwald bei München sowie der Detig Rechtsanwaltsgesellschaft aus Pullach. Neben der Auszeichnung erhält die Stadt Freyung steuerliche und rechtliche Beratungsleistungen von der LKC-Gruppe für eine gemeinnützige Einrichtung in Höhe von 2.000 Euro. ❐

Selbstbestimmung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bestimmung von Menschen mit Behinderung sind in dieser Steuerungsgruppe neben den Fachministerien und anderen öffentlichen Stellen auch Selbsthilfeorganisationen und Verbände sowie Einrichtungen vertreten.

Mithilfe der Steuerungsgruppe wird ein schneller Informations- und Meinungsaustausch mit den Verbänden und Einrichtungen erreicht, um praxistaugliche Maßnahmen für alle Beteiligten sicherzustellen. Hier wurde auch das Rahmenkonzept für die Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe in Bayern abgestimmt. Es sieht die Aufrechterhaltung des Betriebs der Einrichtungen unter Berücksichtigung Corona-spezifischer Anforderungen vor.

Möglichst wenig Einschränkungen

Generelle Schließungen sollten das letzte Mittel sein, machte Trautner deutlich: „Es ist mir ein großes Anliegen, dass es möglichst wenig Einschränkungen für Menschen mit Behinderung gibt, keine pauschalen Betretungs- und Besuchsverbote in den Heimen und keine pauschalen Schließungen.“

Wie der Sozialverband VdK Bayern mitteilt, trifft die Corona-Pandemie Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt besonders hart. Laut Landesvorsitzender Ulrike Mascher „müssen wir aufpassen, dass Corona die zaghaften Erfolge der Inklusion nicht wieder zunichtemacht. Die aktuellen Zahlen lassen das jedenfalls befürchten.“

Mehr Programme für Qualifizierung gefordert

Menschen mit Behinderung in Bayern seien in der Corona-Krise überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Oktober 2020 wiesen in Bayern knapp neun Prozent der arbeitslos Gemeldeten das Merkmal „Schwerbehinderung“ auf, das ist der höchste Anteil aller Bundesländer. Zudem stieg in Bayern die Zahl arbeitsloser Menschen mit Schwerbehinderung im Jahresvergleich von Oktober 2019 und 2020 um 19 Prozent und auch damit stärker als in allen anderen Bundesländern.

Mascher zufolge darf Inklusion nicht auf der Strecke bleiben. Menschen mit Behinderung in Bayern benötigten mehr Programme für Qualifizierung und Weiterbildung, um der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Zudem müssten Arbeitgeber stärker in die Pflicht genommen werden. „Wir fordern deshalb die Anhebung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die überhaupt keine Menschen mit Behinderung einstellen oder die Pflichtquote nicht erfüllen. Zudem müssen staatliche Fördermittel aus aktuellen Hilfspaketen an Zusagen zur Barrierefreiheit und anderen Maßnahmen der Inklusion geknüpft werden“, so die VdK-Landesvorsitzende. **DK**

Füracker präsentiert ...

(Fortsetzung von Seite 1)
wertunabhängigen Äquivalenzzahlen angesetzt. Diese betragen für die Grundstücksfläche 0,04 Euro/qm und für Gebäudeflächen 0,50 Euro/qm. Für Wohnflächen gibt es einen Abschlag von 30 %, so dass nur 0,35 Euro/qm angesetzt werden. Daneben ist u.a. für Gebäude mit sozialem Wohnungsbau und Denkmäler ein zusätzlicher Abschlag vorgesehen.

Einmalige Feststellung der Bemessungsgrundlage

Die Bemessungsgrundlage wird einmalig zum Stichtag 1. Januar 2022 festgestellt und muss nur angepasst werden, wenn sich die Flächen oder die Gebäudenutzung ändert. Auf die so ermittelte Bemessungsgrundlage wenden die Gemeinden ihren Hebesatz an. Die Kommunen entscheiden somit über die endgültige Höhe der Grundsteuer.

Keine Baulandsteuer

Mit Enttäuschung und Verärgerung reagierten Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag auf das neue Modell der Staatsregierung. Die Tatsache, dass die von der Politik mehrfach zugesagte Einführung einer Grundsteuer C (sog. Baulandsteuer) nicht kommen soll, wertete Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl gar als „Kriegserklärung an Bayerns Gemeinden und Städte“. Alle Bemühungen der Kommunen, baureife brachliegende Grundstücke im Innenbereich der Gemeinden für den Wohnungsbau nutzbar zu machen, würden damit zerstört.

Neben anderen baurechtlichen Instrumentarien würde eine Grundsteuer C dem Spekulantentum der Grundstückseigentümer, die auf Wertsteigerungen setzen, entgegenwirken, betonte Brandl. Dies könne nun nicht geschehen. Aus seiner Sicht ist es ein Schlag ins Gesicht der Gemeinde- und Stadträte, die auf die politischen Zusagen vertraut haben. Vor allem sei es nicht nachvollziehbar, weshalb gerade die Freien Wähler im Bayerischen Landtag dieses Instrumentarium verhindert haben. „Sich einerseits als Anwälte des ländlichen Raums aufzuführen, andererseits den ländlichen Kommunen ein dringend benötigtes Werkzeug vorzuenthalten, ist schizophren“, erläuterte der Präsident.

Einfache Grundsteuer A und B

Begrüßt werden dagegen die von Albert Füracker vorgestellten Pläne für eine einfache Grundsteuer A und B. Die Grundsteuer ist für Bayerns Gemeinden und Städte mit einem Volumen von rund 1,8 Milliarden Euro eine der wichtigsten Steuerquellen. Brandl: „Der vorgestellte einfache, nachvollziehbare und vollzugsfreundliche Ansatz ist gut. So wird auch die bewährte Zusammenarbeit zwischen Finanzverwaltung und den Kommunen beibehalten. Letztlich geht es auch um die Sicherung der finanziellen Grundausstattung der Gemeinden und Städte. Dafür werden wir in einen konstruktiven Dialog mit der Bayerischen Staatsregierung eintreten.“

„Verpasste Chance“

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, habe die Staatsregierung aufgrund des Widerstands der Freien Wähler mit ihrem Entwurf für ein bayerisches Grundsteuergesetz leider versäumt, mit einer Grundsteuer C ein Instrument zur Mobilisierung von Flächen zu schaffen. „Das ist eine verpasste Chance“, stellte der Verbandschef fest. Die Grundsteuer C hätte aus seiner Sicht auch in Bayern einen Ansatz schaffen können, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Somit könnten baureife Grundstücke, solange sie nicht bebaut sind, mit einem eigenen Hebesatz belegt werden. Nun sei der Bayerische Landtag am Zug, damit der Freistaat die bundesrechtlich vorgesehene Möglichkeit doch noch in einem Landesgrundsteuergesetz umsetzt.

Eigentümer motivieren

Laut Pannermayr berichten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vielfach von Grundeigentümern, die trotz bestehendem Baurecht ungenutzte Baugrundstücke in Ortszentren bevorraten, ohne konkret eine Bebauung zu planen. Eine Grundsteuer C könne als Steuerungsinstrument wirken, damit Eigentümer motiviert werden, ungenutzte Grundstücke mit Wohnungen zu bebauen oder an Bauinteressenten zu verkaufen. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags habe daher kein Verständnis für die kommunalferne Blockadehaltung besonders von Vertretern der Freien Wähler im Bayerischen Landtag und in der Bayerischen Staatsregierung.

Wirkungsvolle Werkzeuge für die Innenentwicklung gefordert

Beim Flächensparen benötigten die Kommunen wirkungsvolle Werkzeuge, machte Pannermayr deutlich: „Städte und Gemeinden brauchen Instrumente, damit sie gezielt Innenentwicklung vorantreiben können. Mit der Nutzung von bislang unbebauten Baugrundstücken lässt sich das Ziel des Flächensparens besser erreichen. Kommunen brauchen steuerrechtliche Instrumente – dazu gehört als ein Instrument von mehreren eine Grundsteuer C. Darüber hinaus kann eine steuerliche Begünstigung zum Flächensparen helfen, wenn zum Beispiel nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Hofgrundstücke an Kommunen veräußert werden. Außerdem brauchen Kommunen baurechtliche Werkzeuge, wie ein generelles Vorkaufsrecht für Kommunen.“

Der Städtetag lehnt den Vorschlag der Staatsregierung ab, eine Zonierung für die Grundsteuer B – etwa nach Größenklassen oder Zonentypisierungen – als Option für Kommunen zu schaffen. Die Staatsregierung, so Pannermayr, erkläre zwar, dass sie einfache und unbürokratische Regelungen für die Grundsteuer schaffen will, jedoch würde eine Zonierung je nach Stadtviertel in den Städten einen hohen bürokratischen Aufwand verursachen. Die Folge seien enorme Konflikte und rechtliche Risiken. „Das ist keine Einfach-Grundsteuer, das ist das Gegenteil von einfach und unbürokratisch“, so der Verbandschef. **DK**

„STECKER REIN – VIREN RAUS.“
WOLF PROFI-LUFTREINIGER FÜR KITA, SCHULE, PRAXIS, RESTAURANT UND MEHR.

Jetzt Menschen in Kita, Schule und gewerblichen Räumen schützen: Der neue WOLF Luftreiniger **AirPurifier** reinigt Raumluft (Abscheidegrad 99,995% / DIN EN 1822) durch HEPA-Hochleistungsfilter H14 und Aktivkohle-Kombifilter schnell und effizient von Viren, Bakterien, Pollen, Staub und Gerüchen. Schnell und einfach aufgestellt.

Prüfen Sie bundesweite und bundeslandspezifische Förderprogramme! Für kleine und mittelständische Unternehmen förderfähig mit bis zu 90% aus der Überbrückungshilfe!

Mehr auf wolf.eu/airpurifier.

NEU!

VDI 6022

MADE IN GERMANY BY WOLF

5 JAHRE GARANTIE WOLF

- Professionell konstruiert: nach VDI 6022
- Flüsterleise: Schalldruckpegel* 34 dB(A) im Normalbetrieb, 42 dB(A) im Boost-Modus
- Sichere Luftreinigung: bis zu 1.200m³/h mit 4- bis 6-facher Luftfilterrate
- Ideal: Ausblashöhe 2,3m - dadurch optimale Luftzirkulation dank Luftwalze
- Sorgenfreies Plug & Play: steckerfertig, Liefer- und Inbetriebnahmeservice

* Schalldruckpegel in 1m Abstand nach DIN EN ISO 11203 entsprechend Volumenströmen von 400 und 1.200 m³/h.

WWW.WOLF.EU

VOLL AUF MICH EINGESTELLT.

WOLF

Krankenhausversorgung:

„Kein Erfolg ohne Veränderung“

GZ-Interview mit Dr. Andreas Hartung, Leiter des Sana-Geschäftsbereichs Managementverträge

Krankenhäuser sind in der Pandemie unentbehrlich. Aber sie stünden auch ohne Corona vor riesigen Herausforderungen. Denn viele Häuser sind defizitär und die kommunalen Haushalte sind deutlich geschrumpft. Das dürfte sich in den kommenden Monaten auch eher verschlechtern. Die GZ hat deshalb mit Dr. Andreas Hartung gesprochen, der beim drittgrößten privaten Klinikbetreiber Deutschlands, der Sana Kliniken AG, für Managementverträge verantwortlich ist, also für Krankenhäuser, die in kommunaler Hand bleiben, aber durch Sana geführt werden.

GZ: Herr Dr. Hartung, Krankenhausmanagement ist sicher nicht erst seit Corona ein echter Fulltime-Job?

Hartung: *Die Führung eines Krankenhauses ist heute deutlich komplexer als dies früher der Fall war. Heute muss ein Krankenhausmanager von der komplexen Krankenhausfinanzierung, über Abläufe im klinischen Bereich bis hin zu Hygiene und Notaufnahme alles beherrschen. Zudem müssen Krankenhäuser ständig neu auf gesetzlichen Veränderungen ausgerichtet werden. Ein Krankenhaus befindet sich medizinisch, pflegerisch und organisatorisch in einem permanenten Wandel. Zudem müssen gute Mitarbeiter gefunden und Ihnen ein attraktives Umfeld geboten werden. Es ist eine Teamaufgabe, bei der viele Experten Hand in Hand zusammenarbeiten, damit das Gesamtergebnis stimmt.*

GZ: Vertragen sich denn ein professionelles Management und der Anspruch, den Bürgern eine umfassende medizinische Versorgung zu garantieren?

Hartung: *Nur ein professionell geführtes und wirtschaftlich gesundes Krankenhaus kann auf Dauer die Ergebnisse liefern, die sich ein Patient wünscht. Nur die Krankenhäuser, die technisch und baulich auf der Höhe sind sowie den Besten ihres Fachs in Medizin und Pflege das richtige Umfeld bieten, werden die beste Versorgung für die Bevölkerung erbringen.*

GZ: Corona hat in Sachen Finanzen und Wirtschaftlichkeit vieles durcheinander gewirbelt.

Hartung: *Verwirbelt und verstärkt. Schon ohne Corona mussten sich viele Träger Gedanken machen, wie es mit ihrem Krankenhaus weitergehen soll – viele Häuser schreiben rote Zahlen und belasten nachhaltig einen jetzt schrumpfenden Haushalt. Es wird einen Verteilungskampf ums Geld geben: Spielplatz oder Umgehungsstraße, Schule oder Krankenhaus? Vor solchen schwierigen Entscheidungen werden Bürgermeister und Landräte bald stehen.*

GZ: In solchen Situationen wird ja oft über einen Verkauf nachgedacht – und dann im gleichen Atemzug reflexhaft die Privatisierung verteufelt.

Hartung: *Leider ist das so – zumindest in der Öffentlichkeit. Viele Bürgermeister sagen nach persönlichen Gesprächen, so schlecht sei das eigentlich gar nicht, aber den Bürgern sei es nur schwer zu vermitteln.*

Dr. Andreas Hartung

Bild: Sana Kliniken AG

GZ: Aber eine Schließung wegen fehlender Mittel ist noch schwerer zu vermitteln, oder?

Hartung: *Naja, die Grauzone zwischen einem „weiter so“, einer Insolvenz und einer Privatisierung ist ja zum Glück groß und hält auch Alternativen bereit – etwa durch einen Managementvertrag.*

GZ: Als Bürgermeister „leihe“ ich mir einen Manager, der das Haus dann führt?

Hartung: *Als Auftraggeber erhalte ich über den Managementvertrag nicht nur einen erfahrenen und versierten Geschäftsführer, ich erhalte, wie in unserem Fall, das gesamte Expertenwissen des drittgrößten deutschen Krankenhausträgers. Wir decken mit unseren Spezialisten sämtliche Fragestellungen im Krankenhaus ab. Und dadurch, dass die Kollegen auf ihren Gebieten die Erfahrung aus 54 Krankenhäusern mitbringen, profitiert der Träger von der Größe des Verbunds ohne seine Eigenständigkeit aufzugeben. Er bekommt ein Managementteam das die gesamte Komplexität modernen Krankenhausmanagements abdeckt und zudem noch alle wirtschaftlichen Vorteile, die ein so großer Verbund mit sich bringt.*

GZ: Gibt die Kommune damit nicht viel Einfluss und Gestaltungsspielraum auf, wenn sie einen externen Manager beauftragt?

Hartung: *Im Gegenteil. Denn weil Sie ja keine Anteile verkaufen, verlieren die Kommunen keinen Einfluss. Und weil sie von uns ja im Vorfeld genau beraten werden und wir den Trägern auf Grundlage einer umfassenden Analyse Handlungsempfehlungen geben, wird der Spielraum eher größer. Erfahrene Manager, ein Verbund im Rücken und eine klare Perspektive auf das Mögliche und Notwendige: Das ist für die Erfüllung des Versorgungsauftrages ein klarer Vorteil und wird langfristig auch den Haushalt schonen. Der Einzelkämpfer wird es in Zukunft schwer haben zu überleben.*

GZ: Dennoch: Ist ein Management durch einen externen Manager nicht der erste Schritt in die Privatisierung?

Hartung: *Nein. Ein externes Managementteam ist ein entscheidender Schritt zu einer sicheren und besseren Versorgung und einer wirtschaftlichen Gesundung. Sie stärken kommunale Strukturen, da sie wirtschaftlicher und leistungsfähiger werden.*

GZ: Sie kaufen also keine Anteile, stellen dafür aber alles auf den Kopf im Krankenhaus?

Hartung: *Wenn es über viele Jahre Defizite angehäuft hat, dann gibt es dafür ja Ursachen. Diese wollen wir natürlich finden und abstellen. Erfolg ohne Veränderung gibt es nicht.*

GZ: ... deshalb schließen Sie dann sofort unrentable Bereiche wie die Geburtshilfe?

Hartung: *Reflexhafte Schließungen sind niemals die richtige Lösung. Auch bei einem Managementvertrag entscheidet der Träger über solche grundlegenden Themen.*

Der Unterschied ist nur, dass das Krankenhaus in seiner Komplexität, in seinem Umfeld und Wettbewerb betrachtet wird. Eine wirtschaftliche Gesundung durch das Wissen von Experten und den Vorteilen eines großen Verbunds helfen da schon viel. Zudem müssen alle Aspekte des jeweiligen Versorgungsgebiets analysiert und Lösungen erarbeitet werden. Nicht die Frage: wie bekomme ich mein Krankenhaus voll ist die Richtige, sondern vielmehr wie versorge ich meine Bevölkerung optimal. Darauf gibt es häufig sehr unterschiedliche Antworten. Anstelle einer Schließung steht nicht selten eine ergänzende Spezialisierung.

GZ: Abschließende Frage: Werden es alle Krankenhäuser in Deutschland schaffen, unbeschadet aus der Corona-Krise zu kommen?

Hartung: *Vermutlich nicht. Deshalb sollten die kommunalen Träger rechtzeitig die Weichen dafür stellen, dass die Versorgung der Bevölkerung angemessen, professionell und zukunftssicher gestaltet wird – ehe ihnen diese Entscheidung abgenommen wird.* ❐

Kommunale Impfzentren:

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Das Bundesgesundheitsministerium hat für die erste Zeit, in der ein Covid-19-Impfstoff zur Verfügung stehen wird, die ausschließliche Verabreichung des Vakzins in kommunalen Impfzentren und ggf. durch mo-bile Teams vorgesehen. Für Bayern sind 99 Zentren geplant, die ab Mitte Dezember einsatzbereit sein sol-len. Pro Tag können sich 30.025 Personen impfen lassen. Sobald ausreichend Impfstoff vorhanden ist und Engpässe in der Lagerung, einige Impfstoffe müssen bei bis zu -75 Grad Celsius gekühlt werden, geklärt sind, wird das Regelsystem die Versorgung übernehmen.

Für die Impfzentren beschafft der Bund den Impfstoff, die Länder sind für dessen sichere Lagerung und Verabreichung sowie die Bereitstellung von Zubehör, wie z.B. Spritzen, Kanülen und Lösungsmittel verantwortlich. Diese zentralisierten Strukturen werden als Chance für eine engmaschige kommunikative und wissenschaftliche Begleitung der Maßnahmen gesehen.

Um einen schnellen Aufbau und einen bürokratiearmen Ablauf der Impfzentren zu fördern, erfolgt eine pauschale Abrechnung der Kosten über die Länder und aus den Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung. Mit dem Aufbau von Impfzentren wurde den Kommunen die Einrichtung einer unbekannten Infrastruktur abverlangt, und zwar in kürzester Zeit.

Individuelle kommunale Lösungen

Die bayerischen Kommunen lösen die gestellten Aufgaben individuell:

- Nach erfolgter Ausschreibung durch das Landratsamt Fürstenfeldbruck erhielt das Bayerische Rote Kreuz, Kreisverband Fürstenfeldbruck, den Zuschlag.
- Im Landkreis Neu-Ulm sind drei Impfzentren geplant, eines davon kommt in den ehemaligen Feneberg-Supermarkt in Weißenhorn.
- In Nürnberg und München stellt die jeweilige Messegesellschaft geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung.
- Der Landkreis München richtet drei Impfzentren und möglicherweise noch zwei weitere Einrichtungen ein. Betreiber der Zentren sind Malteser-Hilfsdienst, das Deutsche Rote Kreuz und die Johanniter-Unfall-Hilfe. Im Vollbetrieb rechnet der Landkreis für jedes Zentrum mit einer voraussichtlichen Impfkapazität von mindestens 350 Personen pro Tag. Sollten Impfungen z.B. in Pflegeeinrichtungen notwendig sein, kommen an jedem Standort drei mobile Teams bestehend aus je drei Personen zum Einsatz.
- Stadt und Landkreis Würzburg planen gemeinsam mit dem Messeveranstalter AFAG ein Hauptimpfzentrum auf der Talavera, ein Impfzentrum am Flugplatz Giebelstadt sowie mehre mobile Impfteams.
- Das erste gemeinsame Impfzentrum für Stadt und Landkreis Bamberg wird bis Ende März im Foyer der Brose Arena in Bamberg umgesetzt. Ab April wird das Bamberger Impfzentrum dann in den Sportpark Bamberg, An der Breitenau, verlegt. Der Bamberger Landrat Johann Kalb hebt hervor: „Die besonderen Rahmenbedingungen erfordern viel Platz für mehrere Impfstraßen gleichzeitig. Diese Voraussetzungen sind sowohl in der Brose Arena als auch im Sportpark gegeben.“

Impfung und Spielbetrieb

Oberbürgermeister Andreas Starke ergänzt: „Wir sind froh, schnell eine sehr gute Lösung gefunden zu haben. Bis zum Jahresende gibt es noch drei Heimspiele der Brose Bamberg mit großer Wahrscheinlichkeit ohne Zuschauer. Impfzentrum und Spielbetrieb in der Brose Arena können ohne Probleme parallel laufen. Selbst wenn im neuen Jahr wieder Basketballspiele mit Zuschauern möglich sein sollten, sind wir logistisch in der Lage, das Impfzentrum mit dem Basketballbetrieb in der Brose Arena zu kombinieren.“

- Der Landkreis Forchheim wird sein Impfzentrum im ehemaligen Don Bosco Schülerheim an der Bayreuther Straße in Forchheim betreiben.
- Im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wird das Impfzentrum im ehemaligen Nahversorger Altmühl-Center in Frickenfelden eingerichtet; Betreiber ist das Klinikum Altmühlfranken.
- Der Landkreis Lindau plant zwei Impfzentren und eine Ergänzung durch mobile Teams. Eines der Zentren entsteht in der FOS-Turnhalle in Lindau.
- Wertingen wird der Standort des Corona-Impfzentrums für den Landkreis Dillingen sein. Konkret wird die Impfstation in der kreiseigenen Dreifachturnhalle und im Hallenbad in der Pestalozzistraße 12 eingerichtet. „Der zusammenhängende Gebäudekomplex von Dreifachturnhalle und Hallenbad erfüllt die Anforderungen des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege an die Infrastruktur sehr gut“, begründet Landrat Leo Schrell die Entscheidung zur Standortfrage.

Ausreichend Parkmöglichkeiten, die Erreichbarkeit über den ÖPNV, genügend Räumlichkeiten für wartende Personen sowie die Nähe zum Krankenhaus Wertingen waren dafür mit entscheidend. Durch entsprechende technische Nachrüstungen wird zudem ein barrierefreier Zugang geschaffen. Auch die Warteräume werden barrierefrei ausgestaltet.

Impfquoten-Monitoring

Für das Impfquoten-Monitoring ist das Robert-Koch-Institut zuständig. Dazu wird ein digitales System entwickelt, in das möglichst in Echtzeit direkt aus den Impfzentren Daten übertragen werden, die nicht personenbezogen sind. Begleitend werden Studien und Surveys durchgeführt. Die Risikobewertung von Impfstoffen ist ein kontinuierlicher Prozess. Gemessen werden soll die Impfeffektivität, ob also Geimpfte trotzdem an Covid-19 erkranken (Impfdurchbruch) im Verhältnis zum Anteil der Geimpften in der Gesamtbevölkerung.

Langfristig geplant sind Krankenhaus-basierte Fall-Kontrollstudien zur Effektivität der Impfung bei hospitalisierten geimpften und ungeimpften Patientinnen und Patienten, in denen auch die Schwere des klinischen Erkrankungsverlaufs dokumentiert wird. Hinweise, die auf eine Verstärkung der Erkrankung nach der Impfung hindeuten könnten, sind ebenso Forschungsgegenstand.

Ausbrüche in definierten Personenkreisen, z.B. Pflegeheimen oder unter Besuchern von Veranstaltungen werden mit Fall-Kontrollstudien begleitet. Die Überwachung der Sicherheit der Impfstoffe erfolgt über ein etabliertes Realtime Monitoring. Ob damit die UAW-Datenbank des Paul-Ehrlich-Instituts gemeint ist, eine Datenbank, in der jeder dem Institut gemeldete Verdachtsfälle von Impfkomplikationen und Impfnebenwirkungen einsehen kann, ist in der Nationalen Impfstrategie des Bundesgesundheitsministeriums nicht erwähnt.

Kurzfristig soll auch in einer Kohortenstudie mittels Smartphone-App die Häufigkeit und Schwere unerwünschter Ereignisse sowie SARS-CoV-2 Infektionen bei geimpften Erwachsenen nachverfolgbar gemacht werden. Ob dafür die Corona-Warn-App weiterentwickelt wird, bleibt abzuwarten. Mit Modellierung und künstlicher Intelligenz sowie aus Daten der vier größten gesetzlichen Krankenkassen, die ca. 70 % aller gesetzlich Versicherten abdecken, werden potenzielle Risikosignale der Phase I-III Studien der verschiedenen Impfstoffe und neue Risikosignale überwacht. Da Schwangere zumeist in den klinischen Prüfungen nicht untersucht werden, sollen Schwangerschaftskomplikationen in Verbindung mit der Impfung festgehalten werden. **CH**

Flächendeckende Geburtshilfe-Versorgung:

Hebammen-Haftpflicht bis 2024 gesichert

Für Hebammen, die im Deutscher Hebammenverband e.V. organisiert sind, ist der Haftpflichtversicherungsschutz über weitere drei Jahre bis zum 1. Juli 2024 gewährleistet. Ein Versicherungskonsortium unter Führung der Versicherungskammer hat dem Deutschen Hebammenverband ein entsprechendes Fortführungsangebot unterbreitet. „Wir gewährleisten so langfristig die flächendeckende Versorgung einer Geburtshilfe sowie die Vor- und Nachsorge auch außerhalb der Ballungszentren beziehungsweise größeren Städten und werden damit auch unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht“, sagt Barbara Schick, stellvertretende Vorsitzende der Versicherungskammer und verantwortlich für die Schaden- und Unfallversicherung.

Das Versicherungskonsortium bietet den Hebammen je nach Tätigkeitsprofil eine passgenaue Haftpflichtversicherung an und stellt so einen differenzierten, an den Bedürfnissen der Hebammen ausgerichteten Schutz sicher. Dabei können die Prämien für die meisten Hebammen, die Gruppe ohne Geburtshilfe, stabil unter 1.000 Euro gehalten werden. Der Versicherungsbeitrag der freiberuflichen Hebammen mit Geburtshilfe wird sich ab Jahresmitte 2021 wegen des prognostizierten Schadenbedarfs erhöhen. Der ebenfalls steigende staatliche Sicherstellungszuschlag mindert einen wesentlichen Teil des Anstiegs ab.

Gestiegenen Gesamtkosten wird Rechnung getragen

Nach der stufenweisen Erhöhung der Deckungssummen für Personenschäden in den vergangenen Jahren, wird den weiter gestiegenen Gesamtkosten bei schweren Geburtsschäden in dem Fortführungsangebot in besonderer Art Rechnung getragen: Die maximale Deckungssumme wird ab Juli 2021 um 25 Prozent angehoben. Erst im Februar 2020 hatte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), die Entwicklung der Schadenzahlen in der Studie „Schadenverlauf in der Haftpflichtversicherung der Ärzte und Hebammen“ bestätigt. Die Gruppenhaftpflicht steht den rund 15.000 Mitgliedern des Deutschen Hebammenverbands zur Verfügung und wird über den hevianna Versicherungsdienst angeboten.

Nur wenige Versicherer bieten Versicherungsschutz

„Es freut mich, dass wir bereits frühzeitig eine sehr überzeugende Lösung entwickeln konnten, bei der alle beteiligten Seiten ihren Beitrag zum Gelingen geleistet haben“, so Schick weiter und verweist darauf, dass nur noch wenige Versicherer bereit sind, angesichts der hohen Haftungsrisiken Versicherungsschutz anzubieten. So gleicht eine Haftpflichtversicherung nicht nur die Pflege- und Therapiekosten, sondern auch weitere Ansprüche wie Schmerzensgeld und den Erwerbsausfall des Kindes aus. Gerichte machen dabei bspw. die Höhe des Einkommensersatzes maßgeblich vom Beruf und Einkommen der Eltern abhängig. ❐

V.l.: Mit vereinten Kräften entsteht das Impfzentrum in Sulzbach-Rosenberg. Das BRK mit Joanna Sladki (stellv. Leiterin), Eileen Hauenstein (Leiterin) und Geschäftsführer Sebastian Schaller wird das Zentrum betreiben. Dr. Mike Scherer steht zudem als ärztlicher Leiter zur Verfügung. Landrat Richard Reisinger dankte ihnen aber auch seinem Gebäudemanagement in Person von Leiter Hubert Saradeth und Dominik Ernst für ihren Einsatz.

Bild: Christine Hollederer

DSGV:

Vermögensbarometer 2020

Die Bundesbürger sind trotz der Corona-Krise mit ihrer finanziellen Situation zufrieden. Dies hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in einer repräsentativen Umfrage ermittelt, deren Ergebnisse im Vermögensbarometer 2020 veröffentlicht wurden. Befragt wurden mehr als 4.800 Personen ab 14 Jahren.

42 Prozent der Befragten gaben an, zufrieden oder sogar sehr zufrieden zu sein; dieser Wert liegt nur einen Prozentpunkt unter dem des Vorjahres. Unter den 14- bis 29-Jährigen sind es sogar 46 Prozent. 63 Prozent der Jüngeren gehen zudem innerhalb der nächsten zwei Jahre von einer Verbesserung aus (im Durchschnitt sind es 33 Prozent).

„Vor allem aber sind die Menschen in Deutschland optimistisch, dass wir als Gesellschaft über diese Krise hinwegkommen", betont Helmut Schleweis, Präsident des DSGV. „Jeder Dritte geht davon aus, dass sich die eigene finanzielle Situation in den nächsten zwei Jahren verbessert, gut die Hälfte geht zumindest davon aus, dass sie gleichbleibt", so Schleweis. Tatsächlich erwarten nur 15 Prozent der Befragten eine Verschlechterung der eigenen finanziellen Situation – und das, obwohl 39 Prozent der Menschen in Deutschland bereits finanzielle Einbußen erlitten haben, 10 Prozent sogar erhebliche. Freiberufler und Selbstständige sind überdurchschnittlich betroffen.

Deutlich größere Auswirkungen hatte die Pandemie auf das Konsumverhalten der Deutschen: Laut eigenen Angaben haben 36 Prozent der Befragten in den vergangenen zwölf Monaten ihren Konsum eingeschränkt. Auffallend groß ist mit 42 Prozent der Anteil in der Altersgruppe der Jüngeren (14 bis 29 Jahre). Von einer Konsumausweitung sprechen insgesamt nur sieben Prozent der Befragten. Auch in Zukunft wollen mehr als doppelt so viele Menschen ihren Konsum einschränken als ausweiten.

33 Prozent der Befragten haben ihr Sparverhalten in Zeiten von Corona angepasst oder planen, dies zu tun. Knapp zwei Drittel dieser Teilgruppe wollen mehr, nur 17 Prozent wollen weniger sparen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (54 Prozent) hat Maßnahmen zur Altersvorsorge ergriffen oder geplant. Je höher das Haushaltsnettoeinkommen, desto höher der Anteil derer, die privat vorsorgen.

Private Vorsorge

Auf der Hitliste der in Anspruch genommenen Maßnahmen belegen Lebens- und Rentenversicherungen mit 38 bzw. 34 Prozent zwar immer noch die ersten beiden Plätze, allerdings mit rückläufiger Tendenz. Investmentfonds haben dagegen gegenüber 2019 einen deutlichen Sprung auf 27 Prozent vollzogen und die selbst genutzte Immobilie (26 Prozent) von Platz drei auf vier verwiesen.

Von nennenswerter Bedeutung ist bei der Geldanlage inzwischen das Thema Nachhaltigkeit. Ein knappes Drittel der Befragten hat sich bereits damit beschäftigt. Vor allem Jüngere und Menschen mit höheren Einkommen haben daran ein überdurchschnittlich großes Interesse.

Gewachsen ist gegenüber den beiden Vorjahren das Vertrauen in sämtliche Geldinstitute. Am meisten Vertrauen genießen unverändert die Sparkassen mit einem Anteil von 55 Prozent der Nennungen. Im Jahr 2019 waren es 52 Prozent, im Jahr 2018 sogar lediglich 44 Prozent. Auch beim Vertrauen in Datenschutz und Datensicherheit nehmen die Sparkassen mit 51 Prozent den ersten Rang ein. **DK**

Präsident Dr. Ulrich Netzer (links) überreicht zwei Spendenschecks über je 10.000 Euro zusammen mit der Schirmherrin Karin Baumüller-Söder (Mitte) an Günter Beucker vom Evangelischen Gemeindeverein Nürnberg-Mögeldorf e. V. (hinten) und Marlies Breher von der Süddeutschen Kinderhospizstiftung (rechts). Bild: Sparkassenverband Bayern

Spendenübergabe unter dem Weihnachtsbaum

Zwei große Spendenschecks für bayerische Hospizeinrichtungen nahm stellvertretend Karin Baumüller-Söder von Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, in München entgegen.

Je 10.000 Euro gingen an den Evangelischen Gemeindeverein Nürnberg-Mögeldorf e.V. für das Modellprojekt Wohngemeinschaft „lebensWeGE" sowie das Kinderhospiz St. Nikolaus in Bad Grönenbach für die Finanzierung von Pflegebetten inkl. Ausstattung. Die Zuwendungen kommen aus dem Reinertrag des PS-Sparen und Gewinnens der bayerischen Sparkassen.

Karin Baumüller-Söder: „Hospizeinrichtungen leisten unschätzbare Arbeit für Patienten und Angehörige in einer sehr schweren Lebenssituation. Sie ermöglichen Würde und Selbstbestimmtheit auch in der letzten Phase des Lebens. Tagtäglich kümmern sich Hospizteams und Ehrenamtliche um die Hilfsbedürftigen. Eine wichtige Unterstützung und auch Motivation für die helfenden Hände sind Spenden. Mit den heutigen großzügigen Gaben können das Kinderhospiz in Bad Grönenbach und die Wohngemeinschaft Nürnberg-Mögeldorf Vorhaben realisieren, die sie schon lange geplant haben, aber bislang nicht umsetzen konnten. Solche Zuwendungen und das Ehrenamt sind wertvolle Stützen des Hospizwesens und ich freue mich sehr, dass der Sparkassenverband Bayern sich hier einsetzt."

Langjähriges Engagement der bayerischen Sparkassen

Dr. Ulrich Netzer betonte das langjährige Engagement der 64 bayerischen Sparkassen und ihrer Stiftungen für alle Lebensbereiche der regionalen Gesellschaft: „Die kommunalen Sparkassen gehören zu den größten nicht-staatlichen Förderern des gesellschaftlichen Lebens in Bayern. Wir übernehmen damit Verantwortung in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport – verlieren aber auch niemals diejenigen aus den Augen, die ganz elementare Lebensfragen zu lösen haben." Die bayerischen Sparkassen fördern das Hospizwesen und die Palliativmedizin seit langem regelmäßig: In den vergangenen 20 Jahren floss allein aus dem Reinertrag des PS-Sparens mehr als eine halbe Million Euro in 18 Einzelspenden an Einrichtungen aus diesem Bereich.

Große Freude löste die Spende bei den anwesenden Vertretern der beiden Einrichtungen aus. Das Kinderhospiz St. Nikolaus, heute vertreten durch die Vorstandsvorsitzende der Süddeutschen Kinderhospiz-Stiftung Marlies Breher, kann mit den Mitteln dringend notwendige Investitionen in die Pflegeausstattung vornehmen, die sonst hätten verschoben werden müssen. Es können 6 Pflegebetten und Spezialausstattung dazu finanziert werden.

Mit der zweiten Spende kann der Evangelischen Gemeindeverein Nürnberg-Mögeldorf e.V., für den der Vorstand Günter Beucker an der Spendenübergabe teilnahm, das Modellprojekt Wohngemeinschaft „lebensWeGE" mit einer Wohnküche besser ausstatten. In dieser Wohngemeinschaft können Gäste des Hospizes wohnen, die ihre eigene Wohnung bereits aufgegeben haben, aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen das Hospiz nochmals verlassen müssen. Die Wohngemeinschaft „lebensWeGE" bietet drei Plätze für diese Menschen, die ansonsten in einer Pflegeeinrichtung untergebracht werden müssten.

Die bayerischen Sparkassen und ihre Stiftungen lassen die Gesellschaft an ihrem Erfolg mit ca. 1 Mio. Euro je Woche teilhaben. 2019 haben sie insgesamt gut 49 Mio. Euro ins Gemeinwohl investiert, vor allem in Kultur, Sport und soziale Maßnahmen wie Bildung und die Förderung von Maßnahmen für Menschen mit besonderen Herausforderungen. Mehr als 7,5 Mio. Euro stammten aus dem Reinertrag der bayernweiten Gewinnsparlotterie „Sparkassen-PS-Sparen und Gewinnen". ❐

Füracker zur Umsatzsteuererklärung:

Landratsämter nicht zusätzlich belasten

„Die Landratsämter sind die Schnittstelle zwischen der kommunalen Selbstverwaltung und der Staatsverwaltung und tragen maßgeblich zum Funktionieren unseres Gemeinwesens bei. Das beweisen sie auch wieder eindrucksvoll in der derzeitigen pandemischen Lage. Durch ihre besondere Funktion darf den Landratsämtern aber kein zusätzlicher bürokratischer Aufwand bei der Umsatzsteuer entstehen", fordert Finanzminister Albert Füracker.

Daher wird sich Bayern im Finanzausschuss des Bundesrats dafür einsetzen, dass Landratsämter und andere umsatzsteuerlich vergleichbare Einrichtungen künftig nicht zwei Umsatzsteuererklärungen abgeben müssen. „Eine einzige Umsatzsteuererklärung an das Finanzamt muss genügen," betonte Füracker.

Landratsämter sind einerseits als unterste Staatsbehörde und andererseits als Kreisbehörde tätig. Sie müssen für beide Bereiche eigenständige Umsatzsteuererklärungen erstellen und an das Finanzamt übermitteln. Füracker: „Dies führt zu bürokratischem Aufwand und bindet Kapazitäten, die gerade in dieser Zeit sinnvoller an anderer Stelle eingesetzt werden können. Der Bund muss hier tätig werden."

Bernreiter begrüßt Vorstoß

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter, unterstützt diesen Vorstoß: „Eine umsatzsteuerrechtliche Aufspaltung des Landratsamts in Kreis- und Staatsbehörde geht an der Vollzugspraxis völlig vorbei und führt zu einem erheblichen Bürokratieaufwand, ohne dass dadurch auch nur ein Cent mehr in der Kasse des Bundesfinanzministers landet. So müssten die Landkreise beispielsweise bei jedem Kopierer, der für Kreis- und Staatsaufgaben gemeinsam genutzt wird, ermitteln, in welchem Umfang der Kopierer jeweils in Anspruch genommen wird, um dann prozentual die Aufteilung auf beide Steuererklärungen machen zu können. Dafür fehlt mir jegliches Verständnis. Ich bin Finanzminister Füracker daher dankbar, dass er unsere Argumente aufgegriffen hat. Der Bund muss jetzt die richtigen Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen und die Landkreise von unnötiger Bürokratie entlasten." ❐

SSKM unterstützt Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens

Mit einer „Selbstverpflichtung für Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften" unterstützt die Stadtsparkasse München die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens. Bayerns größte Sparkasse intensiviert ihre Aktivitäten für mehr Nachhaltigkeit und hält dies in einer Selbstverpflichtung fest, die sie unterzeichnet hat. Darin verpflichtet sich die Sparkasse, ihren Geschäftsbetrieb CO2-neutraler zu gestalten, Finanzierungen und Eigenanlagen auf Klimaziele auszurichten und gewerbliche wie private Kunden bei der Transformation zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu unterstützen.

Laut Vorstandsvorsitzendem Ralf Fleischer „werden wir jetzt jedes Jahr drei bis fünf Prozent CO2 einsparen, um bis 2035 klimaneutral zu sein. Diese Aufgabe halten wir für durchaus machbar, schließlich haben wir in der Vergangenheit schon bewiesen, dass wir unsere Emissionen konsequent senken können." Im Jahr 2006 hat die Stadtsparkasse noch 8.400 Tonnen CO2 ausgestoßen, im Jahr 2019 waren es 1.600 Tonnen. „In den vergangenen Jahren haben wir also bereits über 80 Prozent unserer Emissionen eingespart", so Fleischer. „Unsere Kunden sollen wissen, dass sie bei uns Angebote zur nachhaltigen Finanzierung erhalten und dass auch die Sparkasse selbst immer nachhaltiger wird." Auch ihren Papier- und Wasserverbrauch hat sie in den letzten Jahren nachhaltig verringert. CO2-Emissionen, die nicht vermieden werden können, sollen über Zertifikate neutralisiert werden, so dass die Stadtsparkasse ab 2035 keinen CO2-Fußabdruck mehr hinterlässt.

Ausgangspunkt der Selbstverpflichtung ist das Pariser Klimaschutzabkommen. Darin setzen sich Staaten weltweit das Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf „deutlich unter" zwei Grad Celsius zu begrenzen – möglichst sogar auf 1,5 Grad Celsius.

Laut den Pariser Klimazielen ist die Fähigkeit, mit Veränderungen des Klimawandels besser umgehen zu können, genauso wichtig wie die Verringerung von Treibhausgasemissionen. Unternehmen, die bei diesem Wandel noch am Anfang stehen, will die SSKM bei ihren Anpassungsinvestitionen gezielt unterstützen. „Auch unsere privaten Kunden können konkret etwas unternehmen, indem sie nachhaltige Wertpapiere aus unserem Portfolio in ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen und so eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft stärken", weist Fleischer alle Anleger auf die umfangreichen Möglichkeiten hin.

Die Stadtsparkasse bietet seit Oktober 2020 erstmals Ihren Kunden einen eigenen Fonds SSKM Nachhaltigkeit Invest an. Mit dem SSKM Nachhaltigkeit Invest kombinieren Kunden die Flexibilität eines global investierenden nachhaltigen Mischfonds mit einem modernen Risikomanagement für eine zukunftsträchtige und verantwortungsbewusste Geldanlage. Für die Auswahl der Titel, die in den Mischfonds aufgenommen werden, wird die finanzielle Analyse von Unternehmen und Staaten um eine zusätzliche Komponente ergänzt, wodurch Chancen und Risiken besser bewertet werden können und nachhaltiges Handeln gefördert werden kann. ❐

Knapp 4 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen:

Schlüsselzuweisungen 2021 auf hohem Niveau

„Wir stehen zu unserem Wort: Die bayerischen Kreise und Gemeinden können auch im Jahr 2021 mit hohen Schlüsselzuweisungen von insgesamt 3,93 Mrd. Euro rechnen. Mit diesen Hilfen unterstützen wir gerade die Kommunen, die vor besonderen finanziellen Herausforderungen stehen", teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen an die bayerischen Kommunen mit. Die Gesamtsumme verteilt sich auf knapp 2,52 Mrd. Euro für die Gemeinden und über 1,41 Mrd. Euro für die Landkreise.

Der Freistaat hält den kommunalen Finanzausgleich nach den Plänen der Staatsregierung trotz massiv sinkender Steuereinnahmen auch 2021 mit insgesamt über 10,3 Mrd. Euro auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Füracker zufolge stellt Bayern neben den Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr über 706 Mio. Euro für die Zuweisungen an die Bezirke zur Verfügung. Ein besonderer Fokus liegt auf kommunalen Zukunftsinvestitionen: So werden zum Beispiel Fördermittel für den kommunalen Hochbau, insbesondere für Schulen und Kindertageseinrichtungen, um 50 Mio. Euro bzw. 8,3 Prozent auf 650 Mio. Euro erhöht. Damit knüpft der Freistaat nahtlos an die massive Unterstützung der Kommunen im laufenden Jahr 2020 an.

In Oberbayern erhalten die Gemeinden und Landkreise 2021 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 729 Mio. Euro. Die Stadt Rosenheim bekommt mit 26,1 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberbayern und damit über 14 Prozent mehr als noch für 2020. Die Stadt Ingolstadt erhält mit knapp 9,6 Mio. Euro die zweithöchste Summe. Dahinter folgt Fürstenfeldbruck mit 7,9 Mio. Euro.

Die Landeshauptstadt München erhält aufgrund hoher eigener Steuereinnahmen im insoweit maßgeblichen Jahr 2019 auch 2021 keine Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern belaufen sich im nächsten Jahr auf rund 316 Mio. Euro, die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise auf insgesamt rund 378 Mio. Euro.

Über Schlüsselzuweisungen in Höhe von 679 Mio. Euro können sich die Gemeinden und Landkreise in Schwaben freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden und damit die zweithöchste Summe in ganz Bayern erhält 2021 die Stadt Augsburg mit 179,1 Mio. Euro. Dies bedeutet einen Anstieg um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Danach folgen die Stadt Kempten (Allgäu) mit 28,1 Mio. Euro und die Stadt Kaufbeuren mit 24,4 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben bekommen 2021 insgesamt 217 Mio. Euro, die Landkreise insgesamt rund 223 Mio. Euro.

Mittelfranken

Die Gemeinden und Landkreise in Mittelfranken erhalten 2021 Schlüsselzuweisungen von 669 Mio. Euro. Die Stadt Nürnberg bekommt mit 234,3 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern. Mit 70,9 Mio. Euro steigen die Schlüsselzuweisungen der Stadt Fürth um 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Stadt Ansbach verzeichnet ein Plus von 2 Prozent und kann sich über 23,2 Mio. Euro freuen. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken betragen 2021 insgesamt 173 Mio. Euro, für die Landkreise 155 Mio. Euro.

Mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 535 Mio. Euro werden die Gemeinden und Landkreise in Unterfranken bedacht. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen an die Stadt Würzburg mit 50,9 Mio. Euro. Dahinter folgen die Stadt Aschaffenburg mit 20,5 Mio. Euro und die Stadt Schweinfurt mit 18,1 Mio. Euro. Für Schweinfurt bedeutet dies ein Anstieg um über 80 Prozent bzw. 8,2 Mio. Euro gegenüber 2020. Die kreisangehörigen Gemeinden in Unterfranken erhalten insgesamt 256 Mio. Euro. Mit 241 Euro je Einwohner bekommen sie um 39 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in Bayern. Für die Landkreise in Unterfranken stehen insgesamt 189 Mio. Euro zur Verfügung.

Oberfranken

In Oberfranken erhalten die Gemeinden und Landkreise 2021 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 464 Mio. Euro. Die Stadt Bamberg bekommt mit 33,5 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberfranken. Dies bedeutet einen Anstieg um 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die zweithöchste Summe erhält die Stadt Hof mit 32,9 Mio. Euro. Danach folgen die Stadt Bayreuth mit 21,8 Mio. Euro und die Stadt Lichtenfels mit 8,2 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Oberfranken werden mit insgesamt 220 Mio. Euro ausgestattet. Mit 266 Euro je Einwohner bekommen sie um 54 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die höchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in ganz Bayern. Die Landkreise in Oberfranken erhalten 2021 insgesamt rund 156 Mio. Euro. Mit 188 Euro je Einwohner bekommen sie 23 Prozent mehr als der bayerische Durchschnitt; auch dies ist der Spitzenwert in Bayern.

Niederbayern

Über Schlüsselzuweisungen in Höhe von fast 447 Mio. Euro dürfen sich die Gemeinden und Landkreise in Niederbayern freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 27,5 Mio. Euro an die Stadt Landshut. 23,4 Mio. Euro erhält die Stadt Passau und damit rund 13 Prozent mehr als in 2020. Die Stadt Straubing kann 2021 mit 16,3 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen kalkulieren. Über einen kräftigen Anstieg von 17,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf dann 5,3 Mio. Euro kann sich die Stadt Deggendorf freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern erhalten insgesamt 212 Mio. Euro. Mit 198 Euro je Einwohner werden ihnen um 15 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als dem bayerischen Durchschnitt zuteil. Die Schlüsselzuweisungen der niederbayerischen Landkreise betragen insgesamt 167 Mio. Euro.

Oberpfalz

Die Gemeinden und Landkreise in der Oberpfalz erhalten 2021 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 410 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden in der Oberpfalz bekommt 2021 die Stadt Regensburg mit fast 24 Mio. Euro. Dies bedeutet mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Die Stadt Weiden i. d. OPf. erhält mit 21,3 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen. Danach folgen die Stadt Amberg mit 15,6 Mio. Euro und die Stadt Schwandorf mit 7,3 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz werden mit insgesamt über 200 Mio. Euro ausgestattet. Mit 229 Euro je Einwohner erhalten sie um 33 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Für die Landkreise in der Oberpfalz stehen 2021 insgesamt 149 Mio. Euro zur Verfügung. **DK**

Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden:

Erfolgreiches Geschäftsjahr 2019

Konstituierende Sitzung des Verwaltungsrats - zwei neue Vorsitzende

Der Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden – BVK Zusatzversorgung kam zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, nachdem die vorhergehende Amtsperiode am 31. Dezember 2019 zu Ende gegangen war. Aufgrund der angespannten Corona-Lage fand die Sitzung als Online-Konferenz statt.

Zum Turnuswechsel gab es im Gremium zahlreiche personelle Veränderungen: Insgesamt schieden acht ordentliche Mitglieder und sieben stellvertretende Mitglieder aus, darunter auch die beiden bisherigen Vorsitzenden: Dr. Thomas Böhle, Kreisverwaltungsreferent der Landeshauptstadt München, und Rudolf Winter von ver.di Bayern.

Zu den beiden neuen im jährlichen Wechsel amtierenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats wurden gewählt: Norbert Flach, stellvertretender Landesbezirksleiter von ver.di Bayern, der bereits seit 2008 ordentliches Verwaltungsratsmitglied ist, und Dr. Alexander Dietrich, Personalreferent der Landeshauptstadt München, der neu in das Gremium berufen wurde.

Die 32 Mitglieder des Verwaltungsrats, der paritätisch aus je 16 Vertretern der Arbeitgeber- und Versichertenseite besetzt ist, haben unter Leitung des neuen Vorsitzenden Norbert Flach den Jahresabschluss der BVK Zusatzversorgung zur Kenntnis genommen und stimmten dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 zu. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

Geschäftsentwicklung 2019

Das Geschäftsjahr 2019 ist für die BVK Zusatzversorgung erfolgreich verlaufen. In nahezu allen Feldern der Geschäftstätigkeit gab es positive Ergebnisse. Zum Jahresende 2019 waren 5.880 kommunale oder kirchlich-caritative Arbeitgeber Mitglied der BVK Zusatzversorgung. Damit ist die Mitgliederzahl im Jahresverlauf um 30 gestiegen, was sich wiederum auf die Versichertenzahl auswirkte. Sie erhöhte sich im letzten Jahr um 2,92 Prozent auf insgesamt 1.504.531 Versicherte.

Die Zahl der Renten aus der Zusatzversorgung lag bei 303.998. Im Vergleich zum Jahresende 2018 waren das 10.334 Leistungsbezieher mehr als ein Jahr zuvor. Der Anstieg betrug 3,52 Prozent. Insgesamt wurden im Jahr 2019 Versicherungsleistungen in Höhe von über 1,23 Mrd. Euro ausbezahlt. Dem standen Umlage- und Beitragseinnahmen von rund 1,81 Mrd. Euro gegenüber.

Mit Beginn des Geschäftsjahres startete bei der freiwilligen Versicherung, der PlusPunktRente, der neue Tarif 2019 mit einem garantierten Rechnungszins von 0,9 Prozent. Über alle Tarife hinweg betrachtet, lagen die Vertragszahlen der PlusPunktRente am 31. Dezember 2019 bei 44.524 aktiven Verträgen.

Kapitalanlagen und Finanzierung

Die Einnahmen übertrafen die Ausgaben demnach bei weitem. Die Finanzlage der BVK Zusatzversorgung ist somit grundsolide. Einen wichtigen Beitrag dafür leisteten auch die Erträge aus den Kapitalanlagen. Diese summierten sich im Jahr 2019 auf 829 Mio. Euro . Am 31. Dezember 2019 umfassten die Kapitalanlagen der BVK Zusatzversorgung insgesamt 24,16 Mrd. Euro (Ende 2018: 22,69 Mrd. Euro). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen für das Jahr 2019, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,29 Prozent.

Der vorliegende Geschäftsbericht für das Jahr 2019, den der Verwaltungsrat billigte, enthält wegen der Corona-Pandemie auch einen Nachtragsbericht (Stand Juli 2020) zur Entwicklung nach dem Ende des Geschäftsjahres 2019. Darin wird darauf hingewiesen, dass aufgrund des durch die Corona-Pandemie verursachten Markteinbruchs im ersten Halbjahr 2020 das Risiko besteht, dass im Geschäftsjahr 2020 die kalkulierte Verzinsung aus den Kapitalerträgen nicht erreicht werden könnte.

Die Entwicklung seit der Jahresmitte 2020 lässt zwar eine spürbare Entspannung erkennen, dennoch startet die neue Amtszeit des Verwaltungsrats der BVK Zusatzversorgung in einer wirtschaftlich schwierigen Periode. Die Geschäftsführung und die Verantwortliche Aktuarin beobachten die Situation an den Kapitalmärkten weiterhin genau und werden vor allem den aus der Mitte des Verwaltungsrats neu gewählten Arbeitsausschuss fortlaufend einbinden.

Insbesondere die in der Pflichtversicherung gewählte Hybridfinanzierung aus Umlage- und Kapitaldeckungselementen schafft hier enorme Sicherheitsreserven auch in schwieriger Zeit und gewährleistet auch weiterhin Stabilität und Krisenfestigkeit des Gesamtsystems.

Wahlen für Arbeitsausschuss

Im Anschluss an die Sitzung des Verwaltungsrats konstituierte sich umgehend auch der Arbeitsausschuss für die neue Amtsperiode. Die acht Mitglieder des Arbeitsausschusses, dessen Aufgabe insbesondere die Entscheidung über Immobilienangelegenheiten ist, haben den vorläufigen Bericht über das Wirtschaftsjahr 2020 zur Kenntnis genommen und stimmten der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 zu.

Als bundesweit größte öffentlich-rechtliche Versorgungsgrup pe Deutschlands ist die Bayerische Versorgungskammer ein Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für berufsständische und kommunale Altersversor gung. Sie führt die Geschäfte von zwölf rechtlich selbständigen berufsständischen und kommunalen Altersversorgungseinrichtungen mit insgesamt knapp 2,4 Mio. Versicherten und Versorgungsempfängern, ca. 5 Mrd. Euro jährlichen Beitrags- und Umlageeinnahmen und ca. 3,6 Mrd. Euro jährlichen Rentenzahlungen. ❐

Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Große Spendenaktion

Das Jahr 2020 stand für die Sparkasse Niederbayern-Mitte ganz im Zeichen ihres 180-jährigen Jubiläums und damit verbunden einer großen Spendenaktion. Viele Aktivitäten mussten im Jahre 2020 Corona-bedingt auf der Strecke bleiben. „Der Sparkasse lag es aber sehr am Herzen, diese Spendenaktion durchzuführen", betonte Walter Strohmaier, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte und Vorsitzender des Stiftungsvorstands der Sparkasse. Insgesamt wurden 180.000 Euro an rund 300 verschiedene Empfänger ausgereicht.

Eine Spende in Höhe von 1.830 Euro ging an den Arbeitskreis Heimatgeschichte Mitterfels e.V.. Walter Strohmaier übergab gemeinsam mit Landrat Josef Laumer (Straubing) die Spende an 1. Vorsitzende Elisabeth Vogl. „Durch diese Spende wurde die Drucklegung des ‚Mitterfelser Magazins – gestern, heute, morgen' ermöglicht", führte Vogl aus. „Ohne diese Spende und die ehrenamtliche Arbeit der Autoren wäre diese Publikation nicht machbar."

AK Heimatgeschichte Mitterfels

Landrat Josef Laumer erläuterte, dass das Mitterfelser Magazin auch über die Grenzen von Mitterfels hinaus gelesen und geschätzt werde. „Die Organisation rund um dieses Magazin erfordert viel Arbeit. Ich bin sehr froh, dass der Arbeitskreis Heimatgeschichte Mitterfels sich dafür einsetzt und engagiert. Diese Spende soll den Mitgliedern als Motivation in dieser schwierigen Zeit dienen."

„Der Arbeitskreis Heimatgeschichte Mitterfels e.V. kann auf die Sparkasse als verlässlichen Partner nach wie vor zählen", betonte Strohmaier. „Gerade zu Zeiten von Corona ist es uns wichtig, die Vereine in der Region zu unterstützen, da diese momentan wenig bis keine Einnahmen haben."

Mit 800 Euro wird das Kulturforum Oberalteich unterstützt. „Die Sparkassenstiftung engagierte sich in den vergangenen Jahren sehr umfangreich für kulturelle Aktivitäten in Bogen", erklärte Kulturamtsleiter Christian Freundorfer. Die Finanzspritze wird insbesondere für die Durchführung von Veranstaltungen im Kulturforum verwendet. Hier können Besucher kulturelle Erlebnisse vor einer einzigartigen Kulisse genießen.

Darüber hinaus förderte die Sparkassenstiftung die Anschaffung einer neuen Lautsprecheranlage im Stadion Bogen. Dazu übergab Strohmaier einen Scheck über 960 Euro an Bürgermeisterin Andrea Probst. „Mit der Unterstützung durch die Sparkasse konnte die Tonqualität im Stadion Bogen deutlich verbessert werden", so Probst. Sie freue sich, dass mit der Sparkasse ein verlässlicher und zuverlässiger Partner in Bogen vorhanden ist, der so manche Anschaffungen für die Gesellschaft erleichtert, oder in vielen Fällen auch erst ermöglicht.

Eine weitere Spende in Höhe von 2.000 Euro wurde dem TSV Stallwang-Rattiszell 1948 zuteil. Sie wird als Zuschuss für den Bau einer Wasserzisterne für die Beregnungsanlage der beiden Sportplätze in Stallwang und Rattiszell genutzt.

Kita Storchennest

Zu den Glücklichen zählt auch die Kita Storchennest in Niederwinkling, die einen Scheck über 1.000 Euro überreicht bekam. Bürgermeister Ludwig Waas bedankte sich im Namen der Gemeinde für die großzügige Spende, die den Jüngsten in der Gemeinde zugutekommt. Denn die Kita und das Winklinger Nesterl, das kurz vorher eingeweiht wurde, können sich damit Extrawünsche, wie Spiele und diverse Fahrzeuge, erfüllen.

Feuerwehrjugend im Landkreis Dingolfing-Landau

Ebenfalls 1.000 Euro erhielt die Feuerwehrjugend im Landkreis Dingolfing-Landau. „Mit diesem Betrag sollte der alljährliche Jugendtag des Kreisfeuerwehrverbands finanziert werden", betonte Strohmaier. Leider konnte dieser heuer nicht stattfinden.

Der 1. Vorsitzende des Kreisfeuerwehrverbands Dingolfing-Landau, Kreisbrandrat Josef Kramhöller, dankte der Sparkasse, dass trotzdem die Jugend mit dieser großzügigen Zuwendung gefördert wird. „Der Kreisfeuerwehrverband ist sehr aktiv im Bereich der Jugendarbeit und -ausbildung und wird das auch ohne Jugendfeuerwehrtag in diesem Jahr bleiben", unterstrich Kramhöller. „Die Förderung und Weiterbildung der Jugend ist von höchster Bedeutung. Denn die Zukunft unserer Feuerwehren liegt in ihren Händen." **DK**

Ingolstadt:

Gründerpreis für Unverpackt Eichstätt eG

Für ihren Laden „Einfach so" wurde die Unverpackt Eichstätt eG mit dem Gründerpreis Ingolstadt geehrt. In ihrem seit April 2020 bestehenden Laden in der Bischofsstadt können Waren, in der Regel Lebensmittel, „einfach so" in eigene Behältnisse abgefüllt werden, ohne dass eine womöglich energieaufwändig hergestellte und vielleicht auch wenig umweltgerechte industrielle Verpackungshülle benötigt wird. Der genossenschaftlich aufgezogene Laden wurde über Crowdfunding finanziert.

Kunden können in dem Laden Lebensmittel wie Mehl, Eier, Nudeln, frisches Gemüse oder Kaffee kaufen. Das Besondere des Konzepts: Auf dem Weg vom Erzeuger bis zum Endverbraucher fallen keine Einwegverpackungen an. Die Ware wird zumeist in 10 Kilogramm bis zu 25 Kilogramm-Säcken oder in Pfandbehältern geliefert, die anschließend in die Lebensmittelspender aus Glas, in Schraubgläser oder in Edelstahlbehälter umgefüllt wird.

Der Kunde kann die Ware, die er kaufen möchte, dann in mitgebrachte oder im Laden erwerb- oder ausleihbare Behältnisse selbstständig abfüllen, ohne damit direkt in Kontakt zu kommen. Somit wird auch den geltenden Hygienebestimmungen entsprochen.

Bei der Zusammenstellung des Sortiments achten die Unternehmerinnen nicht nur auf eine möglichst biologische und faire Produktion; ein besonderes Augenmerk liegt auch auf der Regionalität der Produkte. **KI**

Entlastung kleiner Banken:

Bundestag beschließt Risikoreduzierungsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat das sogenannte Risikoreduzierungsgesetz (RiG) beschlossen, mit dem unter anderem das Kreditwesengesetz (KWG) novelliert wird. Das RiG gehört im Bankenbereich zu den wichtigsten nationalen Reformen der vergangenen Jahre. Es setzt wesentliche Vorgaben des EU-Bankenpakets um und soll bereits zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Der Bundestag hat das Risikoreduzierungsgesetz beschlossen. Mit ihm soll zum einen die Stabilität des Bankensektors gewährleistet werden. Zum anderen sieht das Gesetz auch Änderungen bei der Versicherungsaufsicht vor. Besonders die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherungsfonds sollen fit gemacht werden.

Nach Angaben der finanzpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Antje Tillmann, „leistet das Risikoreduzierungsgesetz einen wichtigen Beitrag zum Risikoabbau im Bankensektor. Dabei stärken wir aber auch den Proportionalitätsgedanken. Kleine Banken mit einer Bilanzsumme unter 5 Mrd. Euro werden von übermäßiger Regulierung entlastet und profitieren von Erleichterungen bei den Offenlegungspflichten und einer vereinfachten Berechnungsmethode bei den neuen Liquiditätsvorgaben. Um die Abwicklung von Banken glaubwürdig zu machen und die Steuerzahler zu schützen, müssen große Banken Verlustpuffer von mindestens 8 % ihrer Bilanzsumme vorhalten. Diese Puffer können im Krisenfall Verluste abfedern und stellen sicher, dass eine Bankenrettung von den Eigentümern und Gläubigern der Bank getragen werden muss, nicht aber vom Steuerzahler."

Schon früh hatte sich der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in den Gesetzgebungsprozess eingebracht und unter anderem die schärferen Anforderungen an die Kapitalunterlegung der sogenannten Eigenmittelzielkennziffer bemängelt. Nun soll an der bisherigen Aufsichtspraxis festgehalten werden, die eine temporäre Unterlegung mit weichem Eigenkapital erlaubt. Seine Anmerkungen adressierte der Verband nach eigenen Angaben frühzeitig an bayerische Finanzpolitiker im Bundestag sowie an die bayerischen Ministerien, die über den Bundesrat in die Beratungen eingebunden waren.

Einschätzung des GVB

Nachbesserungen konnte der Verband auch bei den Anzeigepflichten von Banken gegenüber der Aufsicht erwirken. Im ursprünglichen Gesetzentwurf war vorgesehen, dass Banken künftig eine Eignungsprüfung für Aufsichtsräte bei der BaFin abgeben müssen. Das ist nun vom Tisch. Zudem konnte eine Erleichterung beim Vertrieb von Eigenmittelinstrumenten kleiner und nicht-komplexer Banken an Privatkunden erreicht werden. Für die Anleihen dieser Banken gilt künftig nicht die Mindeststückelung von 50.000 Euro, sondern abweichend eine Stückelung von 25.000 Euro.

Das Fazit fällt laut GVB durchwachsen aus. Zwar konnte man an einigen Stellen zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und der Deutschen Kreditwirtschaft „Goldplating", d.h. die Verschärfung von EU-Rechtsetzung auf deutscher Ebene ohne Not, verhindern, zum Beispiel bei der Eigenmittelempfehlung oder der Eignungsprüfung für Aufsichtsräte. Unterm Strich werde das Gesetz jedoch seinem ursprünglichen Antritt, die Proportionalität zu stärken, nicht gerecht. Umso mehr wird sich der GVB bei künftigen Gesetzgebungen auf europäischer und nationaler Ebene dafür einsetzen, dass „Proportionalität" nicht nur im Titel vorkommt, sondern auch mit Leben erfüllt und entsprechend angewendet wird. **DK**

Bezirk Oberfranken:

Bayernweit niedrigster Umlagehebesatz

Das Haushaltsvolumen des Bezirks Oberfranken soll im kommenden Jahr um rund 12 Millionen Euro auf rund 454 Millionen Euro steigen. Diese Zahlen aus dem Etat-Entwurf für 2021 wurden in der Sitzung des Bezirkstags unter Leitung von Bezirkstagspräsident Henry Schramm präsentiert. Der Großteil des Geldes wird für die soziale Sicherung, insbesondere für Menschen mit Behinderung und für pflegebedürftige Menschen ausgegeben.

Nach dem Haushaltsentwurf soll der Hebesatz der Bezirksumlage auch 2021, im sechsten Jahr in Folge, bei 17,5 Prozentpunkten liegen. „Der Hebesatz in Oberfranken wird auch im nächsten Jahr der Niedrigste in Bayern sein. Wir bleiben damit kommunalfreundlich und kommen den Landkreisen und kreisfreien Städten als Umlagezahler entgegen", bekräftigte Bezirkstagspräsident Henry Schramm.

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021 versuche, das Interesse der Umlagezahler an einem möglichst niedrigen Hebesatz mit der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Bezirks in Einklang bringen, so Reiner Böhner, Kämmerer des Bezirks Oberfranken. Der Haushalt des Bezirks Oberfranken umfasst rund 454 Millionen Euro. Etwa 444 Millionen Euro entfallen auf den Verwaltungshaushalt und rund 10 Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt. Das Bezirksumlagesoll liegt bei insgesamt 240,6 Millionen Euro und passt sich damit der gestiegenen Umlagekraft mit einem Plus von 2,1 Prozent an.

Pflichtaufgaben gut erfüllbar

„Wir können auch 2021 alle unsere Pflichtaufgaben gut erfüllen, besonders im Bereich der sozialen Sicherung. Für Soziales sollen im nächsten Jahr etwa 418 Millionen Euro ausgeben werden. Das sind 92 Prozent der Mittel des Verwaltungshaushalts. Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen können sich darauf verlassen, dass sie die erforderlichen Hilfen vom Bezirk erhalten", erklärte Bezirkstagspräsident Henry Schramm.

Im Haushaltsjahr 2021 ist eine Darlehensaufnahme des Bezirks von 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Hinzu kommt eine geplante Nettokreditaufnahme von 9,8 Millionen Euro, die auf das Kommunalunternehmen „Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken" entfällt. Hintergrund sind verschiedene Baumaßnahmen im Krankenhausbereich.

In den nächsten Jahren sollen ca. 540 Millionen Euro in die Gesundheitseinrichtungen des Bezirks investiert werden, um die Rahmenbedingungen für Patienten und Beschäftigte weiter zu verbessern. Große Baumaßnahmen sind u.a. der Neubau des Bezirksklinikums Obermain sowie die Errichtung einer Tuberkulose-Absonderungseinrichtung und neue Bettenhäuser an der Bezirksklinik Rehau. Am Bezirkskrankenhaus Bayreuth erfolgen der Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Neubau der Forensik für psychische und suchtkranke Straftäter und wesentliche Renovierungsmaßnahmen. ❐

Gezielt Wachstum fördern

Bankenverband legt wirtschaftspolitische Vorschläge für Aufschwung nach Corona vor

Im Rahmen eines virtuellen Pressegesprächs hat der Bankenverband wirtschaftspolitische Vorschläge vorgelegt, um die gewaltigen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft besser in den Griff zu bekommen. Wie Hauptgeschäftsführer Christian Ossig darlegte, „waren und sind die staatlichen Programme für Unternehmen als Akuthilfe wichtig". Doch komme es jetzt darauf an, die richtigen Impulse zu setzen, um die gesunden Unternehmen für die Zukunft zu stärken.

Eine der größten Herausforderungen des kommenden Jahres sei es daher, die Verschuldung im Blick zu behalten, so Ossig. Denn klar sei auch, dass die nächsten Monate für einen Teil der Unternehmen zur Belastungsprobe werden. Es werde Insolvenzen sowie Kreditausfälle geben. „Beides haben die Banken im Blick – und es ist für uns verkraftbar. Doch wir dürfen uns nicht von den derzeit historisch niedrigen Insolvenzzahlen täuschen lassen. Sie werden im Jahresverlauf 2021 deutlich ansteigen. Wir sind noch nicht über den Berg", unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung

„Deshalb bringt es aus unserer Sicht auch nichts, bei den staatlichen Hilfen weiter auf das `Prinzip Gießkanne´ zu setzen", fuhr Ossig fort. Der Aufbruch aus der Krise sollte mit dem so notwendigen Umbau der Wirtschaft verbunden werden. Die Hilfen müssten dabei gezielt Investitionen in Zukunftstechnologien in den Feldern Nachhaltigkeit und Digitalisierung unterstützen.

Aus Sicht des Bankenverbandes sollte der steuerliche Verlustrücktrag ausgebaut werden, um gezielt die Eigenkapitalbasis derjenigen Unternehmen zu stärken, die in den vergangenen Jahren erfolgreich gewirtschaftet, darauf Steuern gezahlt haben und nun Luft zum Investieren brauchen. Zudem müsse die Kapitalmarktunion weiter vorangebracht werden, um den Zugang erfolgreicher europäischer Unternehmen zu mehr Eigenkapital zu erleichtern.

Forschung und Entwicklung

Auch gelte es, die Investitionen für Forschung und Entwicklung jetzt hochzufahren, trotz derzeitiger genereller Investitionszurückhaltung. Hier seien eine steuerliche Förderung und vorteilhafte Finanzierungsbedingungen vonnöten. Die Förderpolitik sollte angepasst werden, um gezielt Investitionen in Zukunftstechnologien und den Umbau der Wirtschaft zu unterstützen.

Darüber hinaus sollte das Augenmerk nicht nur auf öffentlichen Mitteln liegen. Daher müssten die Handlungsspielräume der Banken bei der Kreditvergabe erhöht werden. Die Finanzierung des Aufschwungs darf laut Bankenverband nicht an regulatorischen Hindernissen und Auflagen scheitern. **DK**

Finanzminister Füracker und Boddenberg:

Home-Office einfach steuerlich geltend machen

Bayern und Hessen setzen sich mit gemeinsamer Initiative weiterhin für die Einführung einer Home-Office-Pauschale ein

Anlässlich aktueller Medienberichte, wonach der Bund die Arbeit im Home-Office steuerlich attraktiver machen möchte, äußerten sich Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Hessens Finanzminister Michael Boddenberg: „Wir begrüßen die gegenwärtige Diskussion und die wohl vorhandene Bereitschaft den steuerlichen Abzug für die Arbeit im Home-Office auf einfache Weise zu ermöglichen. Der bayerisch-hessische Vorschlag einer Homeoffice-Pauschale könnte bereits ins Jahressteuergesetz 2020 aufgenommen werden. Unser gemeinsamer Vorschlag liegt auf dem Tisch und könnte also schon in Kürze in die Tat umgesetzt werden. Wir freuen uns deshalb über den angekündigten politischen Rückenwind aus Berlin. Von unseren Plänen würden sehr viele Menschen in Deutschland, insbesondere während der Corona-Pandemie, profitieren. Entlasten und vereinfachen, das muss gerade in diesen Tagen eine wichtige steuerpolitische Maxime sein."

Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Hessens Finanzminister Michael Boddenberg haben sich vorgenommen, Home-Office für die Bürgerinnen und Bürger steuerlich attraktiver zu machen. Dazu wollen Füracker und Boddenberg die bestehenden Abzugsmöglichkeiten für Arbeitszimmerkosten mit einer sogenannten Einfachvariante ergänzen. Diese soll vor allem denjenigen zugutekommen, die nicht die Möglichkeit haben, ein eigenes Arbeitszimmer einzurichten. Eine entsprechende Initiative brachten beide Minister bereits im September in den Finanzausschuss des Bundesrates ein.

Finanzminister Füracker und Boddenberg stellten fest: „Noch nie haben in Deutschland so viele Menschen von zu Hause gearbeitet, wie in den vergangenen Monaten. Home-Office bringt in aller Regel viele Vorteile mit sich, wie beispielsweise ersparte Fahrtkosten und -zeit. Jedoch entstehen daheim auch zusätzliche Kosten, die nach den aktuellen steuerlichen Regelungen unter Umständen nicht abgezogen werden können, zum Beispiel, weil der heimische Arbeitsplatz gewisse Voraussetzungen nicht erfüllt. Wir möchten deshalb, dass die Home-Office-Kosten unbürokratisch bei der Einkommensteuer geltend gemacht werden können. Unser Vorschlag: Wer im Home-Office arbeitet, soll für jeden vollen Tag einen Pauschalbetrag von 5 Euro, maximal 600 Euro im Jahr als Werbungskosten geltend machen können. Diese werden abgezogen, wenn sie zusammen mit den weiteren Werbungskosten den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.000 Euro übersteigen."

Um die Pauschale zu erhalten, muss nach den Plänen der Finanzminister der Arbeitsplatz in der Wohnung keine besonderen Voraussetzungen erfüllen. Ob am Küchentisch, in einer Arbeitsecke oder in einem getrennten Raum gearbeitet wird, macht dafür keinen Unterschied. „Arbeitnehmer, die grundsätzlich sowohl die Voraussetzungen für die neue Pauschale als auch für den aktuell geltenden Abzug für ein Arbeitszimmer erfüllen, haben damit letztlich ein Wahlrecht", so die beiden Finanzminister.

„Der gemeinsame Vorschlag aus Bayern und Hessen trägt zur Steuervereinfachung bei und kann helfen, die in der gegenwärtigen Praxis häufigen Konflikte mit dem Finanzamt bei den Arbeitszimmerkosten zu befrieden. Die neue Regelung würde also beiden Seiten helfen: Der Bürger hätte weniger Bürokratie beim Ausfüllen der Steuererklärung und auch die Finanzämter würden entlastet. Deshalb möchten wir weiter kräftig dafür werben, dass unsere Initiative am Ende auch Gesetz wird", so Albert Füracker und Michael Boddenberg. ❐

Zukunft gestalten – Fortschritt fördern.

Die BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern.

Mit zinsgünstigen Kommunalkrediten und speziellen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben.

Näheres erfahren Sie unter ▶ bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

BayernLabo

Virtueller Digitalgipfel CODE BAVARIA 2020:

Digitalisierung hilft dem Klimaschutz

Die Corona-Krise hat den hohen Stellenwert der Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar gemacht. Gerade jetzt bietet die digitale Transformation die Chance für Gesellschaft und Wirtschaft, neue Wege zu beschreiten, um gestärkt und zukunftsorientiert aus der Krise hervorzugehen. Bayern als führender Hightech-Standort ist prädestiniert, um hier Vorreiter zu sein und zugleich Möglichkeiten aufzuzeigen, die digitale Transformation selbst umweltfreundlicher zu gestalten. Gelegenheit hierzu bot sich auf dem virtuellen Digitalgipfel CODE BAVARIA 2020.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Digitalministerin Judith Gerlach diskutierten mit hochrangigen Gästen und namhaften Experten aus der Digitalbranche über mehr Nachhaltigkeit durch digitale Innovationen.

Im Auftaktgespräch warb Söder für einen Schulterschluss von Wissenschaft und Politik als Chance für Nachhaltigkeit und Klimaschutz: „Corona ist jetzt schlimm, aber der Klimawandel ist eine mindestens so pandemische und längere Entwicklung. Und er wird auch viel länger gehen und er findet schon statt." Einen „evolutionären Fortschritt" erhoffe und erwarte er sich dabei, dass „Politik Forschung als ganz wesentlichen Ratgeber annimmt und nicht negiert".

Für viele Regionen der Welt bedeute der Klimawandel weitreichende Veränderungen aller Art – verursachte Migrationsveränderungen beträfen den ganzen Planeten, betonte Söder. Er verwies auf die an der TU München entstehende neue Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie. Durch Entwicklungen in der Raumfahrt könne man mittlerweile beispielsweise wichtige Kenntnisse über Bewegungen und Strömungen der Meere gewinnen.

Investition in nachhaltige Forschung

Der Freistaat will demnach im nächsten Jahr stark in nachhaltige Forschung und Innovationen investieren. Dazu seien ein Milliardenbetrag, tausende neue Studienplätze und zahlreiche neue Professuren etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) vorgesehen. Nach Söders Worten „wollen wir auf dem Transfermarkt der Wissenschaft zuschlagen. Wir wollen ein Netzwerk erzeugen, dass wir hier internationale Forschung voranbringen können."

„Digitale Technologien können einen großen Beitrag für die Umwelt leisten", erklärte Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach. Künstliche Intelligenz etwa lasse sich für den Klimaschutz einsetzen, die Blockchain könne bei der Nachverfolgung von Lieferketten oder Rohstoffen helfen.

Wie dies genau aussehen könnte, zeigen die Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs #FutureTech4Climate. Im Wettbewerb wurde zu Ideen aufgerufen, wie man mit digitaler Technologie für Umwelt- und Klimaschutz sorgen kann. Ministerin Gerlach verlieh die mit je 2.500 Euro dotierten Preise der Innovation Challenge #FutureTech4Climate. In der Kategorie „Die überzeugendste digitale Lösung zum Anstoß von klima-/umweltfreundlichen Verhaltensänderungen" gewann das Projekt „Bavaria Eco Token". Mit Hilfe der Blockchain-Technologie soll ein Bonussystem für ökologisch nachhaltige Einkäufe geschaffen werden. Über eine App lässt sich der Öko Score eines Produkts anzeigen und nachhaltige Einkäufe werden mit dem so genannten „Bavaria Eco Token" belohnt.

Wettbewerb #FutureTech4Climate

Die Idee „fair mit liebe" überzeugte die Jury als marktfähigste digitale Lösung für Klima-/Umweltschutz. Die Online-Plattform für lokale, nachhaltige Mode bildet die Lieferketten und den CO2-Fußabdruck der Produkte ab. Die visionärste und überraschendste Idee für den Einsatz digitaler Technologien für den Klima-/Umweltschutz entstand mit dem Projekt „Das hybride Büro – Momentum 4 Climate". Das Team setzt dabei kreativ und visionär die Technologie der Extended Reality (XR) für virtuelle Treffen ein und ebnet den Weg in Richtung virtuellen Büroalltag.

Das größte Einsparpotenzial an CO2 wurde der Idee „GreenCrease.ai" zugesprochen. Diese Lösung setzt bei der Energieeinsparung in Rechenzentren an und bringt den Energiebedarf von Rechenanwendungen mit der Energieversorgung durch erneuerbare Energien zusammen. Der Sonderpreis der Jury ging an „SAVEDiversity". Mit Hilfe eines digitalen Spiels wird auf vom Aussterben bedrohte heimische Arten aufmerksam gemacht. Biodiversität wird damit spielerisch erfahrbar gemacht. Auf positive und einfallsreiche Weise lenkt das Spiel die Aufmerksamkeit auf bedrohte Arten im eigenen Vorgarten.

Innovation und Kreativität

Gerlach lobte die großartigen Leistungen der Beteiligten: „Die Innovation Challenge #FutureTech4Climate war ein voller Erfolg. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben mit ihren kreativen und innovativen Ideen Großartiges für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickelt. Unsere Umwelt ist damit der größte Gewinner dieses Hackathons." An der Innovation Challenge hatten über 100 Teilnehmer mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund mitgemacht und digitale Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel erarbeitet.

Umweltschäden sichtbar gemacht

Die zugeschaltete britische Verhaltensforscherin Dr. Jane Goodall betonte ebenfalls die Vorteile, die sich durch die Digitalisierung für ihre Arbeit und den Naturschutz ergeben hätten. Mit Hilfe von Satellitenaufnahmen seien Umweltschäden sichtbarer geworden. Die digitale Kommunikation helfe, diese Informationen leichter zu verbreiten. „Das bedeutet, dass sich mehr Menschen für Veränderungen einsetzen können", stellte Goodall fest.

Zugeschaltet war auch Insa Thiele-Eich, die als erste deutsche Frau ins Weltall geschickt werden könnte. Sie verwies darauf, dass bei neuen Technologien in Zukunft auch direkt ihre Umweltverträglichkeit berücksichtigt werden sollte.

Zu mehr Digitalkompetenz rief schließlich der Autor und Mediziner Eckart von Hirschhausen auf. Die Verbreitung von wissenschaftlich absurden Verschwörungstheorien im Internet mache ihm Angst, auch weil der Klimawandel dränge: „Wir steuern auf eine unbewohnbare Erde zu, mit Höchstgeschwindigkeit." **DK**

Gemeinderat beschließt Datenethikkonzept für die Stadt Ulm

Der Ulmer Gemeinderat hat ein kommunales Datenethikkonzept beschlossen. Damit positioniert sich die Stadt Ulm auch im Kontext von Datenethik als Vorreiter in Deutschland. Zunehmende Digitalisierung und intelligente Vernetzung verändern Stadt und Gesellschaft. Insofern sind Regelungen zum ethischen Umgang mit den erfassten Daten ein wichtiger nächster Schritt.

Die Stadt Ulm hat sich durch zahlreiche Projekte zu einer der Vorreiterstädte der digitalen Transformation entwickelt. Zahlreiche Sensoren in der Stadt und die künftige Datenplattform bieten nun eine erweiterte Grundlage, um Entscheidungen treffen und die Stadt effizienter und effektiver steuern zu können. Zwangsläufig stellt sich dabei die Frage, wie und zu welchen Zwecken die Daten genutzt werden sollten.

Leitlinien und Grenzen

Das Datenethikkonzept der Stadt Ulm ergänzt die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz. Als Selbstverpflichtung der Stadt Ulm und aller kommunalen Beteiligungen definiert es Leitlinien und Grenzen, wie und zu welchen Zwecken Daten durch die Stadt Ulm genutzt werden dürfen. Hierbei werden bestimmte Bereiche, wie der Verkauf personenbezogener Daten, generell ausgeschlossen. Gleichzeitig soll aber eine zielgerichtete und datenschutzkonforme Nutzung der Daten ermöglicht werden.

Grundsätzlich gilt, personenbezogene Daten nur dort zu erheben, wo sie tatsächlich benötigt werden. „Die Ulmer Bürgerinnen und Bürger sollen Vertrauen in die zunehmende Digitalisierung ihrer Stadt haben, daher entwickeln wir selbst Leitlinien zum Umgang mit städtischen Daten." betont Oberbürgermeister Gunter Czisch. Durch die transparente Festschreibung, zu welchen Zwecken Daten genutzt werden dürfen, können die Ulmer Bürgerinnen und Bürger die Nutzung ihrer Daten nachvollziehen. „Hiermit tritt die Stadt Ulm entschieden etwaigen Konzepten eines Überwachungsstaates entgegen. Letztlich kann die Digitalisierung der Stadt nur gelingen, wenn die Bürger diese unterstützen und auf ein rechtmäßiges wie ethisches Handeln vertrauen." erklärt Sabine Meigel, Leiterin der Geschäftsstelle Digitale Agenda. Hierfür wurde mit dem Beschluss ein wichtiger Grundstein gelegt.

Signalwirkung

Das Datenethikkonzept wurde gemeinsam mit Prof. Jörn von Lucke von der Zeppelin Universität in Friedrichshafen und seinem Team im Rahmen der Zukunftsstadt Ulm 2030+ entwickelt.

„Ich freue mich, dass wir nach Monaten intensiver Diskussion nun ein vom Gemeinderat beschlossenes Datenethikkonzept vorliegen haben, das auch Signalwirkungen weit über Ulm hinaus entwickeln wird," so von Lucke. Das Konzept ist dank einer offenen Lizenz frei zugänglich und kann heruntergeladen werden: https://www.zukunftsstadt-ulm.de/sites/default/files/downloads/ulm-201008-txt-datenethikkonzept-stadt-ulm-final.pdf ❐

Verschlüsselte Kommunikation und ePrivacy

Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder

In ihrer 100. Sitzung befasste sich die Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder (DSK) unter anderem mit der Frage des datenschutzkonformen Einsatzes von Windows 10 (Version „Enterprise") sowie der Initiative zur Aufweichung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zugunsten von Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten. Zudem wurden die gesetzliche Ausgestaltung der Telekommunikations-Bestandsdatenauskunft, Initiativen zur Zentralisierung der Datenschutz-Aufsicht sowie die in Deutschland noch immer ausstehende Umsetzung der „ePrivacy"-Richtlinie erörtert.

Wie der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri mitteilt, wurden von der Datenschutzkonferenz Forderungen nach einem Zugriff der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste auf die verschlüsselte Kommunikation in Messengerdiensten und der privaten Kommunikation abgelehnt.

Sichere Verschlüsselung

In einer Entschließung wird darauf verwiesen, dass die Aushöhlung von Verschlüsselungslösungen, wie sie im Rat der Europäischen Union nahegelegt wird, kontraproduktiv wäre und durch Kriminelle und Terroristen leicht umgangen werden könnte. Dagegen sei eine sichere und vertrauenswürdige Verschlüsselung essenzielle Voraussetzung für eine widerstandsfähige Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung. Unternehmen müssten sich vor Wirtschaftsspionage schützen und Bürger auf eine sichere und integre Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen vertrauen können. Verschlüsselung sei ebenso ein zentrales Mittel für die Datenübermittlung in unsichere Drittländer.

Mit einer weiteren Entschließung werden die Gesetzgeber in Bund und Ländern laut Petri aufgefordert, das manuelle Auskunftsverfahren für Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste möglichst rasch verfassungskonform auszugestalten. Das Bundesverfassungsgericht hatte erkannt, dass sowohl die Übermittlung von Daten durch Telekommunikationsdiensteanbieter als auch der Abruf durch berechtigte Stellen (z. B. Staatsanwaltschaften) jeweils einer verhältnismäßigen und normenklaren Grundlage bedürfen. Die derzeitige Fassung des § 113 Telekommunikationsgesetz und die Abrufnormen auf Seiten der Empfängerkreise genügten diesen Anforderungen nicht.

Umsetzung in deutsches Recht

Darüber hinaus wird an den Gesetzgeber appelliert, endlich die ePrivacy-Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften aus dem Jahr 2002 vollständig und im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung von 2018 in deutsches Recht umzusetzen. Nach der Richtlinie bedarf es einer aktiven informierten Einwilligung des Nutzers im Grundsatz insbesondere dann, wenn der Verantwortliche „Cookies" setzt. Webseitenbetreiber und andere Akteure, die ihre Dienste unter anderem in Bezug auf „Cookies" rechtmäßig gestalten müssen, benötigten Rechtsklarheit und -sicherheit. **DK**

Hoffnungsträger für Glasfaserausbau im Landkreis Regensburg:

Gigabitgesellschaft stößt auf große Zustimmung

Im Landratsamt Regensburg wurde der Startschuss zur Gründung einer Gigabitgesellschaft gegeben. Ziel dieser Gesellschaft ist die koordinierte, interkommunale Zusammenarbeit zum Ausbau eines Glasfasernetzes.

Bis Jahresende sollten die Gemeinden entscheiden, ob sie der neuen Infrastrukturgesellschaft beitreten wollen, um damit den Grundstein für den interkommunalen Glasfaserausbau zu legen. In vielen einzelnen Sitzungen wurden deshalb vor allem Synergieeffekte bei Prozessen, die bisher jede Gemeinde einzeln abgewickelt hat, erläutert.

Mit Beitritt in die Gigabitgesellschaft eröffnen sich aber auch Möglichkeiten, Aufgaben von den Kommunen auf die Infrastrukturgesellschaft zu übertragen. Dies sind beispielsweise die Mitverlegungspflicht laut DigiNetzGesetz, die Bestandskartierung, Fördermittelberatung, Unterstützung bei Verpachtung von Infrastruktur oder Administration.

Beitrittskommunen

All diese Vorteile überzeugten am Ende bis jetzt schon die überwiegende Anzahl der Gemeinden im Landkreis. So erklärten die Kommunen Alteglofsheim, Altenthann, Aufhausen, Barbing, Bernhardswald, Brennberg, Brunn, Deuerling, Donaustauf, Duggendorf, Hemau, Holzheim a. Forst, Kallmünz, Köfering, Laaber, Lappersdorf, Mintraching, Mötzing, Neutraubling, Nittendorf, Obertraubling, Pettendorf, Pfatter, Pielenhofen, Regenstauf, Riekofen, Sinzing, Sünching, Tegernheim, Wiesent, Wolfsegg, Wörth a. d. Donau und Zeitlarn ihren Beitritt per Beschluss.

Verbesserte Marktposition

Damit wollen die künftigen Gesellschafter der LNI dem zunehmenden Handlungsdruck im Bereich des Glasfaserausbaus solidarisch begegnen, erreichen durch den Zusammenschluss eine wesentlich bessere Marktposition und bleiben nach Fertigstellung des Glasfasernetzes über die Laber-Naab Infrastruktur GmbH (LNI) dessen Eigentümer. Ein weiterer Meilenstein für den interkommunalen Glasfaserausbau im Landkreis Regensburg wurde damit erreicht. ❐

Breitbandausbau:

3.000ster Förderbescheid für Seubersdorf

„Unsere Breitbandförderung ist ein voller Erfolg! Den bereits 3.000sten Förderbescheid nach Bayerischer Breitbandrichtlinie erhält die Gemeinde Seubersdorf in der Oberpfalz. Ich freue mich, dass wir den Ausbau des Glasfasernetzes in der Gemeinde mit insgesamt 457.689 Euro fördern", sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe des Bescheids an den Ersten Bürgermeister der Gemeinde, Eduard Meier.

In zwei vorangegangenen Förderprojekten hat die Gemeinde schon 522.218 Euro Förderung erhalten. Damit wird schnelles Internet im ganzen Gemeindegebiet ermöglicht.

„In den aktuellen Krisenzeiten wird die Bedeutung der Digitalisierung immer deutlicher. Homeoffice und Videokonferenzen stehen mehr denn je auf der Tagesordnung. Das geht nur mit einer gut ausgebauten Breitbandversorgung. Bayern ist hier Vorreiter: Im Freistaat sind über 96 % aller Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Ein leistungsfähiger Internetanschluss ist in Bayern aber kein Privileg der Städte: Im ländlichen Raum sind wir mit 90 % deutschlandweit Spitzenreiter", hob Füracker hervor. Die Bayerische Breitbandrichtlinie und die hohe Beteiligung der Kommunen hat entscheidend zu dieser guten Versorgungslage beigetragen.

Europaweiter Vorreiter

„Aber wir bleiben nicht stehen: Mit unserer neuen Gigabitförderung arbeiten Kommunen und Freistaat Hand in Hand für eine noch schnellere Versorgung. Mit der am 2. März 2020 in Kraft getretenen bayerischen Gigabitrichtlinie ist Bayern europaweit Vorreiter beim Breitbandausbau", so Füracker weiter. Mit der neuen Gigabitrichtlinie kann Bayern als erste Region in Europa auch die Beschleunigung von Anschlüssen in Bereichen fördern, wo bereits schnelles Internet mit mind. 30 Mbit/s verfügbar ist (sog. „graue NGA-Flecken"). Rund 230 Gemeinden sind bereits in das neue Förderverfahren eingestiegen.

Ambitioniertes Ziel

Der Breitbandausbau läuft in Bayern seit 2014 auf Hochtouren: „Kein Bundesland unterstützt seine Kommunen und damit auch die Unternehmen vor Ort mehr als der Freistaat", machte Füracker deutlich. Seit Ende 2013 wurden in Bayern durch Freistaat, Kommunen und Kommunikationsunternehmen mehr als 2,5 Millionen unversorgte Haushalte erstmals an das schnelle Internet angeschlossen. Im Rahmen des bayerischen Förderverfahrens werden über 54.000 Kilometer Glasfaser verlegt. Freistaat und Kommunen haben zusammen rund 1,5 Milliarden Euro seit 2014 investiert. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit bis 2025. ❐

TKMoG in der Diskussion

BREKO und VKU plädieren für Nachbesserungen

Bundeswirtschafts- und Bundesverkehrsministerium haben einen sog. Diskussionsentwurf für das „Telekommunikationsmodernisierungsgesetz“ (TKMoG) veröffentlicht. Das Gesetz soll die Weichen für die digitale Infrastruktur der Zukunft und damit für den weiteren Glasfaserausbau in Deutschland stellen. Nach Ansicht des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (BREKO) und des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) setzen einige der geplanten Regelungen die richtigen Impulse. Gleichwohl müsse noch an einzelnen Stellschrauben gedreht werden.

Erheblichen Anpassungsbedarf sieht der BREKO bei der Ausgestaltung des bereits im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD verankerten, „rechtlich abgesicherten Anspruch auf schnelles Internet“. Der Gesetzentwurf sieht eine Lösung vor, wonach die Bundesnetzagentur einzelne Telekommunikationsanbieter verpflichten kann, Bürgern und Unternehmen, die über eine besonders schlechte Internetversorgung verfügen, auf Antrag eine Anbindung mit einem Mindeststandard an Bandbreite zu realisieren („Universaldienst“). Dieser darf sich rechtlich allerdings nur an den von der großen Mehrheit der Bevölkerung bereits tatsächlich genutzten Bandbreiten orientieren. Dies führe zu Zwischenschritten statt zu einem direkten Ausbau von Glasfaser.

Falscher Ansatz

Die Anbindung soll über eine Umlage von den im betreffenden Gebiet nicht am Ausbau beteiligten Netzbetreibern finanziert werden. Für BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers ist das der falsche Ansatz: „Unser gemeinsames Ziel ist es, den Glasfaserausbau für die Menschen und Unternehmen voranzubringen. Das wird uns mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung aber nicht gelingen. Dort wo die Versorgung der Bürger und Unternehmen besonders schlecht ist („weiße Flecken“) und sich ein Ausbau für die Unternehmen nicht rechnet, brauchen wir ergänzend zum eigenwirtschaftlichen Ausbau zielgerichtet staatliche Fördermaßnahmen, die die Glasfaser auch in diese Gebiete bringen.“

„Wenn man statt auf Ausbau-Anreize auf umlagefinanzierte Zwischenlösungen setzt, verlangsamt das den Glasfaserausbau in Deutschland. Nur dann – und so steht es auch in der EU-Richtlinie, die die Grundlage für die Überarbeitung des Telekommunikationsgesetzes bildet – wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Instrumente keine Aussicht auf Erfolg versprechen, darf sozusagen als ‚Ultima Ratio‘ auf den Universaldienst zurückgegriffen werden“, erläutert Albers. Dieser darf demnach nur dann zur Anwendung kommen, wenn weder durch bestehende Infrastrukturen eine Mindestversorgung gewährleistet werden kann, noch ein eigenwirtschaftlicher oder staatlich geförderter Ausbau Aussicht auf Erfolg versprechen, dass dies künftig der Fall sein wird. Der Anspruch sollte zudem technologieneutral ausgestaltet sein, so dass auch Mobilfunk- oder Satelliten-Lösungen in Betracht kommen.

Paradigmenwechsel

Im Bereich der Regulierung von Glasfasernetzen sieht der Gesetzentwurf einen Paradigmenwechsel im Vergleich zur alten „Kupferwelt“ vor. Statt einer strengen Vorab-Regulierung ist für den kooperativen Ausbau von Glasfasernetzen eine deutlich reduzierte Regulierungsintensität vorgesehen. Um die richtigen Anreize für den Glasfaserausbau im Wettbewerb zu setzen, macht sich der BREKO bereits seit längerem für den Vorrang eines frei verhandelten und marktakzeptierten Netzzugangs (Open Access) mit der Regulierungsbehörde als neutraler Streitbeilegungsinstanz stark. „Wir haben beim Glasfaserausbau eine völlig neue Marktsituation, eine neue Welt. Dazu passt die im Gesetzesentwurf geplante „Regulierung 2.0“. Wichtig ist, dass es faire und klare Regelungen für alle Marktteilnehmer gibt und die Bundesnetzagentur bei Verstößen jederzeit eingreifen kann. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren werden wir sehr genau darauf achten, dass das bei der gesetzlichen Regelung hinreichend gewährleistet wird und keine Missbrauchsgefahr verbleibt“, fasst BREKO-Präsident Norbert Westfal zusammen.

Für modernisierte „Umlagefähigkeit 2.0“

Das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz sieht eine Änderung der Betriebskostenverordnung und eine Streichung der Umlagefähigkeit im Rahmen der Gesetzesänderung vor. Aus Sicht des BREKO wird mit der ersatzlosen Streichung ein wichtiges Instrument verschenkt, um Kräfte für die Digitalisierung zu bündeln. Der BREKO macht sich daher für eine modernisierte „Umlagefähigkeit 2.0“ stark. Dadurch sollen Mieter einen zukunftssicheren und nachhaltigen Glasfaseranschluss zu einem attraktiven Preis erhalten. Dieser läge deutlich unter den Kosten, die im Falle eines Wegfalls des Sammelinkasso bei der Buchung von Einzelanschlüssen entstehen würden.

Im Bereich der Verwaltungsverfahren, die vor Beginn eines Ausbauprojekts zu durchlaufen sind, sieht der Gesetzentwurf einerseits eine Änderung der Genehmigungsfristen vor. Mussten Unternehmen bisher häufig sehr lange auf die Ausbau-Genehmigung durch die Wegebaulastträger – meist Kommune oder Kreis – warten, soll künftig die bearbeitende Behörde innerhalb eines Monats nach Antragstellung aktiv werden. Erhebt diese keine konkreten Einwände, gilt der Antrag als vollständig und die Bearbeitungsfrist von drei Monaten läuft. Innerhalb dieser Frist muss dann, wie bisher auch, die Genehmigung für den Ausbau abgeschlossen sein.

One-Stop-Shop-Prinzip

Zusätzlich zur vereinfachten Fristenregelung soll das vom BREKO seit längerem geforderte sogenannte One-Stop-Shop-Prinzip umgesetzt werden: Dieses sieht vor, dass alle erforderlichen gesetzlichen Genehmigungen für den Glasfaserausbau gemeinsam ergehen, was wiederum das Antragsverfahren vereinfacht und zu größerer Planungssicherheit für die ausbauenden Unternehmen führt.

Über diese positiven Impulse hinaus sind für den BREKO-Geschäftsführer zwei weitere Aspekte besonders wichtig: „Die digitale Verwaltung, die auch im aktuellen Konjunkturpaket der Bundesregierung im Fokus steht, muss endlich Realität werden. Anträge und Genehmigungen per Fax oder Post sind einfach nicht mehr zeitgemäß. Zudem brauchen auch die Verwaltungen vor Ort zusätzliches Personal, um die Digitalisierungsprojekte vor Ort, die über den Glasfaserausbau hinausgehen, umzusetzen. Jeder Euro, der dafür eingesetzt wird, ist gut investiertes Geld.“

„Die Zeit drängt: Der Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine der größten Baustellen unseres Landes, die Mittelstand und Menschen nicht nur im ländlichen Raum ausbremst. Aus unserer Sicht muss die Bundesregierung an drei Stellschrauben drehen, damit unser Land zügig mehr Kilometer beim Glasfaserausbau macht“, stellt VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing fest.

1. Stellschraube: Mitverlegung – Glasfaserpiraten stoppen, Kilometer machen

Die Bundesregierung muss für Rechtssicherheit beim Recht auf Mitverlegung sorgen. Hat ein kommunales Unternehmen eine „Grube“ ausgehoben, verlegen Glasfaserpiraten ihr Kabel einfach mit – sogar dann, wenn das kommunale Unternehmen eigenwirtschaftlich, ohne Fördermittel ausbaut und das volle wirtschaftliche Risiko trägt. Wettbewerber sparen Tiefbaukosten. Investitionen kommunaler Unternehmen werden entwertet, so halten sich viele zurück. Folge für Bürger und Wirtschaft: Lukrative Gebiete werden doppelt und dreifach, andere gar nicht ausgebaut werden.

Wettbewerb auf Augenhöhe

Aus Sicht des VKU ist der Über- und Doppelausbau volkswirtschaftlicher Unsinn, der insbesondere zu Lasten von Mittelstand und Menschen im ländlichen Raum geht. Die Bundesregierung müsse für Rechtssicherheit sorgen, um das missbräuchliche Ausnutzen des Rechts auf Mitverlegung zu stoppen und durch Wettbewerb auf Augenhöhe weitere Investitionen in den Ausbau der Glasfasernetze anzureizen. In Kombination mit offenem Netzzugang, wie ihn 55 Prozent der kommunalen Unternehmen schon heute bieten und weitere 20 Prozent planen, könnten so Kooperationen angereizt werden.

2. Vorrang für Markt und Open Access statt Bürokratie und Regulierung

„Neue Technologien brauchen einen neuen Rechtsrahmen. Was beim Kupfernetze-Monopol funktionierte, bringt uns beim Glasfaserausbau nicht ans Ziel“, betont der VKU. Hier herrsche Wettbewerb zwischen nationalen Anbietern und regionalen und kommunalen Telekommunikationsanbietern, die auch in unterversorgten Gebieten ausbauen. Langwierige und bürokratische Zugangs- und Entgeltregulierungen eigneten sich nicht für den schnellen Glasfaserausbau durch kommunale Unternehmen bis in jeden Haushalt. „Vielmehr brauchen wir Vorrang für marktverhandelte und -akzeptierte Open-Access-Lösungen: Dabei bieten unsere Unternehmen allen Anbietern einen diskriminierungsfreien Zugang zum eigenen Netz gegen ein angemessenes Entgelt an.“

3. Gebäude-Verkabelung: Umlage verbraucherfreundlich modernisieren

Die Bundesregierung muss die Umlagefähigkeit als bewährten Investitionsanreiz verbraucherfreundlich modernisieren. Die Kosten für ultraschnelle Internetanschlüsse sollten weiter auf Mietnebenkosten umgelegt werden dürfen – allerdings nur für Investitionen in Netze mit sehr hoher Kapazität, insbesondere Glasfasernetze, und zeitlich befristet. In Kombination mit Open Access ist der Verbraucher nicht mehr über die Mietnebenkosten an einen Anbieter gefesselt und kann frei wählen. Das stärkt den Wettbewerb. **DK**

Landkreis Cham:

Digitales Gründerzentrum eröffnet

Im Beisein von Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert, Hochschulpräsident Dr. Peter Sperber, Regierungspräsident Axel Bartelt und weiteren Ehrengästen hat Landrat Franz Löffler das Digitale Gründerzentrum des Landkreises Cham mit einem „Gründer-LAB“ für Digitale Produktion und Additive Fertigung am Technologie Campus Cham eröffnet.

Landrat Franz Löffler betonte: „Der Transformationsprozess in der Wirtschaft läuft und der Landkreis Cham ist mit dabei! Wir fördern Innovation in der Region und ermöglichen damit auch Wertschöpfung in der Region.“ Staatssekretär Weigert formulierte es so: „Es geht darum, mit neuen Technologien neue Produkte für neue Märkte zu entwickeln.“

Prof. Dr. Sperber bezeichnete die im Technologie Campus Cham eingerichteten modernen Anlagen für Digitale Produktion und Additive Fertigung als wichtige Grundlage für eine Fortentwicklung der mit dem Campus verbundenen Möglichkeiten für Innovation und Forschung in der Region. Cham werde als Studienzentrum weiter ausgebaut.

Der Landkreis Cham hat sich 2017 an der bayernweiten Ausschreibung für digitale Gründerzentren erfolgreich beteiligt. Im Rahmen des Förderprojektes „e3 Digitale Region ohne Grenzen“ – Digitale Gründerzentren Landkreis Cham wurden die neuesten und innovativsten Maschinen und Anlagen vor allem in den Bereichen 3D-Druck, Robotik und Messtechnik, die aktuell am Markt zu finden sind, angeschafft. Die Kosten von 3,8 Millionen Euro werden mit 3,1 Millionen Euro vom Freistaat gefördert.

„Mit diesen Maschinen und Anlagen können neue Wege der Digitalisierung entstehen und Innovations- und Technologiefortschritte erreicht werden“, so Löffler. Durch das Digitale Gründerzentrum Landkreis Cham erhalten Gründer, Studierende und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Geschäftsideen an den neuartigsten Technologien auszutesten und eigene Dienstleistungen zu entwickeln.

Marktplatz für innovative Ideen

Netzwerktreffen sind Plattform und Marktplatz für neue innovative Ideen. Das Digitale Gründerzentrum Landkreis Cham bietet Netzwerkveranstaltungen zum Austausch und Technologietransfer für Gründer, Studierende und Unternehmen. Hier spielt das vor 20 Jahren gegründete Kompetenz-Netzwerk Mechatronik in Ostbayern eine bedeutende Rolle. Gründer können sich mit über 40 Mechatronik-Mitgliedern vernetzen und vom Austausch profitieren. ❐

Digitalisierungsbegleitung für Kommunen

Digitalisierung ist in aller Munde und wird allenthalben verteufelt oder als Heilsbringer angesehen. Neutral betrachtet ist Digitalisierung eine Entwicklung, die alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfasst und immer mehr an Fahrt aufnimmt. Mit ihr gehen enorme Veränderungen einher, da sie einen tiefen Eingriff in die jeweilige Aufbau- und Ablauforganisation darstellt.

Schritte in Richtung Digitalisierung sollten daher nie Selbstzweck sein. Es gilt im Einzelfall zu prüfen, ob ein Prozess damit effizienter gestaltet werden oder die Zusammenarbeit erleichtert werden kann. Ist dies nicht der Fall, ist eine bewusste Entscheidung gegen eine entsprechende Digitalisierung legitim und sinnvoll. Denn Ziel einer jeden digitalen Transformation sollte es sein, Menschen von fehleranfälligen bzw. zeitaufwändigen Routine-Tätigkeiten zu entlasten. So wird Raum geschaffen für andere Aufgaben, die zumindest derzeit nur Menschen erledigen können. Bei derartigen Nicht-Routine-Aufgaben sind etwa Wahrnehmung, Feinmotorik, Kreativität, analytisches Denken und soziale Intelligenz gefragt.

Bürgermeister Dipl.-Ing. (FH) Rainer Handlfinger. Bild: Catus

Erfolgsfaktoren von Digitalisierungsvorhaben

Mit diesem Bewusstsein, das dem Thema Digitalisierung die Bedrohlichkeit nimmt, bringen Mitarbeiter bei der Analyse von Ist-Abläufen meist motiviert ihre wertvollen Erfahrungen ein, um gemeinsam Digitalisierungspotenziale zu identifizieren. Neben motivierten Menschen sind lebbare Prozesse und nachhaltige Strategien als kritische Erfolgsfaktoren von Digitalisierungsvorhaben zu nennen. Damit lassen sich ineffiziente Workarounds und kostspielige Insellösungen vermeiden.

In kleinen Schritten zum Erfolg

Digitalisierung in Kommunen ist keine Über-Nacht-Aktion, sondern ein andauernder Prozess, der kontinuierlich und in kleinen Schritten zum Erfolg führt. Wichtig sind individuelle, passgenaue Lösungen und der Mut, einfach mal zu machen. Und das, auch wenn andere Themen noch so dominant erscheinen. Sonst tappt man leicht in die Falle ‚Wir hatten keine Zeit die Axt zu schärfen, denn wir mussten Bäume fällen".

Fallbeispiel aus Niederösterreich

Wie ein weiterer Schritt zur digitalen Kommune gelingen kann, zeigt das Beispiel der niederösterreichischen Kommune Ober-Grafendorf. Die Gemeinde legt viel Wert auf Regionalität und Nachhaltigkeit. Daher organisiert sie die Essensversorgung ihrer öffentlichen Einrichtungen selbst und stellt so kurze Wege sicher. Dabei sind verschiedene Akteure beteiligt: Als Kunden die kommunalen Kindergärten und eine Einrichtung für Betreutes Wohnen, als Endkunden die essenden Kinder bzw. Senioren, als kooperierende Produzenten die ortsansässigen Wirte und als Auslieferer ein Verein.

Bisher löste die Gemeinde die Koordination dieses Prozesses durch eine selbst programmierte Datenbank. Diese ist inzwischen technisch überholt und relativ pflegeaufwändig, so dass eine Alternativlösung erforderlich war. Im Rahmen eines Projekts, das von den Ingolstädter Catus Consultants für Changemanagement und Digitalisierung begleitet wurde, wurde zunächst der Ist-Prozess vom Zusammenstellen der Menüs bis zur Rechnungsstellung an die Endkunden analysiert und dokumentiert. Auf dieser Basis wurde der zukünftige Soll-Prozess definiert und in Gesprächen mit allen Beteiligten Anforderungen an eine neue Software identifiziert.

Zukunftsfähige Lösung

Im Rahmen der anschließenden Recherche wurde eine passende Software gefunden, die zur bestehenden kommunalen Infrastruktur kompatibel ist. Schließlich wurde die Einführung der neuen Software begleitet. Bürgermeister Rainer Handlfinger zeigt sich sehr zufrieden: „In sehr kurzer Zeit und mit äußerst geringem personellen Aufwand der Kommune haben wir mit den Catus Consultants eine zukunftsfähige Lösung gefunden, die allen Beteiligten durch eine einfachere Bedienung auch noch wöchentlich Zeit spart."

Enormes Einsparpotenzial

Dieses Projekt steht stellvertretend für zahlreiche weitere kommunale Themen und Prozesse mit einem enormen finanziellen und zeitlichen Einsparpotenzial durch nachhaltige Digitalisierungslösungen. Effizienzsteigerungen und eine zukunftsfähige Positionierung sind zum Beispiel auch hier möglich:

- Ablösen der telefonischen Buchung von kommunalen Veranstaltungsgebäuden durch einen teildigitalisierten Prozess und die Einbindung eines online-Kalenders
- Teamentwicklung zur Einführung synchroner, digitaler Zusammenarbeitsformen, wenn Teile der Belegschaft im Homeoffice tätig sind
- Entwicklung von alternativen Lösungen für wichtige Sitzungen, die trotz der Pandemie nach strikten Vorgaben abzuhalten sind. Ein kritischer Blick auf die eigenen Arbeitsabläufe lohnt in jedem Fall.

Kontakt: ww.catus-consultants.de ❐

Umfassendes Digital-Paket für Münchner Schulen beschlossen

Der Bildungsausschuss des Stadtrats hat jetzt fünf kurzfristigen Maßnahmen zur digitalen Unterstützung der Münchner Bildungseinrichtungen in der aktuellen coronabedingten Ausnahmesituation zugestimmt. Vorbehaltlich der Bestätigung durch das Stadtratsplenum setzen das Referat für Bildung und Sport und die LHM Services GmbH vor allem auf die Ausstattung der Lehrkräfte mit Laptops und sogenannten Convertibles sowie auf die kurzfristige WLAN-Ausleuchtung von 50 weiteren Schulen sowie die Anschaffung von 2.000 LTE-Routern. Zusätzlich werden die Ausstattungen für Videokonferenzen optimiert, eine Plattform zur Kommunikation mit den Eltern aufgebaut und der technische Support sowie Qualifizierungsangebote für die Bildungseinrichtungen ausgeweitet.

Die aktuelle Corona-Pandemie macht ein erhöhtes Maß an digitaler Unterstützung für die Münchner Bildungseinrichtungen erforderlich. Daher setzen das Referat für Bildung und Sport und die LHM Services GmbH neue Prioritäten innerhalb des mehrjährig ausgelegten IT-Zukunftsprogramms. Durch die nun beschlossenen Sofortmaßnahmen kann in Zeiten der Corona-Pandemie ein digital optimierter Unterricht möglich gemacht werden. Für die Umsetzung der Maßnahmen fallen bei der LHM Services GmbH für die Jahre 2021 bis 2024 Beschaffungskosten in Höhe von rund 50,8 Millionen Euro an. Diese gehen über den bisher beschlossenen Kostenrahmen um 18,2 Millionen Euro hinaus, können aber voraussichtlich aus zusätzlichen Fördermitteln des Bundes und des Freistaats Bayern abgedeckt werden.

10.000 Lehrer-Laptops und beschleunigte WLAN-Ausstattung

Die veränderte Schwerpunktsetzung bedeutet, dass zunächst im Jahr 2021 insgesamt 10.000 personenbezogene mobile Endgeräte – Notebooks oder Convertibles – zur Verfügung gestellt werden. Das entspricht einer Ausstattung von gut zwei Dritteln der Münchner Lehrkräfte. Vorgesehen ist zunächst eine bedarfsorientierte Verteilung an besonders interessierte Lehrer, so dass alle Schulstandorte bereits in der ersten Phase von der Neuerung profitieren können. Die Lehrkräfte können dann standortunabhängig auf das pädagogische Netz und damit auf die pädagogischen Dateien und Applikationen zugreifen. Die Geräte sind mit allen modernen Funktionalitäten ausgestattet und liefern die notwendigen Voraussetzungen für einen möglichen Distanzunterricht.

Das zweite wesentliche Element ist die Ausleuchtung von 50 Schulen mit fest installiertem WLAN sowie die Anschaffung von 2.000 LTE-Routern, die kurzfristig auch netzunabhängig eine WLAN-Ausstattung ermöglichen. Durch die damit verbundene Erhöhung der räumlichen Flexibilität lassen sich unterschiedliche Szenarien des mobilen Arbeitens sowie des virtuellen Unterrichts realisieren.

Das Vorgehen erfolgt zweigleisig: Für Standorte mit bereits vorhandener, passiver Verkabelung werden WLAN-Zugangspunkte in den Klassenräumen installiert. Vorgesehen sind dafür bis zu 50 Bildungseinrichtungen mit jeweils durchschnittlich 30 WLAN-Access Points. Für weitere Schulen gibt es ab Februar als Übergangslösung ein so genanntes „Pop-Up WLAN" über LTE-Router mit Mobilfunkanschluss. Dies ermöglicht eine WLAN-Versorgung unabhängig von bestehender Infrastruktur, so dass Einrichtungen früher als ursprünglich geplant von der Lösung profitieren können. Ein großer Vorteil: Die eingesetzten LTE-Router können flexibel eingesetzt werden. Wird eine Einrichtung, die übergangsweise mit „Pop-Up WLAN" versorgt ist, mit einer WLAN-Festinstallation ausgestattet, können die LTE-Router an anderen Standorten zur übergangsweisen WLAN-Versorgung oder Erweiterung eingesetzt werden.

Videokonferenzen und Elternkommunikation

Von den IT-Arbeitsplätzen für Lehrkräfte sind derzeit etwa 15 bis 20 Prozent so ausgestattet, dass einfache Videokonferenzen möglich sind. Um auch komplexere Unterrichtsszenarien oder Schulkonferenzen digital abhalten zu können, ist eine zusätzliche Ausstattung nötig – beispielsweise mit Konferenzspinnen für optimierte Akustik und schwenkbaren Kameras für flexible Bildübertragung. Ermöglicht werden so auch hybride Unterrichts- oder Konferenz-Formen, bei denen ein Teil der Teilnehmer anwesend und ein Teil digital zugeschaltet ist. Für diese Ausstattungserweiterung sind im ersten Schritt 2021 bis zu 10 Prozent der IT-Arbeitsplätze für Lehrkräfte vorgesehen.

Schnellen Support gewährleisten

Als weitere Maßnahme stellt die LHM Services GmbH den Bildungseinrichtungen passende Online-Elternkommunikations-Dienste zur Verfügung, um die Kommunikation zwischen Schule und Erziehungsberechtigten zu stärken. Hierzu soll es eine datenschutzrechtlich sichere App oder eine webbasierte Lösung geben. Dadurch können beispielsweise der Versand organisatorischer Informationen wie Hygienevorschriften vereinfacht, Einverständniserklärungen oder Anmeldungen eingeholt sowie Elternabende online durchgeführt werden.

Durch die umfangreiche Bereitstellung neuer Hard- und Software entsteht insgesamt ein deutlich erhöhter Unterstützungsbedarf sowie die Notwendigkeit für Qualifizierungsmaßnahmen. Um dies aufzufangen, soll mithilfe von zusätzlichen regelmäßigen Einsätzen von Technikern an allen Bildungseinrichtungen ein schneller Support gewährleistet werden. Dezentrale IT-Lager ermöglichen zudem, die Bildungseinrichtungen flexibel und unbürokratisch zu unterstützen. Parallel dazu werden zur Qualifizierung der Pädagogen Schulungsunterlagen wie Quicksheets, Webinare oder Lernvideos entwickelt und bereitgestellt.

Langfristiges Konzept der digitalen Transformation

Bereits im April hatten das Referat für Bildung und Sport und die LHM Services GmbH kurzfristig ein erweitertes Unterstützungs- und Serviceangebot für die Bildungseinrichtungen aufgebaut. Die Lernplattform „Microsoft Teams for Education" wurde für den virtuellen Unterricht bereitgestellt mit inzwischen mehr als 140.000 Accounts an 238 Schulen. Zudem werden für sozial benachteiligte Schüler insgesamt 8.220 Tablets – etwa die Hälfte ist mit SIM-Karten zum mobilen Internetzugriff ausgestattet – leihweise zur Verfügung gestellt, um allen Schülern die Partizipation am Distanzunterricht zu ermöglichen.

Neue IT für mehr als 50.000 Endgeräte

Wichtig ist dabei, dass alle kurzfristigen Maßnahmen in die langfristig geplante digitale Ziel-Infrastruktur integriert werden können. Grundsätzlich soll das gesamte Zukunftsprogramm einen industrienahen Standard an IT- und Telekommunikationsleistungen an den Münchner Bildungseinrichtungen etablieren. Dieser beinhaltet unter anderem eine fast vollständige neue IT für mehr als 50.000 Endgeräte, eine zentrale Rechenzentrumsinfrastruktur auf Basis einer breitbandigen Internetanbindung sowie eine Hardware-Ausstattung nach dem Konzept des „Digitalen Klassenzimmers".

Die coronabedingten Einschränkungen des Schulbetriebs haben den besonderen Bedarf in Bezug auf die digitale Ausstattung deutlich offengelegt und damit den eingeschlagenen Weg der bisherigen Stadtratsbeschlüsse zum strategischen Gesamtrahmen der digitalen Transformation bestätigt. ❐

Montagefreundlich und dauerhaft dicht

Connect Com bringt mit CCM ONE® neue Glasfaserspleißmuffen für FTTx Netze auf den Markt

„Es ist leichter Probleme zu lösen als mit ihnen zu leben." Diesem Motto Albert Einsteins folgend, hat Connect Com mit den CCM ONE Spleißmuffen PRO und COMPACT eine neue Generation Glasfasermuffen entwickelt, die den Anforderungen an flexible und nachhaltige Systemlösungen für den Breitbandnetzausbau nachkommen. Herzstück der CCM ONE Spleißmuffe sind die patentierten Systeme dynaloX Kabeleinführung und Xtight Dichtelement, die dafür sorgen, dass Verbindungen dauerhaft dicht und wartungsfrei sind.

„Unsere Vision für ONE während der Entwicklung war, unseren Kunden ein erstklassiges und ausgereiftes Muffen-System anzubieten – robust, langlebig, sicher. CCM ONE besticht durch maximale Flexibilität, einfaches Handling und – dank dem patentierten Kalt-Dichtsystem dynaloX – durch absolute Dichtheit.", erklärt Jörg Frei, Inhaber Connect Com.

Entwickelt für höchste Anforderungen

CCM ONE passt sich der Netzanforderung flexibel an – sowohl an die geforderte Faserzahl als auch an das zum Einsatz kommende Kabel. Das patentierte Kalt-Dichtsystem, bestehend aus der dynaloX Kabeleinführung mit dem integrierten Dichtelement Xtight, schützt die Glasfasern im Inneren der IP68-dichten Muffe gegen äußere Einflüsse. Egal ob Micro-, Mini-, Standard- oder Sonderkabel - die spezielle, patentierte X-Kontur des Dichtelements Xtight umschließt LWL-Kabel und Mikroröhrchen von 2 bis 20 mm sicher. So wird das Kabel bereits nach dem Einziehen in der Kabeleinführung positioniert und kann nicht aus der Dichtung herausrutschen. Das patentierte Federdruck-System der dynaloX Kabeleinführung sorgt für eine permanente Vorspannung des Dichtsystems und ist dadurch auch bei extremen Temperaturschwankungen dauerhaft dicht und wartungsfrei. Das patentierte Kalt-Dichtsystem garantiert zudem auch eine zuverlässige und permanente Abdichtung zwischen der Kabeleinführung und dem Einlassport im Muffenboden. CCM ONE bietet Installateuren und Netzbetreibern, die gewünschte Investitions- und Zukunftssicherheit ihrer Netze, da je nach Bedarf weitere Glasfaserverbindungen eingeführt werden können, die über Jahrzehnte vor Umwelteinflüssen geschützt sind.

Die CCM ONE Spleißmuffe kann je nach Anforderung und Bausituation im Freien, im Erdreich, im Schacht oder am Mast installiert werden. Die Installation der Muffe ist intuitiv, selbsterklärend und ohne Spezialwerkzeug zu bewerkstelligen. Auch im laufenden Betrieb können Glasfasern-/Kabel ohne Netzausfälle angeschlossen werden.

Entworfen in der Schweiz, hergestellt in Deutschland

Von der Entwicklung über die Produktion bis zur Qualitätsprüfung - wir haben die gesamte Wertschöpfungskette im Griff. Regionale, langjährige Lieferanten produzieren für uns die Bauteile, welche inhouse mit größter Sorgfalt zusammengesetzt, montiert und abschließend geprüft werden.

Angeboten wird die CCM ONE Spleißmuffe zunächst in zwei Größenvarianten:

- Spleißmuffe CCM ONE COMPACT für max. 432 Spleiße und 1 Loop Kabeleinführung sowie 6 dynaloX oval Kabeleinführungen
- Spleißmuffe CCM ONE PRO für max. 864 Spleiße und 2 Loop Kabeleinführungen sowie 8 dynaloX oval Kabeleinführungen

Die Ablage der Glasfaserverbindungen wird durch die bewährten CCM CARO Spleißkassetten mit einem optimalen, schonenden Biegeradius von 30 mm gewährleistet.

Weiterführende Infos unter www.ccm.ch/spleissmuffe bzw. unter www.connectcom.de/spleissmuffe ❐

Telecomputer wird Teil des AKDB-Unternehmensverbunds

Die Firma Telecomputer mit Stammsitz in Frechen wird ab dem 1.1.2021 von der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) als eigenständiges Tochterunternehmen in den AKDB-Unternehmensverbund aufgenommen. Die AKDB übernimmt alle Anteile an der Telecomputer GmbH und führt diese als Tochtergesellschaft weiter. Alle verantwortlichen Personen, Mitarbeiter und Produkte verbleiben weiter bei Telecomputer. Aktuelle Kundenbeziehungen und Verträge werden in gewohnter Art und Weise fortgeführt.

Der Geschäftsführer von Telecomputer, Peter Häußler, erklärt dazu: „Mit der AKDB konnte ein Partner gefunden werden, der sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Kunden von Telecomputer die größtmögliche Zukunftsperspektive bietet." Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, ergänzt: „AKDB und Telecomputer sind seit Jahrzehnten in vielen wichtigen Bereichen der Softwareentwicklung für Verwaltungen gleichermaßen sehr erfolgreich tätig. Mit dieser Investition verankert die AKDB einen für Kernbereiche der Kommunalverwaltung wichtigen Softwarelieferanten dauerhaft im öffentlichen, kommunalen Sektor." Die Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH mit Hauptsitz in Frechen ist nicht nur im Bereich Verkehrswesen mit ihrem Zulassungsverfahren und ihren i-Kfz-Services sehr gut am Markt positioniert, sondern auch in den Bereichen Fahrerlaubniswesen und Wohngeld. Besonders hervorzuheben ist der Erfolg beider Unternehmen im Kfz-Zulassungswesen einschließlich der internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz).

Die Telecomputer GmbH wird alle ihre bekannten Produkte weiterhin am Markt anbieten und weiterentwickeln. Die Ansprechpartner für ihre Kunden bleiben ebenso erhalten. Peter Häußler wird das Unternehmen als Geschäftsführer weiterführen.

Expertenwissen bündeln

Angesichts der ständig anspruchsvoller werdenden Anforderungen an komplexe Verwaltungssoftware und der immer schnelleren Änderungsprozesse in Verwaltungen haben AKDB und Telecomputer beschlossen, gemeinsames Wissen und Know-how partnerschaftlich zu bündeln. Für beide Unternehmen stehen nach wie vor die Kunden an oberster Stelle. Demzufolge bleibt ein modernes, zukunftsfähiges Softwareangebot weiterhin das wichtigste Unternehmensziel. Auch unter dem Dach der AKDB wird Telecomputer ihre Kunden weiter selbständig mit dem vorhandenen Produktportfolio und der bereits angekündigten Neuentwicklung bedienen, rechtliche Änderungen werden in gewohnter Zuverlässigkeit wie bisher umgesetzt. Zukünftig wollen beide Anbieter aber die Realisierung gesetzlicher Anpassungen sowie fachliche Ergänzungen gemeinsam und aufeinander abgestimmt planen. Ziel ist eine insgesamt noch bessere Usability und Qualität aller Produkte. Das seit mehr als 40 Jahren aufgebaute fachliche Wissen beider Akteure wird nun in den Schwerpunktbereichen Zulassungswesen, Fahrerlaubniswesen und Wohngeld synergetisch gebündelt und in die jeweiligen Folgeentwicklungen der Produkte beider Anbieter mit einfließen.

Digitalisierung in deutschen Behörden forcieren

„Die Partnerschaft erlaubt uns, wichtige Kundenanforderungen, Standardisierungen und rechtliche Belange abgestimmt und anwenderfreundlich in die Programme zu integrieren, um die Digitalisierung in deutschen Behörden noch schneller voranzubringen", ist Telecomputer-Geschäftsführer Peter Häußler überzeugt. Die Bündelung von Expertenwissen beider Häuser, von der man sich auch Synergien bei bundesweit umzusetzenden Projekten verspricht, ist bereits gestartet. In der Vorbereitung der Partnerschaft wurden zwischen den schlagkräftigen Entwicklungsabteilungen beider Häuser bereits viele Ideen ausgetauscht, die nun marktgerecht und schnell in die Praxis umgesetzt werden sollen.

Garantierte Kontinuität und Sicherheit für die Kunden

Die Partnerschaft wurde nicht zuletzt auch deshalb forciert, weil beide Häuser durch die Zusammenarbeit Kontinuität und Sicherheit für die Kunden und für die Beschäftigten garantieren können. „Die Integration von Telecomputer in den Unternehmensverbund der AKDB ist eine zielgerichtete, langfristige und zukunftsträchtige Lösung. Das gemeinsame Ziel ist es, auch in Zukunft die modernste Fachsoftware am Markt anzubieten, so dass beide Firmen zum Nutzen der kommunalen Familie ihre jeweils hervorragende Marktstellung weiter ausbauen können", kommentiert der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer den Zusammenschluss.

Mit Softwarelösungen für die Kfz-Zulassung und die Fahrerlaubnis zählt Telecomputer zu den Marktführern. Mehr als ein Viertel der Straßenverkehrsbehörden vertrauen IKOL-KFZ und IKOL-FS. Insgesamt setzen 350 Kommunen auf die Integrierten Kommunalen Lösungen, viele von ihnen schon seit mehr als 20 Jahren. ❒

V.l.: Bei der Vertragsunterzeichnung in Berlin: Dr. Sibylle Häußler (Mitgesellschafterin und Prokuristin Telecomputer), Peter Häußler (Geschäftsführender Gesellschafter Telecomputer), Rudolf Schleyer (Vorstandsvorsitzender AKDB) und Gudrun Aschenbrenner (Mitglied des Vorstands AKDB). Bild: Volker Nitschke

Elektronische Rechnungsstellung:

ITZBund leistet Pionierarbeit

Das ITZBund bietet seinen Kunden, insbesondere Behörden der Bundesverwaltung, die passgenaue Infrastruktur zum Empfang von elektronischen Rechnungen gemäß der E-Rechnungsverordnung (ErechV) und nutzt diese auch selbst. Damit wird ein weiteres Etappenziel auf dem Weg zu einer modernen digitalen Verwaltung erreicht.

Die flächendeckende Einführung der E-Rechnung für alle Bundesbehörden erfolgte zum 27.11.2019. Seitdem können Lieferanten und Dienstleister ihre Rechnungen an die gesamte Bundesverwaltung über das zentrale Rechnungseingangsportal (ZRE) durch verschiedene Kanäle einreichen. Am 27.11.2020 tritt jetzt die Lieferantenverpflichtung in Kraft. Lieferanten der Bundesverwaltung dürfen nur noch elektronische Rechnungen einreichen.

E-Rechnung spart Arbeit und Zeit

Bei einer elektronischen Rechnung nach der ErechV handelt es sich um ein Dokument in einem wohldefinierten, strukturierten XML-Datensatz. Dies ermöglicht dem Rechnungssender, Rechnungen in einem Buchhaltungssystem automatisiert zu erstellen, rechnungsbegründende Unterlagen direkt in die Rechnung einzubetten und ohne Medienbrüche durch die gesamte Lieferkette über die ZRE bis zum Rechnungsempfänger zu übermitteln. Der Empfänger kann diese dann in seinem ERP-System direkt übernehmen, prüfen – sachlich und rechnerisch richtig zeichnen - und zur Auszahlung anweisen. Abschließend erfolgt mit der Archivierung die rechtssichere Aufbewahrung.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Die E-Rechnung spart Unternehmen sowie Behörden der Bundesverwaltung viel Arbeit und Zeit. Durch den automatisierten Informationsaustausch werden Fehlermöglichkeiten minimiert. Druck- und Versandkosten entfallen. Der gesamte Prozess der Rechnungsstellung erfolgt automatisiert und medienbruchfrei. Die E-Rechnung leistet einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer modernen digitalen Verwaltung und markiert damit auch einen Meilenstein bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Zentraler IT-Service Provider für die Bundesbehörden

Das ITZBund als der zentrale IT-Service Provider für die Bundesbehörden wurde im Projekt E-Rechnung mit der Entwicklung und dem Betrieb des zentralen Rechnungseingangsportals (ZRE) beauftragt. Zusätzlich bietet es den Bundesbehörden die Nutzung von Templates an, mit denen die eingegangenen Rechnungen in deren nachgelagerten ERP-Systemen weiterverarbeitet werden können. Das ITZBund stellt einerseits diese Infrastruktur den Bundesbehörden als Service zur Verfügung, nutzt diese allerdings auch selbst.

Die FAQs und weitere, hilfreiche Informationen rund um das Thema E-Rechnung finden sich auf der Website www.e-rechnung-bund.de ❒

Virtueller Digital-Gipfel der Bundesregierung:

Aufbruchssignal für digitalen Klimaschutz

Beim diesjährigen Digital-Gipfel der Bundesregierung unter dem Motto „Digital nachhaltiger leben" diskutierten Experten die Chancen der Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit, aber auch Strategien, die Energieeffizienz der Informations- und Kommunikationstechnologien selbst zu erhöhen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich dafür aus, bei der Frage des Vertrauens der Menschen in neue Technologien vor allem auf kulturelle Bildung zu setzen. „Das darf nicht nur ein Elitenprojekt sein", betonte Merkel.

„Die Zeit drängt, dass wir Nachhaltigkeitsziele sehr schnell erreichen müssen", hob die Kanzlerin hervor. Die Frage der Abwägung von technologischem Fortschritt auf der einen und dem Schutz der Daten auf der anderen Seite müsse kulturell immer wieder neu ausgehandelt werden. Klar sei aber, dass dieser Prozess nun schnell gehen müsse, um zum Beispiel den Zielen beim Klimawandel nicht weiter hinterherzuhinken. Es müsse darum gehen, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern und gleichzeitig den Planeten für nachfolgende Generationen lebenswert zu halten.

Mit Blick auf Quantencomputing als eine Art Königsdisziplin der Digitalisierung zeigte sich Merkel überzeugt, dass diese Technologie im wahrsten Sinne des Wortes ein „Quantensprung" werde. „Wir haben im Konjunkturprogramm zwei Milliarden Euro eingestellt und wir entwickeln gemeinsam mit Fraunhofer eine Strategie, wie wir auch selber Quantencomputer bauen können", so die Kanzlerin. Auch die erfolgreiche Entwicklung und die millionenfache Nutzung der Corona-Warn-App der Bundesregierung seien ein Beweis für die richtungsweisenden Leistungen bei der Digitalisierung.

Exponate der Gipfel-Plattformen zeigten, wie vorhandene Gebäude unter Einsatz intelligent vernetzter Lösungen zu smarten, integrativen und ressourcenschonenden Quartieren werden können, wie die EUV-Lithographie mit extrem ultraviolettem Licht immer kleinere, leistungsfähigere und energieeffizientere IT-Systeme ermöglicht und wie die Quantentechnologie Kommunikation abhörsicher macht. Über 30 Projekte der zehn Gipfel-Plattformen zum Thema „Digitalisierung und Nachhaltigkeit" wurden in Kurzfilmen vorgestellt.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier präsentierte gemeinsam mit Mitgliedern der in Gründung befindlichen GAIA-X Association die Fortschritte des Projekts GAIA-X, an dem sich national und international mehr als 350 Unternehmen und Organisationen beteiligen. Gerade die sich im Umbruch befindende Fahrzeugbranche werde großen Nutzen aus GAIA-X ziehen können und als erste große Anwenderbranche bei GAIA-X vorangehen.

Altmaier zufolge ermöglicht GAIA-X die digitale Souveränität der Nutzer von Cloud-Dienstleistungen. Europäische Anbieter könnten ihre Nutzungen skalieren, so dass es wirtschaftlich attraktiv ist, diese Dienstleistungen anzubieten. So würden Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa nachhaltig gesichert.

Sichere Dateninfrastruktur

Laut Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung, wird GAIA-X eine sichere, souveräne und offene Dateninfrastruktur schaffen – auf der Grundlage europäischer Werte. Für Unternehmen und Bürger bedeute das einen sicheren Datenaustausch und sichere Kommunikation und keine Abhängigkeit von der bisherigen Dominanz US-amerikanischer und chinesischer Anbieter. GAIA-X werde sowohl Infrastruktur als auch Anwendungen anbieten. Das Projekt werde europäisch angelegt, soll aber offen für Nutzer und Anbieter weltweit sein.

Damit zunehmende Digitalisierung im Einklang mit den festgelegten Klimazielen erfolgen kann, muss neben verstärkter Nutzung von erneuerbaren Energien auch digitale Infrastruktur hochgradig energieeffizient ausgestaltet werden. Wie Altmaier darlegte, „wollen wir deshalb Energieverbräuche und Energieeffizienz der großen Rechenzentren in Deutschland und möglichst auch in Europa transparent machen und in Abstimmung mit der Branche ein freiwilliges Register aufbauen".

Um auch Städten und Gemeinden die Realisierung von Nachhaltigkeitsgewinnen zu erleichtern, hatte die Initiative Stadt.Land.Digital des BMWi für den diesjährigen Digital-Gipfel mit der Fokusgruppe „Intelligente Vernetzung" den Smart City Navigator entwickelt. Der Navigator enthält realisierte nachhaltige Digitalisierungsprojekte in Städten und Kommunen und gibt Einblick in smarte, nachhaltige Projekte aus ganz Deutschland.

Digitale Technologien für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz schnell und auf breiter Ebene einzusetzen, fordert der Digitalverband Bitkom von Politik und Wirtschaft. „Der Klimawandel ist eine globale Krise, die uns zum Handeln zwingt: Nicht irgendwann in der Zukunft, sondern sofort. Es existieren schon jetzt viele hocheffektive digitale Technologien, die uns auf diesem Weg massiv unterstützen können", machte Bitkom-Präsident Achim Berg deutlich. „Je ambitionierter wir digitalisieren, desto nachhaltiger können wir auch wirtschaften. Jetzt brauchen wir eine gezielte und mutige Flankierung durch die Politik, um klimaschonende und emissionseinsparende Technologien zügig und in so vielen Bereichen wie möglich einzusetzen."

Wie die Bitkom-Studie „Klimaeffekte der Digitalisierung" ergeben hat, können digitale Technologien maßgeblich dazu beitragen, den CO2-Ausstoß zu senken. Bei einer konsequenten und beschleunigten Digitalisierung in der industriellen Fertigung und der Mobilität, von Gebäuden und Arbeitsplätzen kann der CO2-Ausstoß im Jahr 2030 verglichen mit 2019 um 120 Millionen Tonnen reduziert werden. Das entspricht fast der Hälfte der notwendigen Einsparungen von 262 Millionen Tonnen, die Deutschland für sein selbst gestecktes Klimaziel im Jahr 2030 erreichen muss. Die Einspareffekte der Technologien sind dabei viermal so groß wie der CO2-Fußabdruck der Digitalisierung selbst.

„Die Corona-Pandemie zeigt uns, wie wir unsere Widerstandsfähigkeit gegen Krisen jeder Art steigern können", stellte Berg fest. „Was die Klimakrise angeht, so können wir mit Hilfe der Digitalisierung unsere CO2-Emissionen massiv herunterfahren und machen unsere Wirtschaft durch einen digitalen Effizienzschub zugleich wettbewerbsfähiger." **DK**

Datenschutzbeauftragung, eLearning, Vor-Ort-Schulungen,
Informationssicherheitsberatung, ISIS12, Digitallotsen-Beratung,
Psychische Gefährdungsbeurteilung, Agile Arbeitsmethoden

www.Mein-Datenschutzberater.de

Studie zu Cybermobbing:

Neue Dimension

Cybermobbing hat sich zu einem dauerhaft virulenten Problemfeld in Schulen und im privaten Umfeld der Jugendlichen entwickelt. Dies geht aus der Studie „Cyberlife III – Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern" hervor, die das Bündnis gegen Cybermobbing in Kooperation mit der Techniker Krankenkasse realisiert hat. An der Erhebung beteiligten sich insgesamt fast 6.000 Schüler, Eltern und Lehrer. Die Ergebnisse der Onlineumfrage geben Einblicke zur Entwicklung des Phänomens, das bereits 2013 und 2017 untersucht wurde.

Laut Untersuchung ist Cybermobbing ein wachsendes Problem. Dazu zählen Beschimpfungen, Beleidigungen, das Verbreiten von Gerüchten und Verleumdungen im Netz. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die von Cybermobbing betroffen sind, ist in den vergangenen drei Jahren um mehr als ein Drittel gestiegen. Waren im Jahr 2017 noch 12,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler betroffen, sind es inzwischen 17,3 Prozent, wie aus Aussagen der befragten Kinder und Jugendlichen hervorgeht. Dies entspricht knapp 2 Millionen Schülern. Auch Grundschüler sind zunehmend der Gefahr ausgesetzt. Die Folgen werden immer gravierender: Die Zahl der Betroffenen, die Suizidgedanken äußerten, ist seit 2017 um 20 % und der Anteil, der Alkohol und Tabletten nahm, um fast 30 % angestiegen.

Die phasenweise Umstellung des Schulbetriebs auf Fernunterricht in Folge der COVID-19-Pandemie hat die Wahrscheinlichkeit von Cybermobbing erhöht und zur Zunahme von Cybermobbingfällen beigetragen. Die Pflege von Sozialkontakten haben die Jugendlichen zum Teil ins Internet verlagert.

Besonders gefährdet sind mit ihrer sozialen Alltagssituation unzufriedene Schüler, auch weil diese gerade im Internet nach Kompensation und Bindung suchen. Zudem hat die Studie aufgezeigt, dass eine geringere Lebenszufriedenheit die Resilienz gegen die psychosozialen Auswirkungen von (Cyber-) Mobbing deutlich verringert.

Schüler

Weitere Ergebnisse: Schüler, die andere mobben, sind und oder waren vielfach gleichzeitig Betroffene. Die Täter- und Opferseite kann also nicht scharf voneinander getrennt werden. Auch wird schulische Prävention gegen Cybermobbing von den Jugendlichen kaum wahrgenommen.

Wie die Untersuchung zudem zeigt, fühlen sich die befragten Eltern zunehmend unter Druck und auch überfordert, ihre Erziehungsaufgaben unter Einfluss des allgegenwärtigen, unkontrollierten Internets auszuüben. Sie erkennen deutlich, dass die Anonymität im Internet die allgemeine Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen online wie auch offline fördert. Ihre eigenen Kinder sehen sie in immer größerer Zahl von Cybermobbing betroffen.

Eltern

Etwa 44 Prozent der Eltern reglementieren die Internetnutzung ihrer Kinder zwar nach eigenen Angaben streng, indem sie etwa Seiten sperren. Allerdings lassen 70 Prozent der Eltern ihre Kinder auch allein im Web surfen. Schon knapp die Hälfte der Sechs- bis Zehnjährigen (47 Prozent) ist laut der Studie ohne Aufsicht online.

Lehrer

Auch nach Ansicht der befragten Lehrkräfte wird Cybergewalt ein immer größeres Problem an den Schulen. Besonders betroffen sind aus ihrer Sicht die Haupt- und Werkrealschulen. Besonders kritisch zu bewerten sei, dass trotz dieser Entwicklung das Ausmaß von Fachwissen unter den Lehrkräften abnimmt und die Schulen immer weniger Präventionsmaßnahmen durchführen.

Viele Lehrer sehen die Verwendung des Internets im Unterricht kritisch, weil hierdurch pädagogische Zeit verloren geht. Diese fehlt dann auch für die Prävention von Cybermobbing und müsste verstärkt durch institutionelle Lösungen aufgefangen werden.

Präventionsarbeit verstärken

Aus Sicht des Bündnisses gegen Cybermobbing muss die bisherige Präventionsarbeit verstärkt werden und bereits an den Grundschulen beginnen. Kinder müssten den „sozialen Umgang im Internet" lernen. Eine verbesserte Lehrerfortbildung sei ein weiterer wichtiger Baustein. Wenn notwendig, sollte man auch Experten von außen in die Schulen holen.

Auch die Politik ist gefragt

Eltern sollten sich intensiver mit den Inhalten und Funktionsweisen vom Internet und den Sozialen Medien auseinandersetzen. Hier seien Kommunen, soziale Träger und Schulen gefragt, Eltern mit konkreten Angeboten zu unterstützen. Wünschenswert wären für alle Betroffenen flächendeckende Mobbingberatungsstellen sowie anonyme Hotlines, an die sich Hilfesuchende in Schulen oder im sozialen Umfeld wenden können.

Neben den Schulen und der Gesellschaft müsse auch die Politik ihrer Verantwortung nachkommen. Zum Schutze der Opfer fordert das Bündnis gegen Cybermobbing ein (Cyber-)Mobbinggesetz, das es in Österreich schon seit 2016 gibt. Schließlich müssten Täter und Opfer wissen, dass Cybermobbing kein Kavaliersdelikt ist. **DK**

Startschuss für 6-GHz-WLAN Einführung

Die Bundesnetzagentur plant, im 2. Quartal 2021 einen zusätzlichen Frequenzbereich für WLAN bereitzustellen. Unter den in einer Allgemeinzuteilung genannten Bedingungen wird jedermann die Frequenzen nutzen können. Das zusätzliche Spektrum von 480 MHz ermöglicht mehr Kapazität für WLAN-Anwendungen, unterstützt innovative Anwendungen und ermöglicht neue Nutzungen für Verbraucher und Industrie.

Einheitliche europäische Regeln beschlossen

Voraussetzung für die geplante Zuteilung des Frequenzbereichs durch die Bundesnetzagentur war eine Entscheidung auf der europäischen Ebene. Der Ausschuss für Elektronische Kommunikation (ECC) hat jetzt über die Einführung von WLAN im 6-GHz-Frequenzbereich entschieden. Unter Beteiligung der Bundesnetzagentur wurden die technischen Grundlagen für einen gemeinsamen europäisch harmonisierten Markt für 6-GHz-WLAN geschaffen. Sie bilden die Grundlage für die Umsetzung in Deutschland.

Zugleich verabschiedete das ECC auch einen CEPT-Bericht, mit welchem der Europäischen Kommission empfohlen wird, diese technischen Bedingungen zur Einführung verbindlich für alle Mitgliedsstaaten der EU zu regulieren.

Hintergrund ECC

Das Electronic Communications Committee (ECC) ist das für Frequenzfragen verantwortliche Gremium der Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications (CEPT), einem Zusammenschluss der 48 europäischen Staaten.
Weiterführende Informationen finden sich unter: https://www.cept.org/ecc ❐

Mit Data Analytics und Künstlicher Intelligenz:

Intelligentes Bilanzkreismanagement

Die Data Scientists der OmegaLambdaTec GmbH und der EXXETA AG sind Experten für die Nutzung der Potenziale von Künstlicher Intelligenz (KI) für die Zukunftsthemen Smart Energy und Smart City. Zusammen mit den Projekt-Partnern KOS Energie GmbH (KOS) und Octothorpe GmbH entwickeln sie aktuell eine innovative kombinierte Prognose- und Optimierungs-Intelligenz für die deutsche Energiewende, gefördert vom bayerischen Wirtschaftsministerium als eines der Energie-Projekte mit der höchsten Priorität.

Ziel des Innovationsprojekts „intelligentes Bilanzkreismanagement mit Data Analytics und KI" (iBKM) ist es, in der Strombeschaffung die Ausgleichsenergie und die damit verbundenen Kosten für Planabweichungen in der Bewirtschaftung von Bilanzkreisen signifikant zu mindern – konkret für die KOS und ihre kommunalen Stadtwerke-Partner. Ohne dieses neue datengetriebene und vorausschauende iBKM bzw. Smart Data & KI Instrument drohen die Kosten durch den stetig steigenden Anteil erneuerbarer Energien und die Sektorkopplung (v.a. Wärme, Verkehr) weiter substanziell zu steigen.

Signifikante Verbesserungen

Der ganzheitliche Innovationsansatz für das zukünftige intelligente Bilanzkreismanagement umfasst signifikante Verbesserungen bei der Erfassung von Rohdaten und Messwerten, bei den Prognosen sowie der Zeitauflösung und Performance mittels modernsten KI, Machine Learning und Data Analytics Technologien. Ziel ist, eine neuartige höherdimensionale Optimierung aller Komponenten in Nah-Echtzeit (d.h. in weniger als einer Minute) zu entwickeln, wobei gleichzeitig höchste Daten- und IT-technische Sicherheitsansprüche sowie die Einhaltung des regulatorischen Rahmens (EEG, MsbG, EnWG) gewährleistet sind. Dadurch lässt sich das Ungleichgewicht von volatiler Energieerzeugung und Verbrauch schon im Vorhinein weitestgehend vermeiden. Die restliche notwendige Regelenergie kann dazu direkter quantifiziert und schneller ausgeglichen werden, was die Kosten weiter reduziert und die Netzstabilität – z.B. durch die Vermeidung von Engpässen im Rahmen des Redispatch 2.0 – erhöht. Dieses themenbereichsübergreifende ehrgeizige Vorhaben ist sowohl für die deutsche Energiewende als auch für den Standort Bayern von hoher strategischer Relevanz.

Freude über Projektstart

„Wir freuen uns sehr über den Projektstart, um jetzt gemeinsam eine intelligente und dringend benötigte Smart Energy Lösung für die Herausforderungen der Energiewende zu entwickeln und in der Praxis zu testen.", kommentiert Rene Fassbender, Gründer und Geschäftsführer von OmegaLambdaTec.

Projektkoordinator Christian Müller von der KOS ergänzt: „Die hohe Priorisierung durch das Wirtschaftsministerium und die damit verbundene Anerkennung für unser Projekt freut uns ganz besonders. Damit steigt natürlich nochmals unsere Motivation und die Chancen, hieraus eine wirklich zukunftsfähige KI-basierte Lösung für die breite Anwendung für EVU im kommunalen Umfeld bereitstellen zu können und somit einen aktiven Beitrag zum Erfolg der Energiewende beizusteuern." ❐

V.l.: Sabine Melbig (Stadtwerke Kelheim), Sebastian Mauksch (Stadtwerke Kelheim), Rektorin Sandra Schwendner, Bürgermeister Christian Schweiger. Bild: Stadtwerke Kelheim/R.Jellinek

Grundschule Kelheim-Nord:

Anschluss ans Glasfasernetz der Stadtwerke

Die Digitalisierung in Kelheim schreitet weiter voran. Mit der Grundschule Kelheim-Nord kann nun die vierte Bildungseinrichtung im Stadtgebiet durch das leistungsstarke Glasfasernetz der Stadtwerke Kelheim surfen.

Den Anfang machte das Donau-Gymnasium Kelheim, welches seit August letzten Jahres mit einer Bandbreite von 1 Gbit/s über breitbandige Internetzugänge verfügt. Es folgten die Wittelsbacher Mittelschule und die Grundschule Kelheimwinzer. In dieser Grundschule profitierte vor allem das Pilotprojekt ‚Digitales Klassenzimmer' vom schnellen Internetzugang.

Auf dem Weg in die Digitale Bildung

Gerade in Schulen teilen sich sehr viele Nutzer den bestehenden Internetzugang. Der Einsatz digitaler Medien ist somit mit einem DSL-Anschluss oder TV-Kabelanschluss schwer möglich. Erst Glasfaser bietet die notwendige Gigabit-Geschwindigkeit.

Als vierte Schule in Kelheim ist nun auch für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Kelheim-Nord der Weg in die Digitale Bildung geebnet. „Es ist wichtig, die Digitalisierung der Schulen schleunigst umzusetzen", so Bürgermeister Christian Schweiger. „Zudem sind aufgrund der aktuellen Situation unsere Schulen auf digitale Anbindungen angewiesen. In den Stadtwerken Kelheim haben wir einen Premiumpartner gefunden, der uns bei der Umsetzung unterstützt."

Tiefbaumaßnahmen

Vor zwei Jahren hat der Energieversorger mit dem Glasfaserausbau in Kelheim begonnen. Für die Verlegung von Glasfaserleitungen sind Tiefbaumaßnahmen durchzuführen. Dafür haben die Stadtwerke Kelheim Fachleute, die das notwendige Know-how mit sich bringen. Das ermöglicht eine zügige Umsetzung solcher Verlegungen. ❐

Warum und wie wir Daten preisgeben

bidt fördert zukunftsweisendes interdisziplinäres Projekt an der Universität Passau

In welchem Maß hängt unsere Bereitschaft, eigene Daten preiszugeben, von einer kulturellen Prägung sowie von dem bestehenden rechtlichen Rahmen ab? Wie wirkt sich der grenzüberschreitende Charakter einer Vielzahl von Datenpreisgaben aus? Diese und weitere Fragen untersuchen Forscherinnen und Forscher aus drei Fakultäten der Universität Passau im Projekt „Vektoren der Datenpreisgabe".

Die Forschungsgruppe arbeitet gemeinsam im Rahmen eines internationalen Vergleichs und vereint dabei Perspektiven der Rechtswissenschaft, Kulturwissenschaft und Wirtschaftsinformatik. Das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften unterstützt das Forschungsvorhaben mit insgesamt rund 940.000 Euro.

Innovationstreiber

„Daten sind einer der zentralen Treiber von Innovationen im 21. Jahrhundert. In gleicher Weise entstehen durch die laufend sich fortentwickelnden Möglichkeiten zur Verarbeitung von Daten neue Gefährdungsszenarien. Wir untersuchen deswegen – wechselwirkend – Entscheidungsprozesse, kulturelle Einflüsse und rechtliche Schutzmechanismen", fasst Projektleiter Prof. Dr. Moritz Hennemann zusammen. „Mit Hilfe der gewonnenen Erkenntnisse aus unterschiedlichen Perspektiven sollen innovationsfördernde und gefährdungsadäquate Lösungsansätze erarbeitet werden. Entsprechende Ansätze sollen in Regelungsempfehlungen für Normgeber und Handlungsempfehlungen für Unternehmen münden."

Preisgabe personenbezogener Daten

Neben Hennemann (Lehrstuhl für Europäisches und Internationales Informations- und Datenrecht) gehören Prof. Dr. Kai von Lewinski (Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medien- und Informationsrecht), Prof. Dr. Daniela Wawra (Lehrstuhl für Englische Sprache und Kultur) und Prof. Dr. Thomas Widjaja (Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik mit Schwerpunkt Betriebliche Informationssysteme) zur Forschungsgruppe. Ihr gemeinsames Ziel: die kulturellen und regulatorischen Einflüsse, die darüber entscheiden, ob wir personenbezogene Daten preisgeben oder nicht, zu identifizieren, ein Modell zu erarbeiten, welches die Einflüsse in diesem Entscheidungsprozess erklären kann, und regulatorische Vorschläge zu präsentieren. Dafür sollen auch die Grundprinzipien der Preisgabe von Daten im internationalen Vergleich erarbeitet werden.

„Ein wichtiges Teilziel unseres Projekts ist es, die kulturellen Einflussfaktoren zu identifizieren und besser zu verstehen", so Prof. Dr. Daniela Wawra. „Dieses Verständnis hilft uns dabei, gemeinsam zu untersuchen, wie kulturelle und rechtliche Rahmenbedingungen individuelle Datenpreisgabeentscheidungen prägen", ergänzt Thomas Widjaja.

Projektstart 2021

Auf dieser Basis werden Empfehlungen abgeleitet, wie Rechtsrahmen gestaltet und datenbasierte Geschäftsmodelle für unterschiedliche Rechtskreise adaptiert werden können. „Nicht nur die Analyse der Unterschiede in den Rechtsordnungen und Kulturen in aller Welt ist wichtig, sondern auch, dass diese Unterschiede zu Konflikten führen können, wenn Daten grenzüberschreitend genutzt werden", betont Prof. Dr. Kai von Lewinski für sein Forschungsfeld.

Das Projekt startet zum 1. Januar 2021 und endet zum 31. März 2024. ❐

M-net bringt Glasfaser ins Gewerbegebiet Hallbergmoos

Eigenwirtschaftlicher Ausbau nach erfolgreicher Vorvermarktung
Fertigstellung bereits im ersten Quartal 2021

Rund 60 Unternehmen im südlichen Gewerbegebiet der Gemeinde Hallbergmoos bei München haben in Kürze die Möglichkeit, mit einem direkten Glasfaseranschluss das umfangreiche Internet-, Telefonie- und Vernetzungsangebot von M-net zu nutzen. Bayerns führender Glasfaseranbieter verlegt dazu neue Glasfaserleitungen in dem Gewerbegebiet nahe des Münchner Flughafens. Für die Erschließung des Gewerbegebiets nimmt M-net keine Fördergelder in Anspruch; der Ausbau erfolgt nach erfolgreicher Vorvermarktung komplett eigenwirtschaftlich.

Mit einem symbolischen Spatenstich haben der Zweite Bürgermeister der Gemeinde Hallbergmoos, Helmut Ecker, und der Leiter des Bereichs Geschäftskunden von M-net, Lars Richter, den Ausbau offiziell gestartet. Davon profitieren werden alle ansässigen Unternehmen, die sich für die Nutzung des neuen, leistungsfähigen und zukunftssicheren Glasfaser-Anschlusses entscheiden. Dabei handelt es sich um FTTB/H-Lösungen (Fiber to the Building / Home), bei denen die Glasfaserleitungen bis ins Gebäude bzw. in die einzelnen Büroräume gelegt werden. Zu Beginn sind darüber Datenraten von bis zu 1 Gbit/s im Up- und Download möglich. Die Fertigstellung der Bauarbeiten ist bereits im ersten Quartal 2021 geplant.

Zukunftsfaktor für Kommunen

„Schnelles Breitband-Internet wird angesichts der zunehmenden Digitalisierung immer mehr zum Zukunftsfaktor für Kommunen. Das gilt für den privaten Bereich als Wohn- und Lebensraum, aber vor allem auch für den Wirtschaftsstandort“, erklärte Bürgermeister Ecker. „Wir begrüßen daher das Engagement von M-net in unserer Gemeinde. Dass sich ein Großteil der Unternehmen im Rahmen der Vorvermarktung bereits jetzt für einen M-net Glasfaseranschluss entschieden haben, zeigt den deutlichen Bedarf an hohen Bandbreiten über alle Branchen hinweg. Durch die Anbindung an das Glasfasernetz von M-net sind die angeschlossenen Unternehmen in Hallbergmoos für die digitalen Herausforderungen der Zukunft bestens gewappnet. Sie können ihre Produktion und Dienstleistungen weiterentwickeln und künftig ganz neue, digitale Wege gehen, die ihnen bislang versperrt waren.“

M-net Angebote für Geschäftskunden

Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, Industrie 4.0 sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. „Die Glasfaser gilt als das modernste und leistungsfähigste Datenübertragungsmedium der Welt“, erklärt Lars Richter, Leiter des Bereichs Geschäftskunden bei M-net. „Sie liefert im Vergleich zu den bisher im Gewerbegebiet Hallbergmoos verfügbaren Leitungen nicht nur sehr viel höhere Bandbreiten im Up- und Downstream, sondern auch wichtige Qualitätsmerkmale wie symmetrische Bandbreiten, geringe Latenz, sichere Datenübertragung, höchste Verfügbarkeit sowie Energieeffizienz. Mit unserem Glasfasernetz schaffen wir die Vorrausetzung, damit Unternehmen jeder Größe die Digitalisierung meistern können und dabei nicht abgehängt werden.“

Kontakt für Interessenten

Um künftig auch weitere Gewerbegebiete an das leistungsstarke Glasfasernetz von M-net anzuschließen, plant das Unternehmen eine Fortsetzung der Vorvermarktungs-Initiative auch in weiteren Regionen.

Interessierte Unternehmen oder Kommunen können sich an martin.zeisner@m-net.de wenden. ❐

Die BayernGrund als „Bauamt auf Zeit“

GZ-Interview mit Geschäftsführer Franz Schonlau

GZ: Die BayernGrund ist seit einigen Jahren nicht nur mit den klassischen Erschließungsträgerschaften in den bayerischen Kommunen als Dienstleister etabliert, sondern nun auch als „Bauamt auf Zeit“ präsent. Wie sind Ihre Erfahrungen?

Schonlau: *Aufgrund der Fülle an (Pflicht-)Aufgaben können die Verwaltungen bereits geplante Projekte oft nicht umsetzen. Neben den ausgeschöpften personellen Ressourcen kommen auch die Zwänge des kommunalen Haushaltsrechts ins Spiel, die dazu führen, die BayernGrund als Bauherrenvertreter ins Boot zu holen.*

Franz Schonlau. ❐

GZ: Wie gestaltet sich Ihre Unterstützung für ein kommunales Bauprojekt?

Schonlau: *Entscheidet sich eine Kommune für unsere Dienstleistung, setzen wir an dem aktuellen Planungsstand an und führen das Projekt in die Umsetzung und zum Abschluss. Unter Einhaltung der jeweiligen Vergabegrundsätze kümmern wir uns um noch ausstehende Fachplaner, schreiben die einzelnen Gewerke aus und überwachen die Ausführungen. Selbstverständlich sind unsere Verträge fördermittelkonform. Nachdem wir als Bauherr im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages tätig sind, übernehmen wir auch die Vorfinanzierung der Baukosten.*

GZ: Sind Sie personell entsprechend aufgestellt? Wie schaffen Sie die räumliche Nähe zu den Kommunen?

Schonlau: *In den vergangenen Jahren hat die BayernGrund ganz bewusst ein interdisziplinäres Team für unsere Kommunen zusammengestellt. Wir verfügen nicht nur über jahrzehntelange Erfahrung in der klassischen Baubuchhaltung, sondern setzen vor Ort auch eigene Bauingenieure und -techniker ein. Darüber hinaus greifen wir bei Bedarf auf regionale Partner zurück. Durch unsere strategisch gelegenen Standorte können wir zeitnah vor Ort sein.*

GZ: Welche Projekte begleiten Sie aktuell als „Bauamt auf Zeit“?

Schonlau: *Neben einem großen Abwasserprojekt in Mittelfranken betreuen wir mehrere Kommunen bei der Neuerrichtung ihrer Kinderbetreuungseinrichtungen. Mittlerweile schätzen auch einige Rathäuser die Möglichkeit, den kommunalen Wohnungsbau mit der BayernGrund nach vorne zu bringen. Darüber hinaus werden wir regelmäßig angefragt, punktuelle VgV-Verfahren zu begleiten.*

GZ: Ihr Blick in die Zukunft?

Schonlau: *Die Aufgaben der Rathäuser sind unverändert umfangreich. Angesichts knapper personeller Ressourcen eröffnet das ‚Bauamt auf Zeit‘ die notwendigen Spielräume. Entsprechend bieten wir den kommunalen Entscheidern ein maßgeschneidertes Dienstleistungsportfolio für die anstehenden Aufgaben.*

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage. ❐

Brauereigasthöfe in Existenznot

Versagt der Bund seine Unterstützung?

Bei Bayerns Brauereigasthöfen geht die Existenzangst um. Bis vor wenigen Tagen hatten sie gehofft, auch in den Genuss staatlicher Unterstützung zu kommen, wie sie dem Gastgewerbe insgesamt versprochen wurde. Doch jetzt droht der Bund sie von staatlichen Hilfsgeldern abzuschneiden.

Wie die gesamte Gastronomie sind auch die Brauereigasthöfe in Deutschland seit Anfang November zu erzwungener Untätigkeit verurteilt, geschlossen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Um ein großflächiges Gastronomiesterben zu verhindern, gewährt der Bund die sogenannte Novemberhilfe, die zwischenzeitlich auf den Monat Dezember ausgedehnt wurde: Dem Gast- und Beherbergungsgewerbe wird als Ersatz für die zu tragenden Umsatzausfälle eine Entschädigung in Höhe von bis zu 75 Prozent der Umsätze der Vorjahresmonate ausbezahlt.

„Mischbetriebe“

Doch Brauereigasthöfe sollen, wie jetzt bekannt wurde, als „Mischbetriebe“ durchs Raster fallen. Weil sie neben der Gastronomie und Hotellerie auch eine handwerkliche Brauerei betreiben, hätten sie nur eine Chance auf staatliche Unterstützung, wenn der Außer-Haus-Verkauf der Brauerei an den Handel maximal 20 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht.

Durch das ohnehin wenig gewinnträchtige Geschäft mit Flaschenbier könnten diese handwerklich arbeitenden Brauereien die enormen Verluste, die der erzwungene Stillstand der gastgewerblichen Betriebsteile verursacht, jedoch bei weitem nicht kompensieren, kritisiert Stefan Stang, Hauptgeschäftsführer Private Brauereien Bayern, die Überlegungen des Bundes.

Herber Rückschlag

„Für die vielen Brauereigasthöfe ist das ein herber Rückschlag“, zeigt sich auch Lothar Ebbertz, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Brauerbundes gleichermaßen entsetzt wie enttäuscht. Erst vor wenigen Tagen war Hoffnung aufgekeimt, dass auch die Brauereigasthöfe in den Genuss der für das Gastgewerbe geschnürten Hilfspakete kommen würden. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hatte den Brauern persönlich zugesichert, der Bund habe klargestellt, dass auch Mischbetrieben des Ernährungshandwerks November- und Dezemberhilfe zugestanden werde. Hierzu zählen typischerweise auch „Brauereien mit einer selbst betriebenen gastronomischen Einrichtung“, wie es im Schreiben des Ministers wörtlich heißt.

Unverständnis bei DEHOGA Bayern

Doch jetzt droht der Bund die aufkeimende Hoffnung auf die dringend benötigten Hilfsgelder im Keim zu ersticken.

Eine „offensichtliche Ungerechtigkeit“ beklagt auch der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern und kommentiert die Haltung des Bundes mit völligem Unverständnis. „Ausdrücklich sehe der Gesetzgeber eine Sonderregelung für Gastronomiebetriebe vor, die ihre Leistungen auch im Außerhausverkauf anbieten“, so DEHOGA Bayern-Landesgeschäftsführer Dr. Thomas Geppert, „bis Corona waren gastgewerbliche Betriebe auch seitens der Politik aufgefordert, sich zusätzliche wirtschaftliche Standbeine zu schaffen und dies soll diesen Vorzeigebetrieben nun ausgerechnet zum Verhängnis werden. Wenn Bäckereien und Konditoreien richtigerweise für ihre geschlossenen Cafés Hilfsgelder abrufen können, dann sei es nur recht und billig, auch den staatlicherseits stillgelegten Brauereigasthöfen in dieser für sie existenzgefährdenden Lage zu helfen.“

Mit dem Rücken zur Wand

Christof Pilarzyk betreibt im oberfränkischen Rödental mit seiner Familie einen solchen Privaten Brauereigasthof. Als Vorsitzender der Organisation „Private Brauereigasthöfe und Hotels“ vertritt er die Interessen von 63 deutschen Häusern. „Wir stehen mit dem Rücken zur Wand.“ Der Chef des fast 600 Jahre alten Gasthofes, zu dem seit über 500 Jahren auch eine eigene Brauerei gehört, beklagt Corona-bedingt in diesem Jahr im Gasthof schon 1 Million Euro Verlust.

„Die kleine Brauerei kann das niemals auffangen“ sagt er und fordert bei der staatlichen Unterstützung eine Gleichbehandlung mit anderen Gaststätten und Hotelbetrieben. „Die angeschlossene Brauerei ist das Markenzeichen der Brauereigasthöfe“, so Pilarzyk. Es könne nicht sein, dass ihnen das bei der Inanspruchnahme von Hilfeleistungen nun zum Verhängnis werde. Mit Unverständnis verweist er auf Bäckereien und Konditoreien, die für ihre ebenfalls stillgelegten Cafés Hilfsgelder abrufen können. Sie gelten in den Augen des Bundeswirtschaftsministeriums nämlich als „Gaststätten“, der Thekenbereich als deren Außerhausverkauf – unabhängig von dessen Größe.

Sollte der Bund nicht nachbessern, so die übereinstimmende Ansicht der Branchenvertreter, wären nicht nur die gastgewerblichen Betriebsteile, sondern auch die oft Jahrhunderte alten Familienbrauereien in ihrem Bestand gefährdet. ❐

Hoch hinaus mit Strohballen

Fertigstellung von Süddeutschlands größtem strohgedämmten Gebäude

Im Oktober wurde gefeiert – eher untypisch in Anbetracht der Corona-Lage und den damit verbundenen Auflagen. Doch es gab einen guten Grund: Im bayerischen Plankstetten wurde der Rohbau des größten süddeutschen strohgedämmten Gebäudes gerichtet.

Blick zurück: Die 14 Mönche des Klosters in Plankstetten wollten etwas für den Klimaschutz bewirken – und ließen einen Neubau in innovativer Strohbauweise planen. Dabei half und unterstützte auch Benedikt Kaesberg, Autor der FNR-Broschüre „Strohgedämmte Gebäude“. Es entstand ein dreigeschossiges, 60 Meter langes Gebäude aus vorgefertigten Wandgefachen, die mit Stroh gedämmt wurden.

Nach der feierlichen Grundsteinlegung im Juli folgte das Aufstellen der Bauelemente. Das Richtfest im Oktober lenkte den Fokus über die bayerischen Landesgrenzen hinaus auf die ökologische Strohbauweise: Mit dieser innovativen Art zu bauen kann nicht nur das Klima geschont und ein Nebenprodukt der Landwirtschaft genutzt, sondern auch sichere, mehrgeschossige Gebäude errichtet werden. Im Gebäude finden unter anderem Gästezimmer und eine kleine Kindergarteneinrichtung Platz.

Benedikt Kaesberg stellte Interessenten den Neubau in Plankstetten Ende November beim Online-Strohbau-Symposium vor. Der Bauablauf dieses besonderen Gebäudes wurde medial begleitet, das Ergebnis ist bis 13. Februar 2021 in der Arte-Mediathek verfügbar. ❐

Bund unterstützt Fenstersanierung der Martinskirche mit 3,2 Mio. Euro

MdB Florian Oßner hat im Haushaltsausschuss des Bundestags Erfolg mit dem Landshuter „Jahrhundertprojekt“

„Es war nicht einfach in diesen finanziell angespannten Zeiten – dennoch ist die Entscheidung absolut richtig“, fasste es CSU-Bundestagsabgeordneter Florian Oßner kurz zusammen. Unlängst wurde bekannt, dass die 29 bis zu 20 Meter hohen, spätgotischen Langhausfenster der Stiftsbasilika St. Martin in Landshut nach rund 500 Jahren saniert werden müssen.

Die Gesamtkosten sollen gemäß der Kostenrechnung der Planer knapp 14 Millionen Euro betragen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat nun in der Bereinigungssitzung beschlossen, dieses „Jahrhundertprojekt“ mit einer Bundesförderung in Höhe von insgesamt 3,2 Millionen Euro zu unterstützen, teilte das Haushaltsausschussmitglied Oßner mit. „Dank der raschen Antragstellung und hervorragenden Unterstützung der Stadtkirchenleitung St. Martin konnte ich mich in Berlin für die Fenstersanierung der Stiftsbasilika in der Heimat stark machen und die besondere Bedeutung der Kirche im Entscheidungsgremium hervorheben“, unterstrich Oßner.

Monumentalbau nationaler Bedeutung

Im Vorfeld hatte Oßner die Verantwortlichen der Stadtkirche mit Stiftspropst Monsignore Dr. Franz Joseph Baur an der Spitze in einem persönlichen und konstruktiven Gespräch darauf aufmerksam gemacht, dass die Möglichkeit bestehe, Fördermittel beim Bund über ein Sonderprogramm zu beantragen. Umso mehr ist Oßner dankbar, dass dieser spontane Antrag nach etlichen Gesprächen und Verhandlungen mit den Haushaltskollegen in Berlin - trotz mittlerweile sehr angespannter Finanzlage - nun doch erfolgreich war. „Die enorme Förderung über 3,2 Millionen zeigt, welchen hohen Wert wir der Kirche mit dem höchsten Backsteinturm der Welt sowie mit 130,1 Metern auch dem höchsten Kirchturm Bayerns beimessen. Die Martinskirche in Landshut ist ein gotisches Monumentalbauwerk von nationaler Bedeutung und ein weltweit bekanntes Wahrzeichen. Dies soll auch in Zukunft so bleiben“, unterstrich Oßner.

Nach der Ausführung eines Musterfensters im Rahmen der Entwurfsplanung in 2019 ist derzeit von drei Bauabschnitten mit mehreren Ausschreibungsverfahren für den Zeitraum von 2021 bis 2026 auszugehen. ❐

Breitbandberatung Bayern

Breitbandberatung Bayern GmbH
Alois-Senefelder-Straße 16
D-92318 Neumarkt i. d. OPf.
Telefon: 09181/406 1333
Telefax: 09181/406 1334
info@breitbandberatung.de

Beratung und Planung für Ihre Kommune
www.breitbandberatung.de

Breitband- und Glasfaserausbau · Digitalpakt · Glasfaser-Masterplan
Bitratenanalyse · Mobilfunk · Bauüberwachung
Ausführungsplanung und Leistungsverzeichnis

Als unabhängiges Beratungs- und Planungsbüro verfügen wir über eine breite Expertise aus über 3.000 Förderverfahren für die Umsetzung von Landes- und Bundesförderprogrammen. Wir begleiten Sie vom ersten Beratungsgespräch über die aktuellen Förderprogramme bis zur Stellung des Förderantrags.

Regionale Baukultur:

Bürgerschaftliches Engagement fordern und fördern

Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V. wirkt dem Verlust an gebauter Heimat entgegen

Die Villa „Kakteen Kaiser" in München: abgerissen. Das ehemalige Verstärkeramt in Kochel: im Abriss befindlich. Das wohl älteste Gebäude in Neustadt an der Waldnaab: eingestürzt, teilabgerissen. Das historische Mühlenanwesen in Pressig: vom Einsturz bedroht. Das alte Pfarrhaus in Johannesberg: dringend sanierungsbedürftig.

In vielen Gegenden Bayerns wird der Verlust an regionaler Baukultur zunehmend spürbar und gewachsene Ortsbilder gehen unwiederbringlich verloren. Ehemals unverwechselbare Städte und Dörfer gleichen sich mehr und mehr an und verlieren ihren regionaltypischen Charakter. In allen Landesteilen Deutschlands, nicht nur in Bayern, ist darüber hinaus eine Tendenz zu standardisierten Neubauten ohne Bezug zur örtlichen Bauweise zu beobachten.

Die Hofstelle Stieger in Gonnersdorf, Landkreis Fürth (Mittelfranken): Die Baugruppe aus dem neu errichteten Hofladen und der Alten Schmiede fügt sich harmonisch in das typisch fränkische Ortsbild der giebelständigen Steildachhäuser mit ihren knappen Dachrändern ein. Bild: Vinzenz Dufter

Dieser Entwicklung wirken der Bayerische Landesverein für Heimatpflege und das Denkmalnetz Bayern entschieden entgegen. Sie engagieren sich daher unter anderem in der Fachgruppe „Baukultur und Denkmalpflege" des Dachverbandes Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU).

Das Gesicht wahren

„Es ist eines unserer größten Anliegen, dass Bayerns Dörfer und Städte ihr Gesicht wahren. Denn der Verlust regionaler Baukultur bedingt unweigerlich den Verlust des Gefühls örtlicher Zugehörigkeit," so der Vorstandsvorsitzende des Landesvereins, Dr. Olaf Heinrich.

Unter der Federführung von Prof. Dr. Michael Goer, ehemaliger Landeskonservator für Denkmalpflege in Baden-Württemberg, arbeiteten beide Institutionen ebenso wie der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt und die bundesweit tätige Gemeinschaft zur Förderung regionaler Baukultur e.V. an der Erstellung der Resolution „Zivilgesellschaftliches Engagement für Baukultur und gebaute Heimat" mit.

Dem Landesverein und dem Denkmalnetz ist es dabei besonders wichtig, Bürger umfassend über regionale Baukultur und Denkmalpflege zu informieren, wie Kunsthistoriker Dr. Bernd Vollmar, Sprecher des Denkmalnetzes, betont: „Wir setzen uns dafür ein, dass die für unsere Lebensbedingungen bedeutsame ‚gebaute' Umwelt, also historischer Baubestand, Städte, Dörfer oder Kulturlandschaften, zunehmend in das gesellschaftliche Bewusstsein gerückt wird."

Tradition und Fortschritt

Und Dr. Vinzenz Dufter, Referent für den Fachbereich „Haus und Siedlung" im Landesverein, fügt hinzu: „Der Dialog und auch der Konflikt zwischen Tradition und Fortschritt gehören immer schon zum Wesen der Baukultur und des Denkmalschutzes. Letztlich geht es in diesem Spannungsfeld darum, gute Planungen zur gebauten Raumbildung, schlüssigen Nutzbarkeit, baulichen Nachhaltigkeit, guten Gestaltung von Details und heimatlichen Identität zu finden. Dazu wollen wir ermutigen."

Landesverein und Denkmalnetz setzen sich in ihrer täglichen Arbeit dafür ein, das bürgerschaftliche Engagement in der Bau- und Denkmalpflege in Bayern zu stärken. Sie fordern Politik, Wirtschaft und Verwaltung auf, der Baukultur und der Denkmalpflege mehr Aufmerksamkeit zu widmen – mehr noch, die gebaute Heimat aktiv zu schützen. ❐

Bezirk Schwaben:

Denkmalpreise für Hainsfarth und Unteregg

Mit dem Denkmalpreis würdigte der Bezirk Schwaben in diesem Jahr fünf Sanierungsprojekte, die sich durch fachliche Qualität, finanzielles Engagement, Kreativität und die Bedeutung des Denkmals auszeichnen. „Wer historische Spuren erhält und gleichzeitig neue Wege geht, macht sich um unsere Landschaft besonders verdient", machte Bezirkstagspräsident Martin Sailer deutlich.

Den mit 15.000 Euro dotierten Preis erhielt die Gemeinde Hainsfarth für die Sanierung einer jüdischen Schule. 1810 errichtet, ist das Gebäude heute nach aufwändigen Bauarbeiten - das Gebäude war in seiner Substanz stark geschädigt, das Mauerwerk musste ausgetauscht, Decken, Fachwerksbalken und der Dachstuhl repariert, verstärkt oder erneuert werden - zum Erinnerungsort, Kulturort und Bürgerhaus geworden.

Jüdische Geschichte erlebbar gemacht

558.000 Euro kostete das Projekt, davon trug die Gemeinde 173.500 Euro. Laut Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl ist die jüdische Geschichte Schwabens im Ries nach dem Verlust der Synagogen in Harburg, Nördlingen und Oettingen in Hainsfarth nun wieder erlebbar geworden.

Der mit 7.500 Euro dotierte Sonderpreis, der zweimal vergeben wurde, ging an die Familie Schmölz, die ihr historisches Bauernhaus in Altstädten-Sonthofen sanierte sowie an die Gemeinde Unteregg für die denkmalpflegerische Sanierung des ehemaligen Pfarrhofs, der heute als belebtes Dorfgemeinschaftshaus dient.

Modernes Wohnquartier

Einen undotierten Preis erhielten neben der Sozialbau Kempten GmbH auch die Stadtwerke Augsburg. Während in Kempten die ehemalige Weberei und Schlichterei aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem modernen Wohnquartier wurde, verwandelten die Stadtwerke Augsburg ein historisches Ofenhaus in ein Theater und Restaurant. **DK**

Bayerische Bauordnung:

ByAK begrüßt Änderungen zum Wohnungsbau

... und sieht weiteren Reformbedarf

„Die Förderung und Beschleunigung des Wohnungsbaus zählen aktuell zu den wichtigsten Herausforderungen in Bayern. Die Bayerische Architektenkammer begrüßt deshalb die kürzlich im Bayerischen Landtag beschlossenen Änderungen beim Baurecht. Städte und Gemeinden erhalten nun endlich den seit langem angekündigten rechtssicheren Rahmen für weitere Investitionen.

Dennoch hätte sich die Architektenschaft für das Bauen in Bayern teilweise mutigere Rahmenbedingungen gewünscht: Beispielsweise beim Bauen im Bestand, zur Sicherung der Qualität von Freiflächen und zu den Klimaschutzzielen im Gebäudesektor", so Kammerpräsidentin Christine Degenhart.

Der Bayerische Landtag hat in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (Drs. 18/8547) zugestimmt. Nach dem Inkrafttreten der neuen Bayerischen Bauordnung gilt damit ein verkürztes Abstandsflächenrecht, Dachgeschossausbauten sind genehmigungsfrei möglich und für Anträge von Wohnvorhaben wird eine Genehmigungsfiktion von drei Monaten eingeführt. ❐

Kirchberger Bürgermeister zu Besuch bei Leipfinger-Bader

Erstmals seit der Kommunalwahl im Mai 2020 stattete der Neu-Bürgermeister der Gemeinde Kirchberg, Dieter Neumaier, zusammen mit seinem Stellvertreter Martin Strobl den Leipfinger-Bader Ziegelwerken (LB) am Standort Vatersdorf einen Besuch ab. In einem gemeinsamen Gespräch mit den Geschäftsführern Thomas Bader und Paul Simmerbauer sowie Betriebsleiter Anton Härtl ging es neben einem allgemeinen Austausch auch um die Ist-Situation der Grube Sinnering.

Thomas Bader ging im Rahmen des Termins auf die Entwicklung des Gesamtunternehmens ein und präsentierte die geplanten, richtungsweisenden Innovationen für die Zukunft. Das mittelständische Familienunternehmen hat sich in den letzten Jahren zum Innovationsführer der Branche entwickelt. Mit dem bisher erreichten gibt man sich freilich nicht zufrieden und plant auch in naher Zukunft weitere Investitionen zur Weiterentwicklung des Gesamtunternehmens.

Premium-Anbieter

Erst im März dieses Jahres hat LB beispielsweise 100 Prozent der Anteile an der Tonality GmbH erworben. Die Akquisition verspricht viele Vorteile im Markt und ermöglicht Synergien für die Bauwirtschaft: So gelten sowohl Leipfinger-Bader als auch Tonality als Premium-Anbieter in ihrem jeweiligen Segment, wobei sich Tonality auf die Herstellung ausdrucksstarker, belastbarer Ziegelfassaden in verschiedensten Farben und Formen konzentriert.

Auch im Produktbereich war und ist das Unternehmen umtriebig. Gleich drei Neuheiten stellt man den ausschließlich regionalen Kunden in diesem Jahr zur Verfügung. Innovative Stützendämmschalungen, Rollladenkästen sowie eigens entwickelte dezentrale Lüftungssysteme räumen Bauprofis künftig noch größere Freiheiten bei der Gestaltung und technischen Ausführung von Gebäuden ein und sorgen für mehr Effizienz auf der Baustelle.

Fokus auf energetische Optimierung

Ein Hauptaugenmerk liegt auch immer auf der energetischen Optimierung im Bereich der Ziegelproduktion. „Der Ziegel ist ein ökologischer Vorzeige-Baustoff, der aus natürlichen Rohstoffen aus der Region hergestellt wird. Nichtsdestotrotz investieren wir auch künftig in Forschung und Entwicklung, um das Produkt und die Ziegel-Produktion vor Ort noch nachhaltiger zu gestalten. Hier hoffen wir auch auf die Unterstützung aus der Gemeinde und der Verwaltung", so Geschäftsführer Thomas Bader.

In diesem Zusammenhang kam auch die Ist-Situation rund um den Rohstoffabbau und die Zwischenlagerung in der Grube Sinnering zur Sprache. Hier will Leipfinger-Bader im Dezember den Gemeinderat Kirchberg über den aktuellen Abbaufortschritt informieren.

„Ich bin begeistert, wie sich Leipfinger-Bader in den letzten Jahren entwickelt hat und welche Bereiche neben dem Kerngeschäft Ziegel abgedeckt werden. Über den offenen und sicherlich auch gewinnbringenden Austausch in dieser Runde bin ich sehr erfreut" zeigt sich Bürgermeister Neumaier sehr angetan von dem Gespräch.

Für ihn ist dieser Kontakt nach eigenem Bekunden auch deshalb wichtig, weil seit Generationen viele Bürger aus der Gemeinde Kirchberg über die Regierungsbezirksgrenze hinweg bei der Firma Leipfinger-Bader einen wohnortnahen und sicheren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben. ❐

Visualisierung der neuen Katastrophenschutzhalle im Landkreis Dachau. Bild: Rudolf Hörmann GmbH & Co. KGBild

Spatenstich in Hebertshausen/Landkreis Dachau:

Neue Katastrophenschutzhalle in Holzbauweise

Die Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG, ein Hallenbauer aus Buchloe im Allgäu mit über 60-jähriger Erfahrung im Agrar- und Gewerbebau, setzt mit dem Neubau der Katastrophenschutzhalle in Hebertshausen im Landkreis Dachau erstmalig im Wege einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft ein Bauprojekt um. Das Besondere an diesem Neubau ist die Kombination aus Büro und Halle komplett in Holzbauweise.

Die neue Katastrophenschutzhalle besteht aus Büro und Halle und wird komplett aus Holz errichtet. Lediglich die Decke im Büro ist aus Schallschutzgründen als sogenannte HolzBeton-Verbunddecke realisiert. Nach Fertigstellung ist von außen von der Holzbauweise nichts mehr zu sehen, da sämtliche Wände verputzt werden. Im Inneren des Büros wird alles mit Trockenbau verkleidet, so dass es für den Laien wie eine herkömmliche Bauweise aussieht. Lediglich im Inneren der Halle ist Holz sowohl an den Wänden als auch im Dachbereich in seiner vollen Pracht sichtbar.

Kurze Bauzeit

Durch die vorgefertigte Holzbauweise ist auch die Bauzeit relativ kurz und für die Anwohner sehr geräuscharm realisierbar. Zwischen Katastrophenschutzhalle und der Feuerwehr wird zusätzlich, ebenfalls von HÖRMANN, eine Kalthalle errichtet. Diese bietet z.B. Platz für ein Sandlager und einem Unterstand für Abrollbehälter.

Nachhaltige Bauweise

„Für uns ist es das erste Öffentlich-Private-Partnerschaft-Projekt (ÖPP). Wir freuen uns, dass wir mit unserer wirtschaftlichen und nachhaltigen Bauweise überzeugen konnten", betont Rolf Hörmann, Geschäftsführer der Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG. Der Neubau der Katastrophenschutzhalle ist zugleich auch das erste Bauvorhaben des Landkreises, das als PPP (Public-Privat-Partnership-Projekt) bzw. ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft-Projekt) umgesetzt wird. „Bei diesem Bauvorhaben können wir unsere gesamte Fachkompetenz im Holzbau ausspielen. So entsteht angefangen bei der Entwurfsplanung über die komplette Werkplanung bis zur Ausführung alles im eigenen Unternehmen", freut sich Michael Hörmann, Bereichsleiter Gewerbebau.

Kombination aus Büro und Halle

Hörmann hat sich auf die Kombination aus Büro mit Halle spezialisiert. Das Familienunternehmen verfügt über mehr als 25 Jahre Expertise im Holzbau. Jährlich werden über 500 Holzprojekte im betriebseigenen Zimmereibetrieb mit Fertigungshallen und modernsten Maschinenpark umgesetzt. Auch die erforderlichen Planungsleistungen werden im eigenen technischen Büro mit 100 hauseigenen Technikern und Ingenieuren geplant.

Eckdaten

Eckdaten zum Neubau der Katastrophenschutzhalle in Holzbauweise:

- Voraussichtliche Bauzeit: ca. 13 Monate
- Geplante Fertigstellung: Ende Oktober 2021
- Gebäudegröße insgesamt: 71 x 21 m = 1.562 qm
- Halle ca. 22 x 53 m (ca. 1.150 qm), angebauter Verwaltungsteil ca. 22 x 18 m
- Holzrahmenbau
- Stützenfrei
- Kalthalle mit 15 x 36 m

Die Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG mit Sitz in Buchloe und Niederlassungen in Österreich und in der Schweiz plant und baut Hallen, Ställe sowie Reitanlagen. Die Dächer stattet der Spezialist für Agrar- und Gewerbebau mit Photovoltaikanlagen aus. Als Partner desMittelstands bietet das familiengeführte Unternehmen mit über 60 Jahren Erfahrung alle Leistungen selbst an: Von der 3D-visualisierten Planung, der eigenen Fertigung am Plus-PlusEnergie-Standort Buchloe bis hin zur Montage. Mit seinen rund 700 Mitarbeitern realisiert das Unternehmen jährlich rund 600 Gebäude und steht für Innovation und hohe Qualität.

Weitere Informationen unter https://www.hoermann-info.com ❐

Entscheidung des Landtagspräsidiums am Verfassungstag:

Gedenkobjekt für die Orte der Demokratie in Bayern steht fest

Die Mitglieder des Präsidiums des Bayerischen Landtags trafen am Verfassungstag einstimmig die Entscheidung über das Gedenkobjekt, das künftig an den ausgewählten Orten der Demokratie in Bayern auf deren Bedeutung hinweisen soll. Die Wahl fiel auf den Entwurf der Künstlergemeinschaft Ackstaller & Schweikl aus Kirchdorf (Hallertau), einen goldfarbenen Würfel mit Schriftzügen, gefasst auf einer Steinsäule.

Das Gedenkobjekt wurde unter enger Einbindung des wissenschaftlichen Beirates des Projektes und mit fachlicher Unterstützung des Berufsverbandes der Bildenden Künstlerinnen und Künstler – Landesverband Bayern e.V. durch einen Wettbewerb gefunden.

Aigner: Demokratisches Gemeinwesen stärken

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Wir waren uns unter den Präsidiumsmitgliedern einig, dass dieser Entwurf die vorgegebenen Bewerbungskriterien in umfassender und hervorragender Weise erfüllt. Er spricht auch junge Menschen an, überzeugt sowohl fachlich als auch künstlerisch und berücksichtigt zudem Gesichtspunkte der Barrierefreiheit. Ich freue mich sehr, dass wir mit der Bestimmung des Gedenkobjektes nun einen weiteren wichtigen Schritt bei der Realisierung unseres Projektes „Orte der Demokratie in Bayern“ vorangekommen sind. Ich bin mir sicher: Damit werden wir unser demokratisches Gemeinwesen künftig stärken, und das ist gerade am heutigen Verfassungstag ein schönes und wichtiges Zeichen.“

Der Wettbewerb richtete sich an professionelle Künstlerinnen und Künstler mit einschlägiger Erfahrung und war als sogenannter geschlossener Einladungswettbewerb angelegt. Nach einer offenen Bewerbungsphase im August 2020 waren drei Bewerbungen eingegangen, die nach eingehender Beratung des wissenschaftlichen Beirates auch alle zur zweiten Phase des Verfahrens zugelassen wurden. Zur Unterstützung des Auswahlprozesses wurde mit dem Berufsverband der Bildenden Künstlerinnen und Künstler – Landesverband Bayern e.V. auch externer kunstwissenschaftlicher Sachverstand einbezogen.

Beurteilungskriterien

Maßgebliche Beurteilungskriterien waren u. a. die Umsetzung des Themas in künstlerisch ansprechender Weise und in zeitloser Ästhetik, Umsetzung der vorgegebenen Gestaltungsvorgaben, Transport der Projektbotschaft und die sorgfältige Gestaltung und Tragfähigkeit des Herstellungskonzeptes.

Der Sieger-Entwurf zeigt auf den fünf sichtbaren Seiten eines goldfarbenen Würfels verschiedene thematische Aspekte, zum Beispiel den Schriftzug „ORTe DER DEMOKRATIE IN BAYERN“. Der Würfel besteht aus einer speziellen, äußerst korrosionsbeständigen Messinglegierung und ist gefasst auf einer Steinsäule aus Kelheimer Marmor oder einem anderen ortstypischen hochwertigen Stein.

Erinnerungskultur etablieren

Um Orte, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde, öffentlich sichtbar zu machen und in Erinnerung zu bringen, hat der Bayerische Landtag das Projekt „Orte der Demokratie in Bayern“ ins Leben gerufen. So will das Parlament das Bewusstsein für den Wert der Demokratie schärfen und eine Erinnerungskultur in Form einer aktiven Demokratiearbeit etablieren.

Das sind die Orte

An diesen Orten der Demokratie in Bayern wird das Objekt aufgestellt werden:

- München, Maximilianeum: Seit 1949 Sitz des bayerischen Parlaments.
- Memmingen, Haus der Kramerzunft (1525): Bauernvertreter fordern ihre Rechte ein
- Regensburg, Altes Rathaus (1594/ 1663 – 1806): Sitz des Immerwährenden Reichstags, der Ständevertretung im Heiligen Römischen Reich
- Gaibach (1828/ 1832): Verfassungssäule und Gaibacher Fest
- München, Prannerstraße 8 (1818 – 1934): Sitz des Bayerischen Landtags von 1918 bis 1933/34
- Nürnberg, Saalbau des Industrie- und Kulturvereins (1919): Gründungsort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds
- Bamberg, Spiegelsaal der Harmonie (1919): Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung des Freistaats Bayern
- Vilshofen an der Donau (1919): „Geburtsort“ des politischen Aschermittwochs
- Wohlmuthshüll (1945): Erste freie Wahlen nach dem Ende der NS-Herrschaft
- München, Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität (1946): Tagungsort der „Verfassungsgebenden Landesversammlung“
- Herrenchiemsee, Altes Schloss (1948): Verfassungskonvent
- Passau (1952): Europäische Wochen der Europa-Union
- Ermershausen (1978): Protest gegen die Eingemeindung. ❐

Texte zur Kommunalpolitik in Bayern:

Zukunft vor Ort

„Zukunft vor Ort“ ist das Motto, unter dem Aufsätze und Interviews zu aktuellen Themen der Kommunalpolitik versammelt sind. Die Publikation mit Beiträgen von Expertinnen und Experten konzentriert sich auf die rechtlichen und politischen Grundlagen der Kommunalpolitik, auf ausgewählte Zukunftsvisionen sowie auf die Frage nach Partizipation und Interaktion auf kommunaler Ebene.

Gleichzeitig soll der Blick von der „Arbeitsebene“ aus zeigen, wie vielgestaltig und herausfordernd die Arbeit vor Ort in diesen dynamischen Zeiten aussieht. Das Textangebot wird durch InfoGrafiken ergänzt.

Die Publikation versteht sich als Angebot, die elementare Basispolitik, die den Alltag der Menschen entscheidend prägt, stärker in den Blick zu nehmen. Sie wendet sich sowohl an Praktiker in der Kommunalpolitik als auch an alle Interessierten.

Herausgeber sind die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und die Akademie für Politische Bildung.

https://www.blz.bayern.de/publikation/zukunft-vor-ort-kommunalpolitik-in-bayern.html ❐

Die Wende kommt

Das Netzwerk Junge Bürgermeister diskutiert online über Mobilität im ländlichen Raum

Von Ulf Buschmann

Die Gemeinde Ruhpolding hat Mut bewiesen. Kostenloses Parken gibt es im Ort nicht mehr. Im Gegenteil, wer als Autofahrer im Ortskern der Gemeinde mit ihren knapp 7.100 Einwohnern parken möchte, zahlt acht Euro. Dies sei vergleichsweise viel Geld, meint der Erste Bürgermeister Justus Pfeifer. Im Gegenzug gebe es einen Einkaufsgutschein. Was anderswo kaum gelingt, nämlich den Autoverkehr aus den Zentren der kleinen und mittleren Städte und Gemeinden herauszuhalten, sei in Ruhpolding gelungen, erklärt Pfeifer nicht ohne Stolz.

Um auf diesem Wege mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erreichen, bedürfe es aber des Willens von Politik und Verwaltung, das Ziel durchzusetzen. Nicht nur Pfeifer bekräftigte dies. Andreas Borgmann, Mobilitätsplaner der Stadt Neu-Ulm, stieß ins gleiche Horn. Beide, der Schwabe und der Oberbayer, wissen: Für ein Konzept, wie es in Ruhpolding funktioniert, ist ein langer Atem notwendig. Denn nicht nur Politik und Verwaltung, auch die Akteure der Stadtgesellschaft wie die Gewerbetreibenden müssten eingebunden werden.

Das Ruhpoldinger Modell ist eines der Beispiele, wie Mobilität im ländlichen Raum in der Zukunft aussehen kann. Über dieses Thema diskutierten Mitglieder des Netzwerks Junge Bürgermeister Anfang Dezember in einer Onlinekonferenz. Dabei zeigte sich: Die Mobilität der Zukunft im ländlichen Raum brennt allen unter den Nägeln. Und: Fachleute wie Dr. Manfred Michl vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und Maximilian Rohs, Senior Manager für Infrastruktur und Mobilität des Beratungsunternehmens Price Waterhouse Coopers (PwC) waren überzeugt, dass sich die Mobilitätswende mittel- und langfristig nicht aufhalten lässt.

Integrierte, intelligente Konzepte sind gefragt

Rohs zeigte in seinem Impulsvortrag: Noch immer leben rund 50 Prozent der Deutschen in ländlichen Räumen. Mobilität, so der PwC-Fachmann, sei nicht nur eine Frage des Verkehrs. Angesichts der älter werdenden Bevölkerung habe Mobilität auch etwas mit Daseinsvorsorge und gesellschaftlicher Teilhabe zu tun. Für die Zukunft seien integrierte, intelligente Konzepte erforderlich. Rohs stellte die Gegenwart gegenüber: Angesichts fehlender Infrastruktur und Angebote sind Menschen in ländlichen Räumen zu 80 Prozent mit dem Auto unterwegs.

Lösungsvorschläge

Rohs hatte vier Lösungsvorschläge im Gepäck: Den öffentlichen Nahverkehr auf die Hauptachsen einer jeden Region mit Zulauf auf die Mittel- und Oberzentren konzentrieren, On-Demand-Angebote ausbauen, Sharing-Angebote aufbauen und das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit einbeziehen. Letzteres gibt es bereits im Bereich der Bürgerbusse. Rohs sprach sich dabei gegen Insellösungen aus. Vielmehr müssten alle Angebote auf einer Plattform beziehungsweise einer App gebündelt werden.

Das alles gehe zwar auf den ersten Blick ins Geld – laut Rohs wird der Zuschussbedarf für den öffentlichen Nahverkehr von 200 Millionen Euro im Jahr 2018 auf etwa 900 Millionen 2030 steigen. Jedoch: Jeder in den Nahverkehr investierte Euro habe einen Nutzen für die Region. Der Faktor liege heute bei 2,5 und werde 2030 bei 3,8 liegen.

Forschungsprojekt zum autonomen Verkehr

Wie die Mobilität der Zukunft praktisch aussehen kann, wurde in einer Präsentation von Dominik Brasch, Bürgermeister der Stadt Bad Soden-Salmünster, klar. Die Kommune beteiligt sich an einem Forschungsprojekt der Fachhochschule Frankfurt zum autonomen Verkehr: Ein Fahrzeug ist im Kurgebiet von Bad Soden unterwegs – zurzeit allerdings noch mit einem menschlichen Operator an Bord.

In der Gemeinde Haßmersheim in Baden-Württemberg geht es da analoger zu. Dort, so erläuterte Bürgermeister Michael Salomo, habe die Gemeinde einen Bürgerbus angeschafft. Dieser sei seit 2019 unterwegs und werde bei der Bevölkerung gut angenommen.

Der Bürgerbus verkehrt innerhalb in der Gemeinde im Ein-Stunden-Takt und hält für die Bürger auch abweichend von der festgelegten Route. Dieses sei gerade für ältere, in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen wichtig.

Gerade erst wenige Wochen online „Das Nachschlagewerk rund um das Thema Mobilität vor Ort“ – der Untertitel für die Plattform Mobilikon. Das Projekt stellten BMI-Mann Michl und Manuela Schade vom Bundesinstitut für Bau, Stadt und Raumforschung (BBSR) vor. Mobilikon sei eine Wortkombination von Mobilität und Lexikon. Dahinter stecke die Absicht, einen Überblick über Angebote und Projekte zum Fortkommen.

Plattform Mobilikon

Doch nicht nur das, wer sich auf der Seite unter www.mobilikon.de umschaut, entdeckt zahlreiche Beispiele aus der Praxis wie die „PlusBusse“ im Landkreis Potsdam-Mittelmark, kann sich über Maßnahmen wie Radschnellwege und die entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen dazu informieren und kommt zum Partnernetzwerk „Nationales Kompetenznetzwerk für nachhaltige Mobilität“ (NaKoMo).

Natürlich sei Mobilikon mit seinem derzeitigen Umfang erst der Anfang. Das betreuende BBSR beziehungsweise das BMI möchten das Angebot zügig ausbauen. Michl forderte die Teilnehmer der Online-Konferenz deshalb aus, Informationen und Erfahrungen aus allen Bereichen der Mobilität zu liefern. ❐

Regionale Energiewende mit Wasserstoff

Energienetze Bayern forcieren das Erdgasnetz der Zukunft

Unter dem Motto „Erdgas statt Öl“ informieren die Energienetze Bayern (Netzbetreibertochter der Energie Südbayern) aktuell Hausbesitzer in ihrem Versorgungsgebiet, wie diese mit Investitionen in moderne und effiziente Erdgas-Brennwerttechnik nicht nur den Geldbeutel, sondern in hohem Maße auch die Umwelt schonen. Nun wird der Verteilnetzbetreiber auch auf anderer Ebene aktiv: „Im Verbund mit 32 weiteren Unternehmen des Gasfachs haben wir im Rahmen des Projektes ‚H2vorOrt‘ einen Plan erarbeitet, wie die Erdgasinfrastruktur fit für klimaneutrale Gase und Wasserstoff gemacht werden kann“, erläutert Michael Schneider, Geschäftsführer der Energienetze Bayern. „Unser gemeinsames Anliegen ist es, ein konkretes Szenario aufzuzeigen, wie eine regionale und sichere Versorgung mit klimaneutralen Gasen bundesweit ausgestaltet werden kann.“

Um bis zum Jahr 2050 das große Ziel „Klimaneutralität“ zu erreichen, ist es notwendig, den Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu steigern und diese der Industrie, der Mobilität und dem Wärmemarkt unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Klimaneutrale Gase und insbesondere Wasserstoff spielen hierbei eine besondere Rolle – und damit auch die Erdgas-Verteilnetze, über die die umweltfreundliche Energie zu den Verbrauchern gelangt.

Regionales Gasnetz ist Baustein der Energiezukunft

Das Erdgas-Verteilnetz ist mit einer Vielzahl angeschlossener Kunden ein wesentlicher Baustein für die CO2-neutrale Zukunft des Energiemarktes. Wie heute bereits Erdgas, kann künftig auch Wasserstoff als Energieträger über die regionale Gasinfrastruktur jedermann zur Verfügung gestellt werden und sowohl die regionale Industrie als auch die Wärmeversorgung der Haushalte dekarbonisieren.

Der Plan, mit dem die im Projekt „H2vorOrt“ zusammengeschlossenen Unternehmen das Erdgasnetz transformieren wollen, umfasst drei Schritte: die Schaffung eines überregionalen Erdgasnetzes als „Rückgrat“ der Versorgungsinfrastruktur, den Aufbau dezentraler Erzeugungsanlagen in Deutschland sowie die Einspeisung von Biomethan und klimaneutralem synthetischen Methan. Damit sollen die infrastrukturellen Grundlagen geschaffen werden, um in den nächsten Jahren eine ausreichende Verfügbarkeit von Wasserstoff und anderen erneuerbaren Gasen zu gewährleisten.

Steigender Anteil klimaneutraler Gase im Netz

Eine Versorgung mit Wasserstoff und klimaneutralen Gasen über die Verteilnetze ist nicht nur sinnvoll, sondern auch technisch möglich. Die Energienetze Bayern haben sich gemeinsam mit den ihren Projektpartnern vorgenommen, den Anteil erneuerbarer Gase im Netz in mehreren Schritten zu erhöhen – von zunächst 20 Prozent bis auf 100 Prozent im Jahr 2050. Bereits heute werden in das 9.875 Kilometer lange Netz der Energienetze Bayern jährlich ca. 200 Mio. Kilowattstunden Biogas eigespeist. Um den Transformationsprozess der Gasverteilnetze weg von fossiler und hin zu CO2-neutraler Energie zügig voranzubringen, arbeiten die Projektpartner intensiv an der Überarbeitung der technischen Regeln und Normen sowie der Anpassung gesetzlicher Regelungen. Somit soll der schnelle Aufbau eines Marktes für den Energieträger Wasserstoff vorangebracht werden. ❐

Pilotprojekt „Büropraktiker Leichte Sprache“

Inklusion: Bezirk Schwaben bietet einen von bundesweit dreizehn Praxisstellen an

Kurze Sätze, einfache Wörter und Bilder – das sind drei Merkmale der „Leichten Sprache“. Zum Einsatz kommt sie, damit beispielsweise Menschen mit Behinderung, einer Lern- oder Leseschwäche oder mit Migrationshintergrund, Inhalte leichter verstehen können. Ein neues bundesweites Projekt „Fachkraft Leichte Sprache“ mit 13 Plätzen qualifiziert Menschen mit Lernschwierigkeiten im dualen Modell aus Theorie und Praxis zum „Büropraktiker Leichte Sprache“.

Einen davon bietet der Bezirk Schwaben in Kooperation mit dem Projekt „Fachkraft Leichte Sprache“ und den Ulrichswerkstätten Hochfeld der Caritas Augsburg Betriebsträger (CAB) über einen ausgelagerten Arbeitsplatz für Werkstatt-Beschäftigte an. „Wir sind stolz darauf, mit diesem tollen Projekt zur Inklusion und folglich zur Chancengleichheit beitragen zu können“, betont Bezirkstagspräsident Martin Sailer.

Er begrüßte Denis Schreiber zum Projektstart in der Bezirks-Hauptverwaltung. „Mir ist wichtig, dass jeder das gleiche Recht hat zu verstehen“, betont Schreiber. „Mein Ziel ist, dass Informationsmaterial in leichter Sprache, vor allem in Behörden, verfügbar ist und öffentlich ausliegt. Wenn man danach fragen muss, ist das oft mit Scham oder der Angst, ausgelacht zu werden, verbunden.“ Im kommenden Jahr wird Schreiber verschiedene Stationen der Hauptverwaltung wie die Post- und Pressestelle durchlaufen, das Projekt „Leichte Sprache“ voranbringen und nach erfolgreichem Abschluss „Büropraktiker für Leichte Sprache“ sein.

Im Rahmen des Projektes arbeitet Schreiber mit so genannten Übersetzern zusammen, die schwer verständliche Begriffe, beispielsweise in Gesetzestexten und in der Behördensprache, in leichte Sprache umwandeln. Schreibers Aufgabe ist es zu prüfen, ob er die übersetzten Texte versteht: Dies ist Voraussetzung dafür, dass auch andere, für die schwierige Texte im Alltag eine Hürde darstellen, diese verstehen können.

Landrat Sailer möchte Denis Schreiber gerne fest beim Bezirk anstellen, damit die Fachabteilung langfristig von seiner Komptenz profitieren. ❐

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Stadt Zirndorf, ca. 26.000 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
01.05.2006.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Mein Vor-Vorgänger, Altbürgermeister Virgilio Röschlein, war mein Nachbar und hat mich „bearbeitet“, bis ich 1984 erstmals für den Stadtrat antrat. Seine Persönlichkeit und sein Wille, etwas für Zirndorf erreichen und verbessern zu wollen, haben mich seit jeher beeindruckt und letztlich überzeugt.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich bin 1990 in den Stadtrat und den Kreistag gewählt worden, wurde 1995 Fraktionssprecher der SPD, 2002 Zweiter Bürgermeister. Zudem bin ich „gelernter“ Verwaltungsbeamter, was mir natürlich den Einstieg enorm erleichtert hat.

Thomas Zwingel
Erster Bürgermeister der Stadt Zirndorf
Erster Vizepräsident und stv. Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Bezirk Mittelfranken

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Sanierung unserer Altstadt und der Ausbau der Kinderbetreuung waren die Hauptthemen damals.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Der Neubau einer Kita im Stadtteil Winterstorf, die Planung einer neuen Feuerwache und natürlich (leider) Corona.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Wir wollen ein neues Gewerbegebiet schaffen, die Digitalisierung von Schulen und Verwaltung beschäftigt uns und auch Corona lässt uns sicher nicht los.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Lasst euch nicht entmutigen, auch wenn es mal etwas länger dauert.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Regelmäßige Abteilungsleiterbesprechungen, Rücksprachen mit den einzelnen Mitarbeitern sind bei uns Standard. Wann immer möglich, beziehen wir die Bevölkerung in Bürgerbeteiligungsprojekten und Workshops mit ein.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Das Thema „Digitalisierung“ wird uns in Verwaltung und Politik nicht mehr loslassen. Unser Sitzungsdienst, der Abruf von diversen Verwaltungsleistungen und und und, alles digital. Das wird sicher noch weiter ausgebaut werden müssen. Und auch das Thema „Mobiles Arbeiten“ oder „Home Office“ wird Auswirkungen haben
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Da bricht vielleicht der alte Lateiner durch: „Was auch immer du tust, tue es mit Verstand und bedenke das Ende.“
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Das überlasse ich den Bürgern. Mir würde das „fränkische Lob“ reichen: „Bassd scho“. ❐

Würzburg ist Modellort

Studie zur Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bildungssektor

Bildung wird längst nicht mehr nur von öffentlicher Seite gestaltet. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure, wie Stiftungen, Vereine und Initiativen, tragen heutzutage zur Vielfalt der Bildungsangebote bei – auch in Würzburg. Die kreisfreie Stadt wurde jetzt, zusammen mit Eisenach und den Landkreisen Nordhausen und Forchheim, als Modellort für das Forschungsprojekt ZivilKoop ausgewählt, das die Kooperationsbeziehungen zivilgesellschaftlicher Akteure im Bildungsbereich untersucht.

Durchgeführt wird das Forschungsprojekt vom Deutschen Jugendinstitut (DJI), dem größten außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut im Bereich Kinder, Jugendliche, Frauen und Familie. Die Studie ist auf drei Jahre angelegt und wird durch Mittel des Europäischen Sozialfonds sowie Bundesmittel finanziert. In einem ersten Schritt werden nun empirische Untersuchungen durchgeführt, die dabei helfen sollen, einen Überblick über alle Bildungsakteure, die verschiedenen Angebote und ihre Zielgruppen zu erhalten. Zu diesem Zweck werden derzeit Umfragen unter den entsprechenden Akteuren durchgeführt. Sie laufen noch bis Ende Dezember.

Folgende Fragen werden untersucht:

- Wie beschreiben zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Arbeit und ihr Engagement?
- Welches Bildungsverständnis legen zivilgesellschaftliche Organisationen ihrer Arbeit zugrunde?
- Was sind die wichtigsten Beweggründe von zivilgesellschaftlichen Organisationen Kooperationsbeziehungen aufzunehmen?
- In welchen Formen erfolgt der Austausch zwischen Kooperationspartnern und wie intensiv sind die Kooperationsbeziehungen?
- Wie werden die kommunalen Kooperationsbeziehungen seitens der zivilgesellschaftlichen Organisationen bewertet?

Einbindung der Modellorte

Bereits in diesen Prozess sind die Modellorte aktiv mit eingebunden, indem sie die Möglichkeit haben eigene Forschungsfragen im Fragebogen zu platzieren. Außerdem ist das DJI an den Einschätzungen der Fachstellen mit Bildungsplanungsbezug interessiert. Daher finden regelmäßige Interviews und virtuelle Austauschmeetings mit Mitarbeitern des Sozialreferats und des Bildungsbüros statt. Nadine Bernard, Leiterin des Bildungsbüros der Stadt Würzburg, freut sich, Teil des Projektes zu sein: „Der Mehrwert für die Kommune ist groß, denn durch die Teilnahme an dem Forschungsprojekt erhalten wir einen tieferen Einblick in die große Bandbreite an zivilgesellschaftlichen Akteuren und Organisationen in Würzburg. Gerade in Bezug auf deren Bildungsorte und Bildungsangebote sind wir sehr neugierig auf die Ergebnisse der derzeit laufenden Onlinebefragung.“

Im weiteren Verlauf soll es bei der Studie auch darum gehen, auf Basis der gewonnenen Informationen und in Zusammenarbeit mit den Bildungsakteuren vor Ort eine Strategie zur kooperativen, bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Bildungslandschaft zu erreichen.

„Wir sind stolz darauf, als einer von 4 Modellorten bei dem Forschungsvorhaben dabei zu sein und dadurch dem für eine vielfältige Bildungslandschaft so wichtigen Sektor zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken“, sagt Judith Jörg, Bürgermeisterin und Leiterin des Bildungs-, Schul- und Sportreferats.

Registrierung

An der Studie interessierte Vereine und Stiftungen, die keine Einladung erhalten haben und sich trotzdem angesprochen fühlen, können sich über den ZivilKoop-Projektblog zur Teilnahme an der Befragung registrieren: https://zivilkoop.de/zivilkoop-online-survey/https//zivilkoop.de-online-survey/ ❐

Auszeichnung für Stadtbücherei Würzburg:

Gütesiegel „Bibliothek – Partner der Schulen“

Die Stadtbücherei Würzburg wurde zum 9. Mal in Folge mit dem Gütesiegel „Bibliotheken – Partner der Schulen“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wird seit 2006 jährlich bzw. zweijährlich vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus vergeben. Sie würdigt das große Engagement von Bibliotheken hinsichtlich der Kooperation mit Schulen in den Bereichen Leseförderung, Lesesozialisation und Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz.

Das Angebot der Würzburger Stadtbücherei für Schulen umfasst alle Jahrgangsstufen und folgt einer systematischen Abfolge einzelner aufeinander aufbauender Module. Darunter fallen u.a. Klassenführungen wie die spielerische Bibliothekseinführung „Die Reise zum Büchereistern“, die Recherchеführung „Eine Reise um die Welt“ oder die Bücherschatzführung für Grundschulen.

Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Jahrgangsstufen können die Bücherei bei der Action-Bound-Rallye mit Tablets multimedial erkunden. Das Book-Casting oder die Book-Slam®-Veranstaltungen sollen Spaß am Lesen wecken, während die Schülerinnen und Schüler bei den Jugendbuchwochen die Begegnung mit „echten“ Autorinnen und Autoren im Rahmen von Vorleseaktionen, Schreibwerkstätten und Lesungen erleben.

Gefahren im Netz

Der Workshop „#netzfallen“ veranschaulicht den Teens, welche Gefahren im Netz lauern können und nicht zuletzt vermitteln die Recherchetrainings für unterschiedliche Klassenstufen profunde Kenntnisse zum Auffinden von Sachinformationen für Referate oder Facharbeiten.

Vorne: Liv Heim (r) und Angelika Riedel: Mitarbeiterinnen der Stadtbücherei; hinten: Martha Maucher (Leiterin der Stadtbücherei) und Oberbürgermeister Christian Schuchardt Bild: Manfred Ullrich

Von den 300 Veranstaltungen, die die Kinder- und Jugendbücherei jährlich – von den Bücherbabys bis zum Erreichen des Schulabschlusses – anbietet, richten sich rund 200 an Schulklassen. Damit erreicht die Stadtbücherei mehr als 5.300 Schülerinnen und Schüler.

Individuelle Medienkisten

Darüber hinaus stehen den Lehrkräften Klassensätze mit Unterrichtsmaterialien zur Ausleihe zur Verfügung. Medienkisten mit Kinder- und Jugendromanen zur Ergänzung der Klassenbücherei oder zu den verschiedensten Sachthemen werden vom Büchereiteam für die einzelnen Lehrkräfte individuell zusammengestellt.

Wissenschafts- und Kunstminister Bernd Sibler und Kultusminister Michael Piazolo haben in diesem Jahr insgesamt 76 Bibliotheken aus allen bayerischen Regierungsbezirken, darunter 36 kommunale Bibliotheken, mit dem Gütesiegel „Bibliotheken – Partner der Schulen“ ausgezeichnet. Beide heben die Rolle der Bibliotheken als verlässliche Partner der Schulen hervor und loben sie in ihrem Engagement, junge Menschen für das Lesen zu begeistern und sie so in ihrer Lesekompetenz zu stärken. Bibliotheken werden durch die Auszeichnung als Bildungspartner und Lernbegleiter wertgeschätzt, da sie einen wichtigen bildungspolitischen und gesellschaftlichen Beitrag im Bereich der Leseförderung und der Vermittlung von Informationskompetenz und Recherchefähigkeiten leisten.

Weitere Informationen zum umfangreichen Angebot der Stadtbücherei für Schulklassen: www.stadtbuecherei-wuerzburg.de ❐

Lagerung des Corona-Impfstoffs:

Erste Ultratiefkühlschränke ausgeliefert

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml besuchte Lagerzentrum für Impfstoffe in Oberfranken

Die Vorbereitungen für Corona-Impfungen in Bayern schreiten weiter voran. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml erläuterte in München dass die bayernweite Auslieferung der Ultratiefkühlschränke an die entsprechenden Lagerzentren in den Regierungsbezirken inzwischen abgeschlossen sei. Bayern habe bereits frühzeitig mit der Beschaffung wichtiger Sachmittel für die Corona-Impfungen begonnen, damit nach der für Dezember oder Januar erwarteten Auslieferung des Impfstoffs umgehend mit den Impfungen begonnen werden könne.

Die Ministerin hatte anlässlich der ersten Lieferungen das Impfstoff-Lagerzentrum in Oberfranken besucht, um sich selbst vor Ort ein Bild zu verschaffen. Aus Sicherheitsgründen gibt das Ministerium die Ortsnamen derzeit nicht bekannt.

Ministerin Huml geht davon aus, dass im Freistaat Bayern bis Mitte Dezember ein solides Fundament für die Impfungen geschaffen ist. „Dazu gehört nicht nur der unermüdliche und hochengagierte Einsatz der Verantwortlichen in den Kreisen und Städten sowie der Verbände und Organisationen, sondern auch kluge und rechtzeitige Beschaffungen“, so die Ministerin.

Sehr hohe technische Anforderungen an Qualität und Sicherheit

Die Ultratiefkühlschränke gewährleisten bayernweit die Möglichkeit einer gleichzeitigen Einlagerung von bis zu drei Millionen Impfdosen mit einem entsprechenden Kühlbedarf. Die 40 Ultratiefkühlschränke verfügen über besondere Schutzmaßnahmen zur Ausfallsicherheit und sind in den Lieferzentren an ein entsprechendes Überwachungssystem angeschlossen.

Weitere Geräte wurden bereits auch an Lagerzentren in Unterfranken, Schwaben und Mittelfranken geliefert. Die Belieferung und Inbetriebnahme an den restlichen Standorten war bis zum 11. Dezember 2020 abgeschlossen.

Differenziertes Anforderungsprofil

Die bislang bekannten Impfstoff-Kandidaten haben nach bisher vorliegenden Informationen sehr unterschiedliche Anforderungen an die Liefer- und Lagerungslogistik. Ein bereits in der Zulassungsprüfung befindlicher Impfstoff der Firma BioNTech benötigt dazu beispielsweise eine Temperatur von -75 Grad bei Transport und Lagerung.

Die Impfstoffe von BioNTech werden passiv mit Trockeneis gekühlt vom Hersteller bei den Lagerzentren angeliefert und dann in die Ultratiefkühlschränke von speziell geschultem Personal eingelagert.

Weitere Verteilung durch Kühllogistiker

Von den Lagerzentren übernimmt ein Kühllogistiker, je nach Impfstoffbedarf der regionalen Impfzentren, die weitere Verteilung des BioNTech-Impfstoffs. Dieser Impfstoff kann nach der Entnahme aus den Lieferzentren und der Verteilung an die regionalen Impfzentren auch in normalen Arzneimittelkühlschränken gelagert werden, sodass die Impfzentren keine speziellen Hochleistungskühlschränke benötigen. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bilanz nach einem Jahr Klima- und Repair-Cafés

Landrat Richard Reisinger dankt den vielen Ehrenamtlichen

Amberg-Sulzbach. Linda Trager ist seit etwas mehr als einem Jahr Projektleiterin der Klima- und Repair-Cafés im Landkreis Amberg-Sulzbach. Für ihr erstes Jahr kann sie, der Pandemie zum Trotz, für die Klima und Repair-Cafés eine äußerst positive Bilanz ziehen. Mit 212 erfolgreichen Reparaturen konnten insgesamt 8,9 Tonnen an CO2 eingespart werden. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre dies aber nicht möglich gewesen. Als Zeichen der Anerkennung überreichten Landrat Richard Reisinger und Linda Trager nun eine Dankurkunde. Brigitta Hofmann durfte diese Urkunde stellvertretend für die 45 ehrenamtlichen Helfer als Reparateure und Organisatoren vor Ort im Landratsamt Amberg-Sulzbach in Empfang nehmen.

„Ohne die Unterstützung der freiwilligen Helfer wäre ein gemeinnütziges Projekt wie die Klima- und Repair-Cafés nicht zu stemmen“, lobte der Landkreischef das Engagement der Ehrenamtlichen. Bei den Klima- und Repair-Cafés erhalten Besucher von den ehrenamtlichen Helfern Unterstützung bei der Instandsetzung ihrer defekten Gegenstände.

Am liebsten hätten Landrat Richard Reisinger und Linda Trager (li.) allen ehrenamtlichen Helfern die Dankurkunde persönlich überreicht, aber das lässt die Pandemie derzeit nicht zu. Deshalb bekam Brigitta Hofmann (Mitte) stellvertretend für alle Unterstützer die Urkunde überreicht. Bild: Christine Hollederer

Generationsübergreifende Veranstaltungen

Dabei handelt es sich laut Linda Trager nicht selten um soziale und generationsübergreifende Veranstaltungen. So reparieren auch mal Opa und Enkel gemeinsam. Der jüngste Reparateur ist acht Jahre, berichtet Linda Trager. Sein Wissen habe er vom Vater erworben, der auch in der Projektgruppe tätig ist.

Repariert werden Elektrokleingeräte, Kleidung und Fahrräder. „Die ehrenamtlichen Helfer konnten über die Hälfte der Gegenstände instandsetzen“, so Trager. Die Besucher brachten vor allem elektrische Haushaltsgeräte, gefolgt von Foto-, Video- und Audiogeräten. Die höchste Erfolgsquote konnte laut Projektleiterin im Bereich Textil erzielt werden.

Neben dem Angebot einer Reparaturunterstützung wird in den Klima- und Repair-Cafés auch Kaffee und Kuchen kostenlos ausgegeben, selbstverständlich nur, sofern dies die Corona-Pandemie erlaubt. Das Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit e.V. (ZEN) vermittelt zudem mithilfe von Plakaten Wissen zu den Themen Mobilität, nachhaltiger Konsum, ökologischer Fußabdruck und Klimawandel. Anlässlich des internationalen Reparaturtages am 17. Oktober wurde der Dokumentarfilm „Welcome to Sodom“ gezeigt.

Terminverschiebung wegen Corona

Die Klima- und Repair-Cafés sollen im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Dabei wird das Projekt auf die Gemeinde Ursensollen erweitert, die die Eröffnung ihres Repair-Cafés aufgrund der Coronakrise auf den 27. März 2021 verlegen musste. Die Ausweitung des Projekts auf weitere Kommunen ist im Sinne des Zentrums für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit e.V., das bei der Umsetzung unterstützt. „Ziel ist eine flächendeckende Erweiterung und Verstetigung durch die Eigeninitiative der Landkreisbürger“, sagt Trager.

Die einzelnen Termine der Klima- und Repair-Cafés können auf der Homepage des ZEN unter www.zen-ensdorf.de und im Flyer, der in den beteiligten Kommunen ausgelegt wurde, eingesehen werden. Auch in der Presse werden die Termine zeitnah bekanntgegeben. Aufgrund der Covid-19-Pandemie kann es jedoch zu kurzfristigen Änderungen bei den Veranstaltungen und deren Ausführung kommen. Alle Angaben sind daher unter Vorbehalt.

Wer sich am Projekt Klima- und Repair-Café beteiligen möchte, egal ob als Reparateur, Organisator oder Kuchenbäcker, der kann dies jederzeit tun. Kontaktaufnahme erfolgt über die Projektleiterin Linda Trager unter 09624 903-648 oder l.trager@zen-ensdorf.de. ❐

Neue Ära der Zusammenarbeit

Bildungszentrum Burg Schwaneck freut sich über direkten Kontakt zum Bezirk Oberbayern / Neue Programmförderung

Pullach. „Mit der Unterzeichnung neuer Verträge besiegeln der Bezirk Oberbayern und die Jugendbildungsstätte Burg Schwaneck des Kreisjugendring München-Land eine neue Ära der Zusammenarbeit.“ Vorstand Jan Museler ist glücklich, dass mit diesem Schritt die vielen konstruktive Gespräche Früchte tragen. Auf Wunsch der Mitglieder des Bezirkstags werden sich damit neben dem Bildungszentrum Burg Schwaneck auch die beiden anderen oberbayerischen Jugendbildungsstätten (Jubis) in Königsdorf und Benediktbeuern zukünftig direkt in der Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit einbringen.

Der neue Kooperationsvertrag, der ab 1. Januar 2021 gültig ist und bis Ende 2030 läuft, garantiert dadurch lange Planungssicherheit für die drei Jubis. Nicht der einzige Vorteil, wie der KJR-Vorstand weiß, denn so habe man künftig einen unmittelbaren Kontakt zu den gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern des Bezirkstags Oberbayern. „So können unsere Ideen und die Belange ohne Umwege an den richtigen Stellen verortet werden und wir bekommen eine höhere Förderung.“

Programm im Internet

Der Bezirk Oberbayern unterstützt ab 2021 auch die Programme der Demokratie- und politischen Bildung. Diese und alle weiteren Fort- und Weiterbildungsangebote für das kommende Jahr können ab sofort auch auf www.burgschwaneck.de eingesehen und gebucht werden. ❐

V. l.: KJR-Vorstand Jan Museler und Bezirkstagspräsident Josef Mederer. Bild: Kreisjungendring München-Land

Hallbergmoos trauert:

Bürgermeister Harald Reents tot aufgefunden

Fassungslosikeit herrscht in der Gemeinde Hallbergmoos. Erster Bürgermeister Harald Reents wurde am Montag tot in seiner Wohnung aufgefunden.

Die Polizei ermittelt. Nach bisherigen Erkenntnissen wird Fremdverschulden ausgeschlossen. Vielmehr soll ein „häuslicher Unfall“ zum plötzlichen Tod des 41-Jährigen geführt haben.

Am 12. Dezember feierte Reents Geburtstag. Via Facebook sandte er tags darauf eine Grußbotschaft: „Liebe Facebook-Gemeinde, ich bin überwältigt! Zu meinem gestrigen Geburtstag haben mich ziemlich genau 500 (!) Glückwünsche erreicht.“ Und auch wenn die „Feier“ „ein krasses Gegenteil zu der vor einem Jahr war“, habe er den Tag sehr genossen. „Ich hab es mir einfach daheim gut gehen lassen und mich kulinarisch verwöhnt, damit auch Kraft getankt für die neue Woche“, so Reents. „Lasst uns mit guter Laune, Abstand und Vernunft die kommenden Wochen gemeinsam meistern!“ ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Wir sind in einer Zeit hoffnungsvoller Erwartung. Wenn er kommt, sollte sich allmählich alles zum Besseren wenden.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat einen für meinen Geschmack zu weihnachtlichen Ton gewählt, als er in dem im Aufbau befindlichen Impfzentrum in unserer Stadt einen kurzen Besuch machte.

Aber ich denke, die Zuhörer werden es ihm nachsehen. Nachdem ja noch keine wirksame Therapie gegen COVID-19 gefunden wurde, ist halt für den Chef wie für viele andere Mitbürger „er“, der Impfstoff, die derzeit beste Hoffnung auf ein sich wieder normalisierendes Leben.

Noch steht ja wohl nur fest, dass die Impfung freiwillig sein wird, aber der Impfstoff nicht frei verfügbar sein soll, sondern in Tranchen besonderen Gruppen zugänglich gemacht wird. Was allerdings bisher an Empfehlungen verschiedener Gremien an die Öffentlichkeit gekommen ist, lässt einen ratlos zurück. Ein primär am Alter orientiertes System nach dem Motto: Je älter, desto eher geimpft. Wenn das so kommt, werden wir wahrscheinlich das einzige Land sein, das die Menschen, die die Gesellschaft am Laufen halten, also Polizisten, Feuerwehrler, Notfallsanitäter, Lehrkräfte, Erzieher oder die Entscheidungsträger in Behörden, die Verantwortung für viele Menschen tragen, erst unter „ferner liefen“ in der Priorität führt und weiß der Henker wann erst impfen wird.

Die Freundschaft der Generationen nicht verspielen!

Wer natürlich wieder gar nicht in der Prioritätenliste vorkommt sind die jungen Leute. In einer Sonntagszeitung war von einem 28jährigen zu lesen, der aufgrund einer Muskelerkrankung zur red-level-Risikogruppe gehört, sich seit Februar nur für unaufschiebbare Behandlungen aus dem Haus traut und der – würde das empfohlene Szenario Wirklichkeit – zusehen müsste, wie ein 70jähriger Träger des goldenen Sportabzeichens statt seiner geimpft wird.

Das ist so typisch für den gesamten Umgang mit den jüngeren Generationen während der Pandemie. Wie vielen anderen auch, geht mir dieses ewige bashing der Jüngeren absolut ge-gen den Strich. Immer und überall wird gefordert, dass die Jungen solidarisch sein sollen und die Älteren schützen. Schaut man aber genau hin, wird der älteren Generation außer den Besuchseinschränkungen in den Altern- und Pflegeheimen rein gar nichts zugemutet. Sogar die Renten sollten trotz schwerer Wirtschaftskrise steigen, während man den aktiven Generationen einen Schuldenberg vor die Nase setzt, an dem noch die heute Ungeborenen knabbern müssen.

Dagegen die Jungen: Einschränkungen in der Schulbildung durch Schulschließungen und Wechselunterricht. Bisher haben es die Lehrkräfte sicherlich ganz gut hingekriegt, aber spätestens in der Ausbildung und im Studium werden sich die Lücken bemerkbar machen. Stichwort Studium: Manche Erstsemester kennen ihren Studienort nur von der Landkarte, weil ganze Studiengänge seit März komplett digital durchgeführt werden – kann man auch von Muttern zuhause aus teilnehmen. Austausch mit Gleichaltrigen? Diskussionen? Flirten? Fehlanzeige! Und sage mir niemand, der auch einmal jung war, dass das alles nur Luxusprobleme seien.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch besorgt, dass die Freundschaft der Generationen gegenwärtig auf eine harte Probe gestellt wird. Natürlich müssen alle Maßnahmen den Gesundheitsschutz für alle in den Blick nehmen. Aber von den jungen Generationen zu verlangen, nur zu funktionieren und ihre Bedürfnisse nicht zu sehen, wird einer solidarischen Gesellschaft nicht gerecht. Vielleicht können die kommenden Tage etwas zum Innehalten und Nachdenken anregen, im Sinne des früheren amerikanischen Präsidenten Calvin Coolidge: „Weihnachten ist kein Zeitpunkt und keine Jahreszeit, sondern eine Gefühlslage. Frieden und Wohlwollen in seinem Herzen zu halten, freigiebig mit Barmherzigkeit zu sein, das heißt, den wahren Geist von Weihnachten in sich zu tragen“.

Sehr verehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

ein Jahr geht zu Ende, wie wir es noch nie erlebt haben – ein Jahr voll Einschränkungen, voll Sorgen, voll Existenzängsten, aber auch voll Solidarität und Mitmenschlichkeit. Das Jahr hat uns viel abverlangt, aber auch gezeigt, was Nächstenliebe bewirken kann. Die Nächstenliebe, die der Mann uns gelehrt hat, dessen Geburt wir in ein paar Tagen gedenken – gesengte Weihnachten!

Ihre Sabrina

Von links: Otmar Finger (Flyeralarm), Lisa Neugebauer, Tobias Winkler, Christine Schulter, Nadine Summer (alle Liebe im Karton), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Andrea Hölle, Doris Lintl, Sabine Kraege, Michael Lintl (alle Liebe im Karton). Foto: Radim Chwieja Bild: Radim Chwieja

Doppelt so viel Freude wie im vergangenen Jahr:

„Liebe im Karton“ füllt 11.000 Pakete

5.000 Pakete wurden bereits im Jahr 2019 liebevoll von der Initiative „Liebe im Karton“ gepackt, um zur Weihnachtszeit Kindern in schwierigen Lebensumständen eine Freude zu bereiten. Dieses Jahr haben alle Beteiligten – Initiatoren, Sponsoren und Ehrenamtliche – gemeinsam dazubeigetragen, dass diese Zahl mehr als verdoppelt werden konnte. So werden sich bald 11.000 Pakete verteilt auf 100 Paletten auf den Weg in die Projektländer machen, insbesondere in Länder, in denen Geflüchtete Asyl suchen.

Das Projekt ist mit großem logistischen Aufwand verbunden. Schon seit der Entstehung im Jahr 2015 unterstützt Oberbürgermeister Christian Schuchardt die Initiative. „Mich beeindruckt die Hingabe mit der die Initiatoren dieses Projekt realisieren. Deswegen freue ich mich, wenn wir als Stadt die Arbeit der Ehrenamtlichen etwas erleichtern können.“

So konnte die Wirtschaftsförderung der Stadt Würzburg in diesem Jahr bei der Vermittlung einer geeigneten Halle der Firma Flyeralarm am Heuchelhof behilflich sein.

Hier werden nun die von Privatpersonen gepackten Boxen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern kontrolliert, bei Bedarf mit weiteren Sachspenden aufgefüllt und schließlich versandfertig gemacht. Die Pakete gehen jedes Jahr an andere Einrichtungen – im Wechsel im In- und Ausland.

Hilfe für Flüchtlingscamps

Dieses Jahr möchte das Team rund um Initiator Tobias Winkler vor allem Kindern mit Fluchterfahrungen eine Freude machen. Daher gehen die Geschenke an Flüchtlingscamps und soziale Einrichtungen in Griechenland, Rumänien, Irak, Libanon und Bulgarien.
Informationen:
www.liebe-im-karton.de

Anna Pia Möller

Unermüdlicher Einsatz im Ehrenamt

Verleihung der oberbayerischen und mittelfränkischen Integrationspreise 2020

Die Regierungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken haben ihre jährlichen Integrationspreise verliehen. Während aus dem Regierungsbezirk Oberbayern sechs Initiativen ausgezeichnet wurden, waren in Mittelfranken drei Projekte preiswürdig.

In Oberbayern gingen die Preise in den Kategorien Bildung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft, Soziales und Sport nach Aresing, Bad Reichenhall, Buchbach, München und Rosenheim. Den Corona-Sonderpreis erhielt Erding.

Aus Fremden wurden Aresinger – dank des Asylhelferkreises Aresing (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen). 2015 kamen rund 50 Flüchtlinge aus verschiedensten Herkunftsländern in Aresing an. Die kleine Gemeinde konnte den Zuzüglern eine neue Heimat vermitteln. Der Helferkreis bot Hilfe zur Selbsthilfe: Durch Interviews wurden die Bedürfnisse der Ankommenden ermittelt und dann die passenden Unterstützungen organisiert: von Sprachkursen bis zu Berufsfragen, einer Fahrradaktion (Mobilität zum Einkaufen auf dem Land) und einem Gemüsegarten zur Selbstversorgung. Dank des breiten Kooperationsnetzes sowie Geld- und Sachspenden fanden die Neubürger Schul- und Ausbildungsplätze und oft auch Arbeitsplätze bei örtlichen Betrieben.

Laiendolmetscher aus fernen Ländern

Laiendolmetscher im Landkreis Bad Reichenhall sind bei Elternabenden in Schulen und Kindergärten sowie bei Behörden- und Arztterminen eine große Hilfe beim gegenseitigen Verständnis und beugen kulturellen Missverständnissen vor. Sie kommen selbst aus fernen Ländern, haben Deutsch gelernt und sind damit selbst ein Vorbild für gelungene Integration. Bei der Caritas können sie für Termine angefragt werden. Bei dem Projekt arbeiten das Caritas Zentrum Berchtesgadener Land, das Landratsamt Berchtesgadener Land und das Staatliche Schulamt eng zusammen.

Schüler- und Lehrerschaft der Grund- und Mittelschule Buchbach (Landkreis Mühldorf) haben beschlossen, aktiv gegen Rassismus, Ausgrenzung und Extremismus einzutreten. Dazu hat die GMS neben dem Projekt „Gewaltfreie Kommunikation" u.a. den Theatertag „Respekt" mit dem „mobilen ueTheater", einem Schultheater aus Regensburg, erarbeitet. Dadurch ist die Schulgemeinschaft deutlich näher zusammengerückt. Das Schulklima hat sich positiv entwickelt. Die Schule darf nun offiziell den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" mit eigenem Logo führen.

Hilfe für geflüchtete Frauen

JUNO – eine Stimme für geflüchtete Frauen (Verein für Fraueninteressen) bietet in München Angebote für geflüchtete Frauen mit wenig sportlicher Erfahrung. Dieses Projekt zeigt ihnen, dass sie ebenfalls vom Sportangebot profitieren und dabei auch immer wieder über sich hinauswachsen können. Neben Tanzen und Radfahren werden Sportarten wie Schwimmen, Boxen, Bergwandern, Klettern und Inlineskaten angeboten. Dies macht die Frauen fit, zeigt ihnen ihre Stärken und hilft bei der Integration.

Unterstützung für schwächere Schüler

Bereits seit 2006 unterstützt das Rosenheimer Patenprojekt „Jugend in Arbeit" (Rosenheimer Aktion für das Leben e.V.) mit der stattlichen Zahl von rund 200 Ehrenamtlichen erfolgreich schwächere Schüler auf dem Weg zum Schulabschluss und ins Berufsleben. Allein im Schuljahr 2018/19 gab es beachtliche 207 Patenschaften, wobei rund drei Viertel der Schüler gute Fortschritte machten und in Ausbildungen, die nächste Klasse oder auf weiterführende Schulen wechselten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Lebenserfahrene Bürger, zum Teil bereits in Ruhestand, bieten bedarfsorientierte Hilfe zur Selbsthilfe für Schüler jeglicher Nationalität. Die Paten helfen in den Bereichen Lernen, Struktur, Motivation und Selbstbewusstsein. Sie sind an allen Mittelschulen im Landkreis Rosenheim im Einsatz und werden selbst systematisch fortgebildet. Das Projekt ist vor Ort gut vernetzt, das Staatliche Schulamt und die Schulen schätzen seine qualifizierte Arbeit sehr.

Ein Gewinn für alle

Gemeinsames Handeln, unabhängig von Herkunft und sozialem Status, ist ein Gewinn für alle. Dies zeigt der Verein Flüchtlingshilfe Erding beim wöchentlichen „Kleiderwechsel", der Spendenweitergabe an sozial Bedürftige, Tafelkunden und Flüchtlinge.

Der Verein ist 2015 zur Versorgung der Geflüchteten mit frischer Kleidung entstanden und hat inzwischen ca. 125 Mitglieder, davon 70 aktive Helfer – darunter rund 35 Geflüchtete. Der Verein sammelt kontinuierlich Kleider- und Sachspenden. Einmal wöchentlich werden Kleidung, Schuhe oder Haushaltswaren kostenlos an Geflüchtete, Tafelkunden, sozial Bedürftige und Obdachlose aus Stadt und Landkreis weitergegeben.

Geflüchtete als Helfer

Von Beginn an unterstützten Geflüchtete das Projekt als Helfer, denn sie wollten „etwas zurück geben". Die gemeinsame Arbeit erleichtert Spracherwerb und Integration, es bilden sich Freundschaften unter den Helfern. In der Corona-Krise haben sich die Vereinsmitglieder herausragend engagiert durch Lebensmittelausgaben bei der Tafel und durch das Nähen von Hunderten von Alltags-Masken für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, allein 660 Stück für ein Behinderten-Förderzentrum in München.

In Mittelfranken erhielt der Verein Arabische Fraueninitiative Erlangen für das Projekt „Arabische Fraueninitiative" den 1. Preis. Seit 2017 unterstützt und berät die Initiative bei gesundheitlichen, familiären, erzieherischen und persönlichen Anliegen der Geflüchteten. Sie bietet umfangreiche Hilfe zum täglichen Leben und gestaltet zudem Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Sie hat sich eine schnelle Integration der Geflüchteten in die Erlanger Gesellschaft zum Ziel gesetzt und kooperiert deshalb auch mit einer Vielzahl anderer Projekte.

Der 2. Preis wurde an die Kontaktstelle Bürger-Engagement im Landkreis Roth für das Projekt „Digitale Hausaufgabenbetreuung während der Corona-Pandemie" verliehen. Bei diesem Projekt wird wegen der Corona-Einschränkungen im schulischen Bereich eine individuelle Lernförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund angeboten. Lernen am und mit dem Computer soll die Motivation und Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen fördern. Die Wissensvermittlung erfolgt konzentrationsfördernd in kleinen Lerneinheiten, in die die Eltern durch Informationsweitergabe und auch unterstützt durch Dolmetscher einbezogen werden. „Digitales Lernen" findet in Kooperation mit der Uni Würzburg, Lehrstuhl für Pädagogik bei Lernbeeinträchtigung, statt.

Perspektiven für Neuankömmlinge

Ein weiterer 2. Preis ging an die Bürgerstiftung Nürnberg für das Projekt „Gemeinsam ankommen in unserer Stadt". Das ebenfalls 2017 begonnene Projekt von Geflüchteten für Geflüchtete soll den Neuankömmlingen Perspektiven zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben in der Gesellschaft eröffnen. Frauen mit eigener Fluchterfahrung und ausreichenden Deutschkenntnissen unterstützen Familien ehrenamtlich als Lernbegleiterinnen. Unter anderem werden eine Lernwerkstatt, Workshops, gemeinsame Ausflüge und Stadtspaziergänge sowie Austauschtreffen angeboten. Diese Angebote sollen für einen guten Start in der Norisstadt sorgen. **DK**

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 14. Januar 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Abfallwirtschaft · Entsorgungsmanagement**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark · GalaBau**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe .
Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!